

112. Sitzung

Dienstag, den 20.03.2018

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Blechtschmidt, DIE LINKE
Möller, AfD

9626, 9626
9627, 9629,
9629

Emde, CDU
Mohring, CDU

9628
9628

Wahl und gegebenenfalls Ernennung und Vereidigung des Präsidenten sowie weiterer (stellvertretender) Mitglieder des Thüringer Verfassungsgerichtshofs

9630

Wahlvorschlag der Fraktionen
der CDU, DIE LINKE, der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 6/5434 -

Mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags wird in geheimer Wahl auf die Dauer von sieben Jahren als Mitglied mit Befähigung zum Richteramt des Thüringer Verfassungsgerichtshofs Herr Prof. Dr. Manfred Baldus gewählt. Er erhält die von dem Präsidenten des Landtags unterzeichnete Ernennungsurkunde und leistet den gemäß § 5 des Thüringer Verfassungsgerichtshofgesetzes vorgeschriebenen Eid.

Hennig-Wellsow, DIE LINKE

9631, 9631,
9631

Herrgott, CDU
Kräuter, DIE LINKE

9631
9631

a) Sprengstofffunde in Rudolstadt und Uhlstädt-Kirchhasel – linksmotivierte terroristische Aktivitäten zügig aufklären, Linksextremismus mit allen Mitteln bekämpfen 9632

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/5442 -

b) Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand der Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Sprengstofffund in der Region von Saalfeld/Rudolstadt – Einführung einer „Extremismusklausel“ 9632

Antrag der Fraktion der AfD
- Drucksache 6/5453 -

Die beantragten Überweisungen des Antrags der Fraktion der CDU an den Innen- und Kommunalausschuss sowie an den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz werden jeweils abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der CDU wird abgelehnt.

Die beantragten Überweisungen des Antrags der Fraktion der AfD an den Innen- und Kommunalausschuss sowie an den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz werden jeweils abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der AfD wird abgelehnt.

Walk, CDU	9632, 9633
Höcke, AfD	9634, 9635, 9651
Maier, Minister für Inneres und Kommunales	9635
Dittes, DIE LINKE	9638, 9640, 9643, 9643
Mohring, CDU	9643, 9643
Fiedler, CDU	9644, 9644, 9644, 9644, 9645, 9654, 9658
Hennig-Wellsow, DIE LINKE	9644
Lehmann, SPD	9649, 9649
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9654, 9654, 9654
Henke, AfD	9657

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Newroz-Fest 2018 auch in Thüringen: Frieden in Afrin und Kurdistan“ 9658

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/5436 -

Dittes, DIE LINKE	9658, 9659
Herrgott, CDU	9659
Helmerich, SPD	9660

Rudy, AfD	9660
Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9661
Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei	9662

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Armut nicht bagatellisieren – Sorgen der Menschen in Thüringen und Ostdeutschland ernst nehmen“ 9664

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/5437 -

Pelke, SPD	9664
Thamm, CDU	9665
Herold, AfD	9666
Leukefeld, DIE LINKE	9667, 9668
Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9668
Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	9669

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Thüringer Behörden und deren Bedienstete effektiv vor Reichsbürgern schützen“ 9671

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/5441 -

Walk, CDU	9671
Scheerschmidt, SPD	9671, 9672, 9672
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9673, 9673
König-Preuss, DIE LINKE	9673
Maier, Minister für Inneres und Kommunales	9675

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Kostengünstigen ÖPNV für alle in Thüringen attraktiv gestalten“ 9676

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/5444 -

Aussprache

Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9676, 9677, 9677
Malsch, CDU	9677
Warnecke, SPD	9678
Rudy, AfD	9679
Dr. Lukin, DIE LINKE	9679, 9680
Dr. Sühl, Staatssekretär	9681

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bühl, Carius, Emde, Fiedler, Floßmann, Geibert, Grob, Gruhner, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Lieberknecht, Liebetrau, Malsch, Meißner, Mohring, Primas, Rosin, Scherer, Schulze, Tasch, Thamm, Tischner, Prof. Dr. Voigt, Walk, Walsmann, Wirkner, Worm, Wucherpfennig, Zippel

Fraktion DIE LINKE:

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Engel, Hande, Harzer, Hausold, Hennig-Wellsow, Huster, Jung, Kalich, König-Preuss, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Lukin, Mitteldorf, Müller, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wolf

Fraktion der SPD:

Becker, Dr. Hartung, Helmerich, Hey, Lehmann, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Scheerschmidt, Taubert, Warnecke

Fraktion der AfD:

Henke, Herold, Höcke, Kießling, Möller, Muhsal, Rietschel, Rudy

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Henfling, Kobelt, Müller, Pfefferlein, Rothe-Beinlich

fraktionslos:**Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:**

Ministerpräsident Ramelow, die Minister Taubert, Prof. Dr. Hoff, Holter, Maier, Siegesmund, Werner

Beginn: 14.02 Uhr

Präsident Carius:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie herzlich begrüßen zu unserer heutigen Plenarsitzung. Ich freue mich auch, dass ich viele Besucher auf der Tribüne begrüßen darf. Herzlich willkommen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Abgeordneter Herrgott sitzt als Schriftführer neben mir, die Redeliste wird vom Abgeordneten Kräuter geführt.

Herr Abgeordneter Gentele, Herr Abgeordneter Krumpe, Frau Abgeordnete Annette Lehmann, Frau Abgeordnete Marx, Frau Abgeordnete Mitteldorf und Ministerin Keller sind entschuldigt.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Herr Präsident, Frau Mitteldorf sitzt hier!)

Aber entschuldigt sind Sie trotzdem, das ist ja ein großer Vorteil, Sie können also an mehreren Orten zugleich sein. Gut.

Bevor wir in die Plenarsitzung einsteigen, habe ich einige Hinweise zu geben, zunächst einmal zur vergangenen Plenarsitzung. Hierzu haben wir im Ältestenrat und auch im Vorstand des Thüringer Landtags ein Vorkommnis vor dem Hintergrund einer mutmaßlichen Verbalinjurie gegen den Abgeordneten Höcke in der 111. Plenarsitzung verhandelt und sind übereingekommen, was ich Ihnen kurz vortragen möchte: Die Vorstandsmitglieder kommen überein, dass man sich hinsichtlich der Erkenntnisquellen in der vorgenannten Angelegenheit auf die landtagseigenen Mittel begrenzt. Sollte die in Rede stehende Verbalinjurie durch den Ministerpräsidenten gegenüber dem Abgeordneten Höcke tatsächlich gefallen sein, geht der Vorstand von einem nicht akzeptablen Umstand aus. Der Vorstand nimmt allerdings zur Kenntnis, dass es der Ministerpräsident zurückgewiesen habe, gegenüber dem Abgeordneten Höcke die in Rede stehende Verbalinjurie geäußert zu haben. Der Vorstand geht generell davon aus, dass Zwischenrufe oder ähnliche Äußerungen von Mitgliedern der Landesregierung von der Regierungsbank aus im Grundsatz strikt als unzulässig anzusehen sind und deshalb dem Zurückhaltungsgebot unterliegen. – Die Landesregierung ist darüber ebenfalls vollumfänglich informiert worden und mir wurde seitens der Landesregierung für künftige Zwischenrufe auch Besserung gelobt.

Dann habe ich eine weitere Pflicht, nicht nur gegenüber den Mitgliedern der Landesregierung, sondern gegenüber dem Abgeordneten Kuschel für zwei Zwischenrufe in der letzten Sitzung, und zwar einmal den Zwischenruf „Rassist“ und einmal den Zwischenruf „Nazis“, jeweils nachträglich einen Ordnungsruf zu erteilen.

Wir kommen jetzt zur heutigen Sitzung. Ich darf darauf hinweisen, dass die Lippmann+Rau-Stiftung für heute Abend zum parlamentarischen Abend eingeladen hat, dieser wird gegen 19.00 Uhr draußen in der Lobby stattfinden, sodass die Versorgung ab 17.30 Uhr etwas eingeschränkt dort draußen stattfindet. Sie sind herzlich eingeladen.

Aufgrund der Eilbedürftigkeit habe ich für Herrn Jens Kalaene, Deutsche Presse-Agentur, für Herrn Niklas Ottersbach von MDR Aktuell, für Frau Johanne Bischoff von MDR Thüringen und für Herrn Alexander Budweg vom MDR für diese Plenarsitzung Genehmigungen für Bild- und Tonaufnahmen gemäß der Regelung für dringende Fälle nach § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung erteilt. Außerdem habe ich für die Herren Christian Jung von Metropolico, Herrn Ulrich Menges, Herrn Jörg Junge und Herrn Dirk Schneider, eine Co-Produktion von Hoferichter & Jacobs GmbH, für die heutige und morgige Plenarsitzung Genehmigungen für Bild- und Tonaufnahmen gemäß der Regelung für dringende Fälle nach § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung erteilt.

Bevor ich jetzt im Einzelnen zur Tagesordnung komme, freue ich mich, dass ich auf der Besuchertribüne ganz besonders herzlich die Kollegen der Fraktion Die Linke aus dem Sächsischen Landtag willkommen heißen darf. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Wir freuen uns immer, wenn Kollegen die munteren Debatten hier im Thüringer Landtag verfolgen.

Jetzt komme ich zur Tagesordnung. Die Fraktionen waren im Ältestenrat übereingekommen, die Tagesordnungspunkte 1 a und b am Donnerstag als erste Punkte, den Tagesordnungspunkt 3 am Mittwoch als ersten Punkt und die Tagesordnungspunkte 16 und 17 heute als erste Punkte aufzurufen. Da die Tagesordnungspunkte 1 a und b, 2, 9 und 10 in den zuständigen Ausschüssen noch nicht abschließend beraten wurden, sind sie wieder von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Beschlussempfehlungen haben folgende Drucksachennummern: Zum Tagesordnungspunkt 3 die Drucksachennummer 6/5439, zum Tagesordnungspunkt 4 die 6/5438.

Zu TOP 16 liegt ein Wahlvorschlag zur Wahl eines Mitglieds des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vor, der die Drucksachennummer 6/5434 hat.

Der Tagesordnungspunkt 17, Nachwahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Richterwahlausschusses, wird in dieser Plenarsitzung nicht zum Aufruf kommen, da bis zum Ende der Frist letzten Freitag um 14.00 Uhr kein Wahlvorschlag eingereicht wurde.

Zu Tagesordnungspunkt 18 b kommen folgende Mündliche Anfragen hinzu: Drucksachen 6/5412,

(Präsident Carius)

6/5413, 6/5417, 6/5418, 6/5420 bis 6/5423, 6/5425, 6/5426, 6/5432, 6/5433 und 6/5435.

Die Abgeordneten Kowalleck und Worm hatten gemäß § 90 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung beantragt, wegen der nicht fristgerechten Beantwortung der Kleinen Anfrage 2785 diese nunmehr zur Mündlichen Anfrage umzuwandeln und auf die Tagesordnung dieser Sitzung zu setzen. Die Antwort der Landesregierung ist mittlerweile aber doch eingegangen, sodass sich die mündliche Beantwortung der Kleinen Anfrage im TOP 18 a erledigt hat.

Die Landesregierung hat mitgeteilt, zum Tagesordnungspunkt 15 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Gibt es weitere Wünsche zur Tagesordnung? Herr Abgeordneter Blechschmidt und dann Herr Abgeordneter Emde.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Namens der Koalitionsfraktionen beantrage ich die Aufnahme des Gesetzentwurfs in Drucksache 6/4816, Gesetz über die Regulierungskammer des Freistaats Thüringen, in die Tagesordnung. Die Platzierung wäre – meiner Meinung nach – sinnvoll nach dem Ende der zweiten Beratungen, also TOP 5 a.

Dann hätten die Koalitionsfraktionen gern die Platzierung des TOP 4 am Donnerstag als ersten Tagesordnungspunkt, – ich sage jetzt mal – ersatzweise für das Hochschulgesetz.

Und ich hätte gern eine Erklärung zum wiederholten Nichtaufrufen des Tagesordnungspunkts 17, Wahl des Richterwahlausschusses, abzugeben.

Präsident Carius:

Dann haben Sie das Wort. Bitte schön, Herr Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Meine Damen und Herren, liebe Gäste! In Thüringen muss nach Artikel 89 der Thüringer Verfassung und den entsprechenden Regelungen des Thüringer Richtergesetzes der Richterwahlausschuss bei der Ernennung von Richterinnen und Richtern auf Lebzeiten zwingend mitwirken. Das heißt, viele konkrete Stellenbesetzungen können ohne Mitwirkung des Ausschusses nicht stattfinden. Diese konkreten Personalentscheidungen sind notwendig, um die Arbeitsfähigkeit der Justiz wirksam zu sichern und damit die verfassungsrechtlichen Justizgewährungsansprüche zugunsten Recht suchender Bürgerinnen und Bürger zu verwirklichen. Die Thüringer Justiz steht vor bzw. befindet sich schon in einem Altersumbruch. Eine sogenannte Pensionswelle bahnt sich an. Um-

so wichtiger ist es, in verantwortungsvoller Personalplanung für die Einstellung jüngerer Richterinnen und Richter zu sorgen. Der Richterwahlausschuss muss hier seine Verantwortung für eine gut funktionierende und personell gut ausgestattete Justiz unbedingt wahrnehmen. Doch was müssen wir zurzeit beobachten? Der Richterwahlausschuss ist derzeit nicht arbeitsfähig. Wie konnte das passieren? Nach Artikel 89 und den Regelungen im Richtergesetz muss jede Fraktion des Landtags mit mindestens einer bzw. einem Abgeordneten im Richterwahlausschuss vertreten sein. Nur dann gilt das Gremium nach dem Gesetz als korrekt besetzt und ist arbeitsfähig.

Auch die AfD war bis vor Kurzem mit zwei Abgeordneten in diesem Gremium vertreten – Herr Brandner als ordentliches Mitglied und Frau Muhsal als Ersatzmitglied –, gewählt mit der nach § 15 des Richtergesetzes vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit und dies mit den Stimmen aller Fraktionen dieses Hauses. Die Abgeordneten des Thüringer Landtags waren sich bewusst, hier gehen die demokratische und rechtsstaatliche Verantwortung und die Arbeitsfähigkeit des Richterwahlausschusses vor,

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: ... Ausschuss, Herr Kollege!)

unabhängig von politischen Positionen zu Fraktionen und Abgeordneten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und was macht die AfD? Das bisherige ordentliche Mitglied ist mittlerweile Bundestagsabgeordneter in Berlin. Das ist für die Arbeitsfähigkeit des Gremiums noch kein Problem. Bis zur Neuwahl greifen die Stellvertreterregelungen mit dem Ersatzmitglied – eigentlich. Doch das gewählte Ersatzmitglied der AfD hat mittlerweile auf seinen Sitz verzichtet. Damit ist die Arbeitsunfähigkeit des Gremiums bewusst hergestellt worden.

Wie öffentlich zu hören war, hat Frau Muhsal nicht aus persönlichen, gesundheitlichen oder sonstigen nachvollziehbaren Gründen auf ihre Ersatzmitgliedschaft verzichtet, nein. Es sollte eine Protestaktion sein, dagegen, dass ein Fraktionskollege bisher nicht als Ausschussvorsitzender gewählt worden ist.

Einen Kandidaten, einen Wahlvorschlag für den Richterwahlausschuss haben wir auch heute von der AfD nicht vernommen, mit der Behauptung, die AfD-Kandidaturen hätten keine Chance. Dass diese Behauptung eine Falschbehauptung ist, zeigt die Tatsache, dass es im Richterwahlausschuss schon zwei reguläre Mitglieder der AfD-Fraktion gegeben hat.

(Unruhe AfD)

(Abg. Blechschmidt)

Somit ist die gegenwärtige Haltung der AfD verantwortungslos.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum einen werden mit dem sogenannten Protest Vorgänge in Verbindung gebracht, die nichts miteinander zu tun haben. Zum anderen – und das wiegt viel schwerer –: Der Rückzug aus dem Gremium, verbunden mit der Weigerung, neue Wahlvorschläge vorzulegen, führt dazu, dass das für eine funktionierende Justiz zentrale Gremium arbeitsunfähig ist und dass mit falschen Behauptungen wegen persönlicher Ängste und Befindlichkeiten von AfD-Abgeordneten die Thüringer Justiz, die Thüringer Richterinnen und Richter in Geiselnhaft genommen werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern die AfD auf, den Prozess der politischen Willensbildung einschließlich der Wahl ihres Vertreters in den Richterwahlausschuss nicht länger zum politischen Klamauk verkommen zu lassen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Danke schön. Der Abgeordnete Möller hat um die Möglichkeit zur Gegenrede gebeten. Bitte, Sie haben das Wort, Herr Möller.

Abgeordneter Möller, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, zunächst mal als Richtigstellung: Herr Kollege Blechschmidt, dass der Herr Brandner jetzt im Bundestag sitzt, das haben die Wähler zu verantworten. Insofern gibt es da, denke ich, nicht viel zu diskutieren und braucht hier nicht erwähnt werden. Ansonsten haben Sie den Vorfall oder den Vorgang natürlich etwas unvollständig dargestellt, in der gewohnten Einseitigkeit, wie man das eben so von Ihnen kennt.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wann haben Sie denn den letzten Wahlvorschlag gemacht?)

Denn tatsächlich ist es so: Wir haben in der Zwischenzeit Gremienwahlvorschläge gebracht und diese Gremienwahlvorschläge sind ohne wirklich erkennbare substanziierte Gründe abgewiesen worden.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Welche?)

Die sind abgewiesen worden. Sie wissen genau, um welchen Wahlvorschlag es in dieser Sache geht.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Nennen Sie sie!)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welche denn?)

Es ist Ihre Art und Weise, Ihr Mütchen ab und an mal zu kühlen, indem man in die Personalvorschläge der Oppositionsfraktion hineinredet. Und da sage ich Ihnen klipp und klar, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen: Das steht Ihnen schlicht nicht zu!

(Beifall AfD)

Es steht Ihnen nicht nur nicht zu, es ist auch undemokratisch. Es ist undemokratisch, wenn man versucht, als Regierungsfraction in Personalvorschläge einer zudem auch noch sehr, sehr kleinen Oppositionsfraction hineinzureden. Wenn ich mir überlege, was ich hier aus dem Plenum gehört habe, was die Wahl beispielsweise von unseren Wahlvorschlägen anbelangt – dieser eine Wahlvorschlag, der ist Ihnen ja bekannt, um den genau ging es da auch bei diesen Äußerungen –, was da an Äußerungen aus Ihrer Fraktion gekommen ist, ließ erwarten, dass bis heute keine Bereitschaft besteht, Wahlvorschläge, bestimmte Wahlvorschläge, die an eine bestimmte Person gekoppelt sind, sozusagen zu akzeptieren.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war ein einziger, Herr Möller!)

Ja, ganz genau, ein einziger. Und wenn Sie von uns gefragt werden, ob es denn mittlerweile die Möglichkeit gibt, von diesem Verhalten Abstand zu nehmen und wieder konstruktiv zusammenzuarbeiten, damit auch die AfD in den Gremien ordnungsgemäß vertreten ist – so, wie es die Fraktionen, nicht wie Sie es bestimmen –, dann schicken Sie unserer Fraktion einen nichtssagenden Einseiter, in dem Sie den Ball einfach zu uns zurückspielen – ohne Angabe weiterer Gründe oder wie Sie mit der Angelegenheit verfahren. Dann brauchen Sie sich nicht wundern, dass wir hier nicht die Leute verbrennen und irgendwelche Wahlvorschläge machen, nur damit Sie Ihr Mütchen kühlen können.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Sie machen doch keine!)

Wenn Sie ernsthaft wieder zu einer kollegialen Zusammenarbeit in der Lage sind, zeigen Sie es bitte an, und wenn das der Fall ist, dann kommt von uns auch ein Wahlvorschlag, aber nicht der, den Sie wollen, sondern der, den wir wollen.

(Beifall AfD)

(Abg. Möller)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Wählen wollen wir!)

Präsident Carius:

Gut. Jetzt kommen wir wieder zurück zur Bestimmung der Tagesordnung. Der Abgeordnete Emde hat auch noch einige Wünsche zur Tagesordnung, bevor wir dann noch einzeln abstimmen. Herr Emde.

Abgeordneter Emde, CDU:

Herr Präsident, ich möchte namens der CDU-Fraktion in Drucksache 6/5442 den Antrag „Sprengstofffunde in Rudolstadt und Uhlstädt-Kirchhasel – links-motivierte terroristische Aktivitäten zügig aufklären, Linksextremismus mit allen Mitteln bekämpfen“ anmelden. Die Dringlichkeit zur Aufnahme in die Tagesordnung wird mein Kollege Mike Mohring begründen und wir würden vorschlagen, dass wir das am heutigen Tag als Punkt 1 nach den Wahlen platzieren.

Präsident Carius:

Danke schön. Herr Abgeordneter Mohring, Sie haben das Wort zur Begründung der Dringlichkeit.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Unfassbares ist vor einer Woche passiert. Untersuchungen der Staatsanwaltschaft und Ermittlungen der Polizei haben ergeben, dass unter den Augen der Thüringer Öffentlichkeit mindestens zwei Tatverdächtige seit knapp zwei Jahren Sprengstoffchemikalien angesammelt und sich offensichtlich auch im Internet Mischanleitungen dafür beschafft haben. Gefunden wurden nach den Ermittlungen 100 Kilogramm Chemikalien – Kaliumnitrat, Schwefelpulver, Buttersäure, Calciumcarbit, Stickstoffdünger usw. Das sind alles Mittel, mit denen man Sprengstoff herstellen kann, was offensichtlich auch schon ausprobiert wurde. Die Tatverdächtigen sagen, Sie haben deshalb diese 100 Kilogramm Chemikalien gesammelt, weil sie angeln gehen wollten, weil einer der Tatverdächtigen seiner Mutter eine Freude bei der Schädlingsbekämpfung machen wollte. Als Begründung musste gar herhalten, dass einer der anderen tatverdächtigen Behinderter im Leben einfach schöne Glücksmomente haben sollte.

Ich finde, wenn jemand 100 Kilogramm Chemikalien zur Herstellung von Sprengstoff sammelt, ist das kein Spaß und Budenzauber, das ist Ernsthaftigkeit und muss mit allen Mitteln bekämpft werden.

(Beifall CDU)

Jetzt könnte man ja denken, da passiert hier was im politischen Erfurt, im politischen Thüringen, doch

sage und schreibe vier Tage lang schweigt sich diese Landesregierung ob dieses Ermittlungsergebnisses der Thüringer Polizei aus. Am Dienstag, den 13. März, um 17.38 Uhr hat erstmals die „Ostthüringer Zeitung“ online davon berichtet, dass es zu Hausdurchsuchungen und offensichtlich auch zu Funden, mit denen man Sprengstoff herstellen kann, gekommen ist. Bis zum Freitag hat es gedauert, dass erstmals seitens der Landesregierung dazu Stellung genommen wurde, und bis Samstag hat es gedauert, dass Zuständigkeiten geklärt werden konnten, die von Anfang an klar waren. Wenn Sprengstoffchemikalien in dieser Größenordnung gefunden werden, wenn offensichtlich klar ist, dass es sich bei den Tätern auch um politische Aktivisten handelt, dann ist eigentlich von Anfang an klar, dass dann das Landeskriminalamt ermittelt. Da hat man aber noch am Freitag, den 16.03., gegenüber der Öffentlichkeit erklärt, dass im vorliegenden Fall Nichtzuständigkeit gegeben sei, weil kein politischer Hintergrund erkennbar sei. Jeder weiß aber mittlerweile, dass einer der Tatverdächtigen aktiv bei der Antifa in Thüringen dabei war. Deswegen hätte von Beginn an das Landeskriminalamt ermitteln müssen, auch in diese politische Richtung. Wir haben das gefordert, es ist dazu gekommen – dank dem Innenminister –, aber es war eindeutig zu spät.

(Beifall CDU)

Am Samstag, nachdem der Innenminister sich selbst in die Frage eingeschaltet hat, hat das LKA die Gesamtverantwortung für eine Angelegenheit bekommen, die, weil sie im politischen Milieu verankert ist, auch dort hingehört. Wir fragen uns: Wie hätte die gleiche Landesregierung gehandelt, wenn der Algorithmus gewesen wäre: Ostdeutschland-Sprengstoff-Nazis? Am selben Tage wäre der Aufschrei – richtigerweise – durch dieses Land gegangen und alle Akteure wären aufgefordert worden, zu handeln.

(Beifall CDU)

Aber wenn es um linke Antifaschisten geht, da schweigt sich diese Landesregierung zunächst aus. Das ist der eigentliche politische Skandal, der auch thematisiert werden muss!

Deswegen sagen wir, es muss heute, bei diesem Plenum der Landtag erstmals über das informiert werden, was tatsächlich ermittelt wurde, das, was die Polizei und Staatsanwaltschaft dankenswerterweise auch zu Ergebnissen gebracht haben. Wir müssen die politische Debatte aber auch darüber führen, wie gehen wir um mit möglicherweise Linksextremismus, mit möglicherweise Linksterrorismus, wie gehen wir möglicherweise damit um, dass die Strukturen bis vielleicht in den Landtag hineinreichen, wie gehen wir damit um, dass die Frage geklärt werden muss, dass Vertreter von denen, die heute als Täter vermutlich ermittelt werden, Presse-

(Abg. Mohring)

sprecher von Bündnissen waren, die noch vor zwei Jahren aus der gleichen Landesregierungshand

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wie viele Spekulationen wollen Sie hier denn noch vortragen?)

Demokratiepreise bekommen haben in dem Kampf gegen – richtigerweise auch – Rechtsextremismus und Faschismus. Aber wenn gleichzeitig klar ist, dass die selbst Täter sind und unsere Demokratie und Freiheit in Gefahr bringen, weil sie Sprengstoff sammeln, dann verbietet sich, dass solche Leute Preise der Landesregierung entgegennehmen können.

(Beifall CDU)

Deswegen ist es geboten, dass wir im Landtag, in aller Ausführlichkeit auch in dem zuständigen Ausschuss, darüber reden. Und ich sage, ich mache keinen Hehl daraus: Nach unserer Ansicht ist die Dimension auch so, dass möglicherweise auch Bundeskriminalamt und Generalbundesanwalt in die Angelegenheit einbezogen werden sollten. Wir dürfen nicht auf dem rechten Auge blind sein, aber auch nicht auf dem linken Auge. Das erst macht unsere Demokratie stark in diesem Land.

(Beifall CDU)

Präsident Carius:

Danke schön. Gibt es weitere Wünsche zur Aufnahme in die Tagesordnung? Herr Abgeordneter Möller, bitte.

Abgeordneter Möller, AfD:

Vielen Dank, Herr Präsident. Auch ich beantrage die Aufnahme eines dringlichen Tagesordnungspunkts, der lautet: Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand der Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Sprengstofffund in der Region Saalfeld/Rudolstadt – Einführung einer „Extremismusklausel“. Zur Dringlichkeit würde ich gern Ausführungen machen.

Präsident Carius:

Dann haben Sie dazu gleich das Wort.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Es bleibt uns heute nichts erspart!)

Abgeordneter Möller, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, wenn eine schwere Straftat, die Ordnung und Sicherheit in großem Ausmaß gefährdet, bekannt wird, wenn Ermittlungen eintreten,

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Das kriegen Sie nicht raus, ohne zu stottern?)

wenn im Rahmen dieser Ermittlungen dann auch entsprechende Sachverhalte festgestellt werden, wie beispielsweise Sprengstoffzutaten in einer Menge, dass die Polizei sie mit einem mittleren Umzugswagen abtransportieren muss, dann kann man eigentlich erwarten, dass angesichts der Erfahrungen mit dem NSU in alle Richtungen ermittelt wird. Das ist leider im Fall Saalfeld-Rudolstadt, beim Sprengstofffund in Saalfeld-Rudolstadt, nicht geschehen. Es ist das eine, dass die Landesregierung zu diesem Thema schweigt. Das kann ich politisch verstehen. Man hat da halt eine gewisse Nähe aufgebaut, die einem jetzt peinlich ist. Da hält man sich lieber bedeckt. Aber man hat sich halt nicht konsequent bedeckt gehalten. Wenn ich trotz dieses Sachverhalts, trotz der Tatsache, dass der eine Tatverdächtige als Pressesprecher eines sogenannten „Bündnisses für Zivilcourage und Menschenrechte“ einen Demokratiepreis der Landesregierung in Empfang genommen hat – wenn ich bedenke, dass so ein Mitglied erst einen Tag nach der Untersuchung aus dieser Truppe ausgeschieden ist, dass diese Gruppierung aus Saalfeld mit anderen Gruppierungen zusammenarbeitet, die durch linksextreme Parolen aufgefallen sind, zum Beispiel im Zusammenhang mit den G20-Protesten im letzten Jahr, wo sie mit Parolen aufgefallen sind, wie zum Beispiel „Fight against capitalism!“, „G20 versenken!“, „Support Black Block!“. Wir wissen alle, wer der Schwarze Block ist, was das für eine linksextreme gewalttätige Korona ist. Wir wissen auch alle, wie der G20-Gipfel ausgegangen ist. Wenn also diese Gruppierung mit solchen Leuten zusammenarbeitet und so ihren ganz klar linksextremen Hintergrund offenbart und wenn nun ein Tatverdächtiger aus dieser Gruppierung mit diesem Sprengstofffund auffällig geworden ist, dann kann man eigentlich davon ausgehen, dass auch in Richtung politische Kriminalität ermittelt wird. Und wenn ich dann unseren Innenminister höre, der sagt, er schließt auch die Möglichkeit eines kleinkriminellen Hintergrunds nicht aus, und wenn ich die Staatsanwaltschaft heute früh höre, wie sie bei MDR Thüringen sagt, wir haben momentan keine Erkenntnisse für einen politischen Hintergrund, dann, meine Damen und Herren, muss ich davon ausgehen, dass hier politische Blindheit

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Mit Gewaltenteilung haben Sie es nicht so!)

die Ursache ist. Und das ist noch die angenehmste Hypothese in diesem Punkt.

(Beifall AfD)

Und wenn derartige politische Blindheit sich auf mögliche Ermittlungsergebnisse auswirkt – und wir wissen alle, dass gerade am Anfang eines bekannt gewordenen Sachverhalts ein schneller Zugriff erfolgen und in alle Richtungen ermittelt werden muss,

(Abg. Möller)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Was sind denn die Ermittlungsergebnisse?)

damit nicht irgendwelche Sachverhalte unterschlagen oder verdeckt werden können, damit nicht irgendwelche Beweise beiseite geschafft werden können –, dann kriege ich große Zweifel, ob das hier in dem Fall geschehen ist,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unterstellen Sie das der Staatsanwaltschaft?)

vor allem auch angesichts der Tatsache,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unterstellen Sie das?)

dass hier nicht mal, obwohl eine Verdunklungsgefahr gerade offensichtlich ist, ein Haftgrund erkannt wurde. Deswegen meine ich, fehlt hier in diesem Land die politische Sensibilität. Sie fehlt insbesondere bei der Landesregierung.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sensibilität und Sie!)

Deswegen ist das auch ein Grund, dass wir einen umfassenden Berichts Antrag hier auf die Beine gestellt haben und dieser Antrag ebenso dringlich wie der Antrag der CDU hier behandelt werden muss. Deswegen bitten wir auch darum, den Punkt mit dem Antrag der CDU gemeinsam auf die Tagesordnung zu setzen und hier zu behandeln. Sollte das nicht geschehen, meine Damen und Herren, dann erteilt Sie in Kürze ein Antrag auf ein Sonderplenum mit genau diesem Antrag, das kann ich Ihnen versprechen.

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Danke schön. Das Wort zur Gegenrede wird nicht gewünscht, sodass wir jetzt zur Abstimmung über die Wünsche zur Tagesordnung kommen. Es wurde zunächst von der Fraktion Die Linke die Aufnahme des Gesetzentwurfs der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen des Gesetzes über die Regulierungskammer des Freistaats Thüringen in Drucksache 6/4816 zur zweiten Beratung beantragt. Der entsprechende Ausschuss hat eine Beschlussempfehlung in der Drucksache 6/5440 vorgelegt. Wir müssen jetzt über die Ergänzung der Tagesordnung abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion, damit ist dies mit großer Mehrheit so auf die Tagesordnung gesetzt und ich denke, gegen die Platzierung als TOP 5 a wendet sich auch niemand, sodass wir das so vorsehen.

Dann wurde darum gebeten, dass TOP 4 als erster Tagesordnungspunkt am Donnerstag aufgerufen wird. Wer ist dafür? Das sind die Stimmen der Koa-

litionsfraktionen und der CDU-Fraktion. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Aus der AfD-Fraktion. Damit mit großer Mehrheit so beschlossen und TOP 4 wird dann am Donnerstag als erster TOP aufgerufen. Das waren alle Ihre Wünsche, Herr Blechschmidt?

Dann ist durch die CDU-Fraktion beantragt worden, den Antrag „Sprengstofffunde in Rudolstadt und Uhlstädt-Kirchhasel – linksmotivierte terroristische Aktivitäten zügig aufklären, Linksextremismus mit allen Mitteln bekämpfen“ in der Drucksache 6/5442 auf die Tagesordnung zu nehmen. Da dieser Antrag nicht im Rahmen der Frist von sieben Tagen gestellt wurde, müssen wir darüber abstimmen, ob jemand etwas gegen die Fristverkürzung hat. Das ist nicht der Fall, sodass wir dann mit einfacher Mehrheit beschließen können, diesen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung zu setzen. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Koalitionsfraktionen, der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion. Gegenstimmen? Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Der Platzierungswunsch war direkt nach der jetzt anstehenden Wahl des Verfassungsrichters. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind ebenfalls alle Stimmen. Danke schön. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Antrag der Fraktion der AfD, den Antrag „Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand der Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Sprengstofffund in der Region von Saalfeld/Rudolstadt – Einführung einer ‚Extremismusklausel‘“, in der Drucksache 6/5453 auf die Tagesordnung zu nehmen. Jetzt muss ich auch hier fragen, ob es Widerspruch dagegen gibt, dass wir die Frist verkürzen. Das ist nicht der Fall, sodass wir darüber abstimmen, diesen Tagesordnungspunkt mit aufzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Koalitionsfraktionen, der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion. Es gab jetzt zwar keinen Antrag, aber ich gehe davon aus, dass wir beide Punkte gemeinsam beraten können. Das ist so, da gibt es auch keinen Widerspruch. Dann werden wir das auch in gemeinsamer Beratung vorsehen.

Weitere Wünsche zur Tagesordnung sehe ich nicht. Dann treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**

Wahl und gegebenenfalls Ernennung und Vereidigung des Präsidenten sowie weiterer (stellvertretender) Mitglieder des Thüringer Verfassungsgerichtshofs

(Präsident Carius)

Wahlvorschlag der Fraktionen
der CDU, DIE LINKE, der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 6/5434 -

Gemäß Artikel 79 Abs. 3 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen und § 3 des Thüringer Verfassungsgerichtshofgesetzes wählt der Landtag die Mitglieder des Thüringer Verfassungsgerichtshofs mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder für die Dauer von sieben Jahren. Diese Wahl erfolgt geheim und ohne Aussprache. Der Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der Linken, der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen liegt Ihnen in der Drucksache 6/5434 vor. Vorgeschlagen wurde wieder Herr Prof. Dr. Manfred Baldus.

Dazu wird wie folgt verfahren – ich erläutere kurz den Stimmzettel: Für die Wahl erhält jeder Abgeordnete einen Stimmzettel. Es kann entweder „Ja“ oder „Nein“ oder „Enthaltung“ angekreuzt werden.

Als Wahlhelfer berufe ich die Abgeordneten Bühl, Schaft und Kobelt und ich eröffne die Wahlhandlung. Ich bitte die Schriftführer – Frau Hennig-Well-sow, bitte.

Abgeordnete Hennig-Well-sow, DIE LINKE:

Ich fragte mich nur gerade, ob es heute keine Frauen als Schriftführerinnen und Wahlhelferinnen gäbe, weil wir jetzt schon sechs Männer in dieser Riege haben.

Präsident Carius:

Wenn Sie mir eine freiwillige Dame nennen, habe ich damit überhaupt kein Problem. Generell ist es so, dass wir die Schriftführer ab und an auch fragen, ob sie da sind, und dann den Hinweis bekommen, dass das nicht immer der Fall ist. Wer möchte denn?

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Sehen Sie es als nachträgliches Frauentagsgeschenk an!)

Frau Hennig-Well-sow, wenn Sie mir keinen Vorschlag unterbreiten, dann kann ich dem auch kaum nachkommen.

Abgeordnete Hennig-Well-sow, DIE LINKE:

Na dann, weil die CDU-Fraktion irgendwie unqualifiziert sprach ...

Präsident Carius:

Das glaube ich wiederum nicht.

Abgeordnete Hennig-Well-sow, DIE LINKE:

Ich würde Ihnen Anja Müller vorschlagen.

(Heiterkeit CDU)

Präsident Carius:

Frau Müller, wären Sie denn einverstanden, wenn ich Sie zur Wahlhelferin berufe?

(Zuruf Abg. Müller, DIE LINKE: Selbstverständlich!)

Sehr schön. Frau Abgeordnete Mühlbauer, Sie melden sich auch noch? Freiwillig? Dann berufe ich Frau Mühlbauer, Frau Müller und den Abgeordneten Schaft sowie den Abgeordneten Bühl zu Wahlhelfern.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf Sie bitten, sich alle wieder ein wenig zu beruhigen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben jetzt einen Verfassungsrichter zu wählen und ich würde um etwas mehr Ruhe im Saal bitten.

Ich eröffne die Wahlhandlung, bitte die Schriftführer, die Namen zu verlesen, und dann die Aufgerufenen, die Wahlzettel in der von ihnen gewünschten Weise auszufüllen.

Abgeordneter Herrgott, CDU:

Adams, Dirk; Becker, Dagmar; Berninger, Sabine; Blechschmidt, André; Bühl, Andreas; Carius, Christian; Dittes, Steffen; Emde, Volker; Engel, Kati; Fiedler, Wolfgang; Floßmann, Kristin; Geibert, Jörg; Gentele, Siegfried; Grob, Manfred; Gruhner, Stefan; Hande, Ronald; Dr. Hartung, Thomas; Harzer, Steffen; Hausold, Dieter; Helmerich, Oskar; Henfling, Madeleine; Henke, Jörg; Hennig-Well-sow, Susanne; Herold, Corinna; Herrgott, Christian; Hey, Matthias; Heym, Michael; Höcke, Björn; Holbe, Gudrun; Holzapfel, Elke; Huster, Mike; Jung, Margit; Kalich, Ralf; Kellner, Jörg; Kießling, Olaf; Kobelt, Roberto; König-Preuss, Katharina; Korschewsky, Knut; Kowalleck, Maik; Kräuter, Rainer; Krumpe, Jens; Kubitzi, Jörg; Kummer, Tilo; Kuschel, Frank; Lehmann, Annette.

Abgeordneter Kräuter, DIE LINKE:

Lieberknecht, Christine; Liebetau, Christina; Lukasch, Ute; Dr. Lukin, Gudrun; Malsch, Marcus; Dr. Martin-Gehl, Iris; Marx, Dorothea; Meißner, Beate; Mitteldorf, Katja; Mohring, Mike; Möller, Stefan; Mühlbauer, Eleonore; Muhsal, Wiebke; Müller, Anja; Müller, Olaf; Pelke, Birgit; Pfefferlein, Babett; Dr. Pidde, Werner; Primas, Egon; Reinholz, Jürgen; Rietschel, Klaus; Rosin, Marion; Rothe-Beinlich, Astrid; Rudy, Thomas; Schaft, Christian; Scheerschmidt, Claudia; Scherer, Manfred; Dr. Scheringer-Wright, Johanna; Schulze, Simone; Skibbe, Diana; Stange, Karola; Tasch, Christina; Taubert, Heike; Thamm, Jörg; Tischner, Christian; Prof. Dr. Voigt, Mario; Walk, Raymond; Walsmann, Mari-

(Abg. Kräuter)

on; Warnecke, Frank; Wirkner, Herbert; Wolf, Torsten; Worm, Henry; Wucherpennig, Gerold; Zippel, Christoph.

Präsident Carius:

Hatte jeder die Möglichkeit, seine Stimme abzugeben? Das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlvorgang und bitte um Auszählung der Stimmen.

Ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Wir haben ein Ergebnis: 85 abgegebene Stimmen, davon 85 gültige Stimmen. Auf den Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 6/5434, Herrn Prof. Dr. Manfred Baldus zu wählen, sind 77 Ja-Stimmen, 5 Neinstimmen und 3 Enthaltungen entfallen. Die Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags, die bei 61 Stimmen liegt, ist damit erreicht.

(Beifall im Hause)

Damit ist Herr Prof. Dr. Manfred Baldus als Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs mit Befähigung zum Richteramt gewählt. Ich gratuliere und gehe davon aus, dass Sie die Wahl annehmen.

Wir kommen damit zur Ernennung und Vereidigung des Mitglieds des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach § 5 des Thüringer Verfassungsgerichtshofgesetzes ist vorgesehen, dass die gewählten Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs eine vom Präsidenten des Thüringer Landtags unterzeichnete Ernennungsurkunde erhalten und vor dem Landtag den Eid leisten. Ich bitte dazu das Mitglied mit Befähigung zum Richteramt des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, Herrn Prof. Dr. Manfred Baldus, nach vorn. Sie alle haben sich schon von den Plätzen erhoben.

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Baldus, ich händige Ihnen zuerst die Ernennungsurkunde aus, verlese dann den im Thüringer Verfassungsgerichtshofgesetz enthaltenen Text der Eidesformel. Sie können diese Eidesformel anschließend mit den Worten „ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ oder „ich schwöre es“ bekräftigen. Zunächst zur Urkunde.

Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Prof. Dr. Baldus:

Ich schwöre es.

Präsident Carius:

Ich danke Ihnen, gratuliere Ihnen ganz herzlich und wünsche Ihnen für die Amtsausübung alles Gute zum Wohle unseres Volkes.

Prof. Dr. Baldus:

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Präsident Carius:

Nachdem mit unserer Finanzministerin die letzte Gratulantin den Gratulationsparcours schließt, kommen wir zur Tagesordnung. Bevor ich den nunmehr vereinbarten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich mit Blick darauf, dass wir ihn und auch den Antrag der AfD jetzt behandeln, gleich noch bekannt geben, dass Herr Möller mich darum bat, dass der Antrag auf eine Aktuelle Stunde durch die AfD-Fraktion damit zurückgezogen wird.

So rufe ich jetzt auf die neuen **Tagesordnungspunkte 15 a und b**

a) Sprengstofffunde in Rudolstadt und Uhlstädt-Kirchhasel – linksmotivierte terroristische Aktivitäten zügig aufklären, Linksextremismus mit allen Mitteln bekämpfen

Antrag der Fraktion der CDU
- [Drucksache 6/5442](#) -

b) Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand der Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Sprengstofffund in der Region von Saalfeld/Rudolstadt – Einführung einer „Extremismusklausel“

Antrag der Fraktion der AfD
- [Drucksache 6/5453](#) -

Die CDU-Fraktion wünscht das Wort zur Begründung und Abgeordneter Walk erhält das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Walk, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucher auf der Besuchertribüne! Nein, wir haben es bei diesem Sachverhalt nicht mit einem gewöhnlichen Kriminalfall aus der ostdeutschen Provinz zu tun. Tatsächlich handelt es sich hier um ein für Thüringen einmaliges Ermittlungsverfahren mit augenfälligen Besonderheiten.

(Abg. Walk)

Dass die Ermittlungsbehörden hochexplosives Material – kiloweise Chemikalien – sicherstellen, die zur Herstellung von weiterem Sprengstoff geeignet sind, ist an sich schon außergewöhnlich genug. Dass die Funde nicht an einem, sondern an verschiedenen Tatorten gesichert wurden, ist ein weiterer Fakt, der für gezieltes und konspiratives Vorgehen spricht. Dass offenbar auch ein mobiles Labor zur Herstellung von Sprengmitteln vorgefunden wurde, stellt die Spitze der tatbezogenen Besonderheiten dar. Was immer auch unter einem „mobilen Labor“ zu verstehen ist, eines ist doch klar: Ein mobiles Labor hat die Aufgabe, die ein mobiles Labor eben hat – an jedem Punkt in Thüringen, in Deutschland oder anderswo jederzeit zum Einsatz zu gelangen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Das war ein Einkaufswagen!)

(Beifall AfD)

Auf die spannende Frage der Beziehung der Täter untereinander, die Frage, ob und in welcher Art und Weise diese alleine oder gegebenenfalls zusammen gewirkt haben, und auf die Frage, ob und in welchen Netzwerken diese eingebunden waren, oder auch, wer von den Vorhaben, von den Taten wusste, will ich an dieser Stelle hier vorne gar nicht eingehen, auch nicht auf die aus meiner Sicht völlig offene Motivlage. Auch darf doch die Frage gestattet sein, in wie vielen vergleichbaren Fällen, Herr Minister, Thüringer Behörden in den letzten Jahren mit welchen Ergebnissen wegen des Straftatbestands „Vorbereitung eines Explosions- und Strahlungsverbrechens“ nach § 310 Strafgesetzbuch Ermittlungen führten – übrigens ein Verbrechenstatbestand mit Mindeststrafandrohung von einem Jahr und mehr, der aus guten Gründen in die Zuständigkeit der Oberlandesgerichte fällt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Ziel unseres Antrags ist es, zunächst ganz einfach aufzuklären. Viele entscheidende Fragen sind noch offen, ich habe nur einige wenige angerissen. Und sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wenn Sie der „Tagesspiegel“ richtig zitiert hat, haben Sie in diesem Zusammenhang von Hysterie gesprochen, aber ich denke, es geht nicht um Hysterie, es geht auch in erster Linie nicht um uns Parlamentarier, es geht vor allem um die Menschen in unserem Freistaat. Diese haben einen berechtigten und auch nachvollziehbaren Anspruch darauf, umfassend und zeitnah – selbstverständlich unter Wahrung ermittlungstaktischer Erfordernisse – informiert und unterrichtet zu werden,

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Und sachlich!)

und darauf müssen die Menschen in Thüringen auch vertrauen können.

(Beifall CDU)

Oftmals, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, hilft ein Blick in die Vergangenheit, auch wenn dieser Blick in diesem Fall sehr schmerzlich ist. Ich will es noch einmal sagen: Bombenbauer des NSU aus Thüringen waren es, die dazu beitrugen, dass eine schier unglaubliche, schreckliche und beschämende Mordserie von Thüringen aus in die Republik getragen wurde und damit eines der dunkelsten Kapitel in der Thüringer Geschichte schrieben – bittere Wahrheiten. Die Frage stand und steht ja auch immer noch. Frau Marx als Vorsitzende des Untersuchungsausschusses – einer von mehreren sogenannten NSU-Untersuchungsausschüssen in der Bundesrepublik – weiß es ja: Was hätte man – und das ist die zentrale Frage – damals wissen können? Was hätte man damals wissen müssen? Wurde hinreichend und der Bedeutung der Sache angemessen ermittelt? Immerhin wurde doch auch damals Sprengstoff aufgefunden. Da hätten doch alle Alarmglocken der Ermittler schrillen müssen – oder etwa nicht?

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Haben sie ja auch!)

Da fragen Sie mal Ihre Kollegin Marx und die Untersucher im NSU-Untersuchungsausschuss.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ein weiteres Feld aufgreifen – die Frage der Zuständigkeiten innerhalb der Ermittlungsbehörden, also Polizei und Justiz. Zunächst nach Thüringen – da habe ich vernommen, Herr Minister, dass Sie höchst selbst die Ermittlungen an das LKA übertragen haben, was ich befürworte, aber auch das gehört zu den Besonderheiten dieses Falls. Ich will den Bogen weiter spannen: Wie stellt sich die Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bundesbehörden dar? Ein mobiles Labor, das geeignet ist, jederzeit und überall eingesetzt zu werden. Daraus erwächst aus meiner Erfahrung, dass hier eine länderübergreifende höchst sensible Gefahrenlage und damit auch die Zuständigkeit des BKA zu bestimmen ist. Ein Tatverdächtiger bewirbt sich als Laborant bei der Bundeswehr. Ähnliche Fälle sind doch bekannt. Erinnern möchte ich an den Gefährder Franco A., der es geschafft hat, sich durch sein schier unglaubliches Doppelleben als Soldat bei der Bundeswehr einzuschleusen.

Präsident Carius:

Ihre Redezeit endet gleich.

Abgeordneter Walk, CDU:

Hier drängt sich die Frage auf: Wie war das in diesem Fall? War es eine gezielte Bewerbungsaktion? Auch hier sehe ich den Militärischen Abschirmdienst in der Pflicht. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsident Carius:

Danke schön, Herr Abgeordneter Walk. Die AfD-Fraktion wünscht auch das Wort zur Begründung. Herr Abgeordneter Höcke, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Herzlichen Dank, Herr Präsident. Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Tribüne, was ist in den letzten Jahren aus unserem beschaulichen Freistaat Thüringen geworden? Seit der großen Grenzöffnung der Altparteien sorgen illegale Einwanderer in Thüringen dafür, dass die innere Sicherheit immer mehr zerfällt, und jetzt leben auch noch die hiesigen Linksextremisten ihre von der Politik eingeräumte Narrenfreiheit zügellos aus.

(Beifall AfD)

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, was genau ist passiert? Ich will den Sachverhalt in Kürze in Erinnerung rufen. Nachdem einem Zeugen aufgefallen ist, dass ein Mann eine größere Lieferung von Düngemitteln erhalten hatte, informierte er diesbezüglich die örtliche Polizei. Daraufhin kam es am vergangenen Dienstag zu Hausdurchsuchungen im Raum Rudolstadt. Die Beamten stellten bei diesen Durchsuchungen Schreckschusswaffen, Cannabis, eine Cannabisaufzuchtanlage, eine fahrbare Bombenwerkstatt, gebrauchsfähigen Sprengstoff sowie die unglaubliche Menge von 100 Kilogramm Chemikalien zur Herstellung von Sprengstoff sicher. Gegenwärtig wird zwei Männern im Alter von 25 und 31 Jahren die Vorbereitung eines Explosions- und Strahlungsverbrechens vorgeworfen.

Jetzt, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete und sehr geehrte Besucher auf der Tribüne, stellen Sie sich bitte mal vor, man hätte bei diesen Hausdurchsuchungen Hinweise auf einen rechtsextremistischen Hintergrund aufgeklärt. Was wäre dann wohl passiert? Ich kann Ihnen sagen, was dann passiert wäre. Sämtliche Regierungsmitglieder mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze hätten bereits Minuten später ihre Erschütterung und tiefe Betroffenheit medial kundgetan.

(Beifall AfD)

Ein wahrer Twittersturm wäre unter Führung unseres Tweetkönigs und Ministerpräsidenten Bodo Ramelow losgebrochen. Mit Sicherheit wäre auch von einem neuen nationalsozialistischen Untergrund die Rede gewesen. Die Bundesstaatsanwaltschaft, sehr geehrte Kollegen, hätte die Ermittlungen an sich gezogen und die potenziellen Terroristen wären wegen Verdunkelungsgefahr stante pede sofort verhaftet und mit Kapuzen über dem Kopf nach Karlsruhe zur Vernehmung geflogen worden.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kapuzen über dem Kopf? Wir sind hier nicht im schlechten Krimi!)

Und bereits am Wochenende hätten die berufenen zivilgesellschaftlichen Gruppen die ersten Lichterketten organisiert und heute würden wir wahrscheinlich in diesem Plenum über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beraten und mit der Mehrheit der Regierungsfractionen wahrscheinlich auch beschließen.

Das, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, wäre passiert, wenn es sich um einen potenziellen Rechtsterroristen gehandelt hätte.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das sind alles Mutmaßungen!)

Aber es handelt sich nicht um einen potenziellen Rechtsterroristen oder um Rechtsterroristen, sondern um potenzielle Linksterroristen,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach, das wissen Sie schon?)

denn zumindest einer der Tatverdächtigen gehört zur linksextremen Szene Thüringens und war bis vor Kurzem sogar Sprecher der Antifragruppe „Bündnis für Zivilcourage und Menschenrechte“.

Was waren jetzt die tatsächlichen Reaktionen der Zuständigen, nämlich der Landesregierung? Das LKA – nicht das BKA, sehr geehrte Kollegen – ist erst vier Tage nach den Hausdurchsuchungen eingebunden worden. Noch am Freitag erklärte der hiesige Staatsschutz wörtlich, man sehe keine Anzeichen für einen politischen Hintergrund und würde daher auch nicht ermitteln. Die Tatverdächtigen, Herr Innenminister, sind selbstverständlich weiter auf freiem Fuß. Und der Herr Ministerpräsident Bodo Ramelow hüllt sich seit genau einer Woche in tiefes Schweigen. Kein Wort zu den Hausdurchsuchungen,

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

kein Wort ist von Ihrer Seite zu hören über die verfehlten Auszeichnungen dieser linksextremen Bombenbauer mit einem Demokratiepreis.

(Beifall AfD)

Noch nicht mal das Steuergeld, das diese Ganoven erhalten haben, fordern Sie im Sinne des Gemeinwohls zurück. Das ist ein Skandal.

(Beifall AfD)

Ich sage Ihnen, was hier los ist, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Landesregierung:

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Haben Sie schon mal was von „Rechtsstaat“ gehört?)

(Abg. Höcke)

Sie machen hier nichts anderes als eine Vogel-Strauß-Politik, weil Sie unangenehmen Fragen aus dem Weg gehen wollen. Fragen, wie zum Beispiel danach, warum die Landesregierung nicht vorab genau prüft, wem sie eigentlich solche mit mehreren Tausend Euro Steuergeld dotierte Demokratiepreise aushändigt, oder Fragen danach, warum das LKA nicht sofort am Anfang die Ermittlungen übernommen hat, oder auch die Frage, welche Abgeordnete oder Abgeordneten intensive Kontakte in linksextreme Kreise pflegen. Fest steht jedenfalls, sehr geehrte Landesregierung,

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Ein weißes Hemd macht noch keinen Demokraten!)

dass Sie wegen ideologischer Verblendung oder zumindest wegen ideologischer Vorvereinnahmung nicht zu einer gebotenen neutralen Amtsführung willens und in der Lage sind.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mit ideologischer Verblendung kennen Sie sich ja aus!)

(Beifall AfD)

Weil ihr Herz für einen Linksstaat schlägt, eiern sie rum und fügen damit dem Rechtsstaat schweren Schaden zu. Es wird Zeit, dass der rot-rot-grüne Spuk in Thüringen beendet wird. Aber vorher verlangen wir von Ihnen im Namen der Menschen im Lande Thüringen, dass Sie umfänglich Auskunft erteilen über die Gefährdungslage durch Linksextremismus in Thüringen. Wir fordern Sie auch im Rahmen unseres Antrags auf, unverzüglich eine Extremismusklausel in Kraft zu setzen und einzuführen, mit der verhindert wird, dass in Zukunft auch nur ein Cent Steuergeld in demokratiefeindliche Projekte investiert wird.

Präsident Carius:

Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Wir freuen uns auf den Bericht der Landesregierung und auf die Diskussion zu diesem Thema. Herzlichen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Danke schön. Die Landesregierung hat angekündigt, keinen Sofortbericht zu erstatten, dennoch gebe ich dem Innenminister, Herrn Maier, das Wort zum Bericht. Bitte schön, Herr Maier.

Maier, Minister für Inneres und Kommunales:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher! Bitte entschuldigen Sie, erkältungsbedingt ist meine Stimme heute etwas heiser. Ich möchte Ihnen trotzdem zu einem sehr ernsthaften Thema berichten. Es geht um einen Sprengstofffund bzw. um Materialien, die zur Herstellung von Sprengstoff genutzt werden können. Damit bewegen wir uns im Strafbestand eines Verbrechens nach § 310 Strafgesetzbuch.

Ihnen sind aufgrund der vielfältigen Presseberichterstattungen, die nunmehr auch die nationalen Medien erreicht haben, sicherlich verschiedene Aspekte und Informationen zum Sachverhalt bekannt geworden. Lassen Sie mich zur besseren Einordnung dennoch zunächst einmal ein Bild vom Sachverhalt darlegen, wie er den Thüringer Ermittlungsbehörden und Sicherheitsbehörden zum jetzigen Zeitpunkt bekannt ist. Ich bitte hierbei zu berücksichtigen, dass sich die polizeilichen Ermittlungen erst am Anfang befinden. Aufgrund der Tatsache, dass derzeit ein strafrechtliches Verfahren läuft, bitte ich zugleich um Ihr Verständnis, dass ich Ihnen aus strafprozessualen Gründen nicht alle Details mitteilen kann. Selbstverständlich will ich aber Ihrem Informationsinteresse gerecht werden, da ja auch Sie sich gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern im Gespräch sicherlich erklären müssen und wollen. Deshalb habe ich einen Selbstbefassungsantrag für den kommenden Innen- und Kommunalausschuss zu diesem Thema vorbereitet und bereits dem Landtag zukommen lassen.

Zum Sachverhalt: Ein Zeugenhinweis vom Montag, dem 5. März 2018, war Anlass, im Zusammenwirken mit der Staatsanwaltschaft Gera ein Strafverfahren wegen Vorbereitung eines Explosions- oder Strahlungsverbrechens gemäß § 310 Strafgesetzbuch gegen zwei namentlich bekannte Personen einzuleiten. Unverzüglich folgten weitere Ermittlungen und Vernehmungen sowie unverzüglich ein Informationsaustausch mit dem Landeskriminalamt, in dessen Ergebnis die Staatsanwaltschaft Gera beim zuständigen Amtsgericht mehrere Durchsuchungsbeschlüsse erwirkte. Unter Bildung einer sogenannten Besonderen Aufbauorganisation gemeinsam mit Beamten des Landeskriminalamts und der Bereitschaftspolizei wurden dann am 13. März 2018 insgesamt vier Objekte in Rudolstadt und in Uhlstädt-Kirchhasel durchsucht. Hierbei wurde eine Vielzahl von Gegenständen, die zur Herstellung von Sprengstoff geeignet sind, aufgefunden und sichergestellt.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen Hinweis: Die Polizei ist natürlich in erster Linie auch zur Gefahrenabwehr verpflichtet, und diese Gefahrenabwehr hat sehr kurz nach dem Zeugenhinweis stattgefunden.

(Minister Maier)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die sichergestellten Sprengstoffe: Darunter befanden sich 2,3 Gramm ETN, das ist ein Sprengstoff, dessen Sprengkraft die Sprengkraft von TNT deutlich übertrifft. Insofern ist die geringe Menge nicht unerheblich. Es wurden mehr als 75 Kilogramm Kunstdünger gefunden. Es wurden gefunden 2 Kilogramm Magnesiumpulver, 2 Kilogramm Schwefelpulver, 2 Kilogramm Calciumcarbit – jeweils circa 2 Kilogramm –, 2 Kilogramm Magnaliumpulver, 2 Kilogramm Kaliumnitrat und noch 2 Kilogramm anderer chemischer Substanzen. Es wurden weiterhin gefunden eine Vielzahl von Böllern unbekannter Herkunft. Es wurden vier Kartons mit einer Vielzahl selbstlaborierter Böller mit Zündschnur gefunden. Es wurde gefunden ein Trolley mit Komponenten für die Herstellung des hochexplosiven Sprengstoffs TATP, zum Beispiel Aceton, Wasserstoffperoxid, verschiedene Säuren, Reagenzgläser, Schutzmasken und Trichter. Es wurden acht Flaschen Buttersäure je 1 Liter gefunden. Darüber hinaus wurden verschiedene elektronische Datenträger gefunden und sichergestellt. Der Vollständigkeit halber will ich zugleich ausführen, dass darüber hinaus tatsächlich Cannabis in geringer Menge sichergestellt sowie eine Aufzuchtanlage ohne Betäubungsmittel zufällig aufgefunden wurde. Des Weiteren wurden eine Schreckschusswaffe mit Kartuschenmunition sowie Pfeilspitzen für eine Armbrust sichergestellt.

Der Tatverdacht richtet sich gegen zwei deutsche Tatverdächtige im Alter von 25 und 31 Jahren. Eine zunächst erfolgte vorläufige Festnahme des 25-jährigen Tatverdächtigen am 13. März 2018 wurde wegen fehlender Haftgründe von der Staatsanwaltschaft Gera am nächsten Tag aufgehoben.

Ebenso wenig wie zum konkreten Tatgeschehen liegen derzeit vollständig belastbare Informationen zu den Tatverdächtigen vor. Ich kann Ihnen jedoch die Pressemitteilung bestätigen, wonach zumindest ein Tatverdächtiger politisch links einzuordnen ist. Der 31-jährige war für das Bündnis „Zivilcourage und Menschenrechte“ im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt aktiv.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Und für die Antifa!)

Das Bündnis „Zivilcourage und Menschenrechte“ im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt hat im Jahr 2016 im Rahmen der Demokratiepreisverleihung einen Anerkennungspreis erhalten. Der Preis ging nicht an eine Einzelperson, sondern an das Bündnis, und zwar für sein Engagement gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Bündnis hat sich unverzüglich nach Bekanntwerden der Vorwürfe in aller Deutlichkeit vom Tatverdächtigen distanziert.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Was hätten sie sonst machen sollen?)

Dies war aus Sicht der Landesregierung richtig und notwendig. Für Gewalt oder Pläne zur Gewaltausübung kann es keinerlei Toleranz geben.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines möchte ich aber noch mal herausstellen und betonen: Auch wenn einer der Tatverdächtigen für das Bündnis „Zivilcourage und Menschenrechte“ im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt tätig war, steht es niemandem an, diese und andere Organisationen pauschal als Rechtsbrecher und Gewalttätige zu verurteilen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele dieser Bündnisse und Vereine im Land Thüringen setzen sich für Menschlichkeit, Vielfalt und Toleranz ein und das ist gut so.

(Beifall SPD)

Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Integration von Menschen, zur politischen Bildung und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren – auch wenn Sie jetzt lachen, Herr Höcke, bei aller Auseinandersetzung –, ich habe Respekt vor dem ehrenamtlichen Engagement, das in vielen dieser Bündnisse geleistet wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zum zweiten Tatverdächtigen: Zu dem 25-Jährigen liegen umfangreiche polizeiliche Erkenntnisse vor, er hat also ein gewisses Vorleben, was die Polizeistatistik anbelangt. Und da er in der Vergangenheit vielfach mit verschiedenen Gewalt-, Einkommens- und Betäubungsmitteldelikten strafrechtlich in Erscheinung trat, ist er kein unbeschriebenes Blatt. Er selbst gab öffentlich an, sich nie um Politik gekümmert zu haben. Er habe nur Chemikalien beschafft und den Sprengstoff zusammengemischt.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das macht es nicht besser!)

Das macht es nicht besser, aber es war seine Äußerung zum Thema seiner politischen Einstellung, die gebe ich nur wieder.

Also, ob die Straftaten einen politischen Hintergrund haben und wenn ja, welchen, wird im Zuge der laufenden Ermittlungen zu klären sein. Nach

(Minister Maier)

derzeitigem Kenntnisstand liegen keine Hinweise auf konkrete Anschlagplanungen zu einem bestimmten Objekt oder einer bestimmten Person vor. Auch hier müssen die Ermittlungen sowie die Auswertungen der sichergestellten Materialien und Unterlagen abgewartet werden. Ein Ermittlungskomplex wird auch die Prüfung umfassen, ob die Tatverdächtigen für eine Vielzahl von Sachbeschädigungen durch Sprengstoffexplosionen im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in den vergangenen drei Jahren als Täter infrage kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, dass das Landeskriminalamt entgegen der Darstellung in der Öffentlichkeit von Anfang an in die Ermittlungen und den geführten Informationsaustausch involviert war. Bereits die Erstinformation der Zeugin wurde Anfang März dem Thüringer Landeskriminalamt im Rahmen des entsprechenden Meldedienstes zugeleitet. Eine Verfahrensübernahme erfolgte zum damaligen Zeitpunkt aufgrund der damaligen Erkenntnislage jedoch nicht. Sämtliche polizeilichen und strafprozessualen Maßnahmen erfolgten in der Folge in enger Abstimmung und unter Beteiligung der Justiz und der anderen Sicherheitsbehörden. An den Durchsuchungen am 13. März haben unter anderem auch Beamte des Landeskriminalamts teilgenommen.

Im Ergebnis der erneuten Verfahrensabstimmung zwischen der bisher verfahrensführenden Kriminalpolizei Saalfeld und dem Landeskriminalamt wurde am 17. März dieses Jahres entschieden, dass das oben genannte Ermittlungsverfahren vom Thüringer Landeskriminalamt abschließend bearbeitet wird. Die Verfahrensübernahme erfolgte auch vor dem Hintergrund, dass eine überregionale Bedeutung der Straftat zu prüfen ist. So ergaben sich aus der Auswertung der Mobilfunk- und Handydaten der Beschuldigten Anhaltspunkte für weitere Straftaten. Auch wurden Sprachnachrichten sichergestellt, welche sich als Bedrohung gegen die Erstzeugin richten. Beide Ermittlungsergebnisse sind der Staatsanwaltschaft Gera zur Bewertung vorgelegt worden. Diese sieht weiterhin keine Haftgründe für die Beschuldigten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hatte bereits ausgeführt, dass derzeit noch völlig unklar ist, ob die Straftaten mit einer politischen Motivation begangen wurden. Selbstverständlich war und ist innerhalb des Landeskriminalamts die Staatsschutzabteilung in die weiteren Ermittlungen eingebunden. Es wird derzeit ergebnisoffen in alle Richtungen ermittelt – genau dies habe ich schon von Anfang an deutlich gemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle deutlich machen: Die Landesregierung hat in der Vergangenheit gesellschaftlich und polizeilich alle erforderlichen Maßnahmen

ergriffen, um die eventuelle Herausbildung linksterroristischer Strukturen in Thüringen zu verhindern. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die Thüringer Informations- und Auswertungszentrale – TIAZ – sowie den engen bundesweiten Informationsaustausch im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum – GETZ. In jeder Kriminalpolizeiinspektion im Land sind die Staatsschutzkommissariate neben der Rechtsextremismusbekämpfung auch für die Bekämpfung linksextremistischer Straftaten zuständig. Die Abteilung Staatsschutz des Landeskriminalamts bündelt landesweit die Erkenntnisse und übernimmt die Verfahrensführung in herausragenden Fällen selbst. Die polizeiliche Extremismusprävention umfasst auch Maßnahmen zur Bekämpfung des Linksextremismus.

Durch die Stärkung der Zivilgesellschaft durch Aufklärung und Unterstützung demokratischer Teilhabe wollen die Landesregierung, die an der Erarbeitung des Landesprogramms Beteiligten sowie die in diesem Sinne Engagierten dazu beitragen, der Bedrohung für Demokratie, Menschenwürde und ein friedliches Zusammenleben in Thüringen zu begegnen. Das Landesprogramm richtet sich als Präventionsprogramm an alle Bürgerinnen und Bürger unseres Freistaats. Ihnen sollen Informationen zur Verfügung gestellt sowie zusätzliche Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe an menschenrechtsorientierten, partizipativ demokratischen und pluralen Alltagskulturen in einer engagierten und aktiven Zivilgesellschaft eröffnet werden. Bürgerinnen und Bürger sollen unterstützt werden, demokratische und menschenrechtsbezogene Einstellungen und Verhaltensweisen zu entwickeln, zu festigen und weiterzugeben. Auch das aktive und gewaltfreie Engagement gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird durch das Landesprogramm unterstützt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie gesagt, die Ermittlungen stehen erst am Anfang und die Hintergründe der Tat sind weiter mit Hochdruck aufzuklären. Deshalb ist es aus meiner Sicht verfrüht, reflexartig den Forderungen der Opposition nachzukommen, wie sie sich im zweiten Teil des Antrags der CDU-Fraktion und auch des Antrags der AfD-Fraktion finden. Lassen Sie uns gemeinsam mit der gebotenen Sachlichkeit prüfen, ob und welche Maßnahmen zielführend sein können. Diese gilt es dann konsequent umzusetzen. Lassen Sie sich versichert sein, die Landesregierung wird auch weiterhin die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger gut gewährleisten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Ich eröffne damit die gemeinsame Beratung. Abgeordneter Dittes erhält das Wort für die Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine Damen, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Sachsen, sehr verehrte Gäste, ich hätte vorhin in der Debatte zur Tagesordnung auch gern zur Dringlichkeit gesprochen. Herr Mohring, Sie werden sich wundern, ich hätte die Dringlichkeit, die Sie hier versucht haben zu begründen, unterstützt und ebenfalls begründet, weil die einzig wirkliche Begründetheit Ihre vorgetragene Dringlichkeit war die Rhetorik und der Inhalt Ihres Redebeitrags in Gänze.

(Beifall DIE LINKE)

Denn die Dringlichkeit, mit der wir heute den Tagesordnungspunkt an die erste Stelle dieses Plenums gesetzt haben, bietet uns die Möglichkeiten, Ihnen und auch Ihren Sekundanten der AfD die politische Bühne zu nehmen,

(Unruhe CDU, AfD)

Diffamierungen und Behauptungen in der Öffentlichkeit darzustellen, und bietet uns politisch die Möglichkeit, in diesem Parlament auf der Grundlage eines sachlich vorgetragenen Berichts des Innenministers zu diskutieren,

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Relativieren Sie nur!)

was tatsächlich stattgefunden hat, was nicht stattgefunden hat, wo die Verantwortungen liegen und was jetzt tatsächlich seitens der Polizei, der Staatsanwaltschaft und eben auch auf der politischen Ebene getan werden muss.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Ganz leise, Antifa! Ganz leise!)

Das, denke ich, ist der einzige Grund, weswegen ich auch davon überzeugt bin, dass wir zu einem Zeitpunkt, wo wir sehr wenig exakt belastbares Wissen haben, genau mit dieser Dringlichkeit hier die Debatte zu führen haben.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Schön relativieren, schön relativieren!)

Herr Mohring, der Abgeordnete Walk stellt sich hin zur Begründung Ihres Antrags und sagt, das Ziel dieses Antrags ist Aufklärung. Das Begehren nach Aufklärung folgt im Prinzip dem Umstand, dass man kein vollständiges Wissen hat, was man aber durch Aufklärungsbemühungen erreichen will. Das, was Sie gemacht haben, hier demonstriert haben, ist, so zu tun, als ob Sie umfänglich, vollständig informiert seien und daraus ziehen Sie Ihr Urteil. Sie

urteilen bereits über meine Rede, ohne sie bis zum Ende gehört zu haben.

(Beifall DIE LINKE)

Ich will es Ihnen auch deutlich machen, Herr Mohring: Sie stellen sich hier hin und fordern Aufklärung, und dann dokumentieren Sie bereits in der Überschrift, dass Sie eigentlich an Aufklärung gar nicht interessiert sind, sondern eigentlich schon wissen, was das Aufklärungsergebnis zum Ausdruck bringen soll. Dort heißt es: „[...] linksmotivier- te terroristische Aktivitäten zügig aufklären [...]“ und stellen das in diesen Kontext „Saalfeld-Rudolstadt“. Wir wissen noch gar nicht, was das eigentliche Tatmotiv ist. Wir wissen nicht, in welcher politischen Beziehung es liegt. Wir wissen auch nicht, ob es sich wirklich um Terrorismus handelt. Aber Sie sagen bereits, nur das kann vorliegen und das wollen wir aufklären. Sie nehmen im Prinzip das Aufklärungsergebnis vorweg.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Die wollten Fische fangen mit dem Sprengstoff und Mutti einen Gefallen tun!)

Während Sie, Herr Mohring, in einem anderen Fall, in einem anderen Zusammenhang, nämlich in dem Zusammenhang mit dem Durchsuchen von Abgeordnetenbüros letzte Woche, noch zur Zurückhaltung gegenüber Ermittlungsbehörden und zum Abwarten von Ermittlungen aufgerufen haben, urteilen Sie im vorliegenden Fall ohne Zeitverzug und schlussfolgern ohne ausreichende Grundlagen. Dann fangen Sie in der Öffentlichkeit sogar so eine absurde Diskussion an, welcher Politiker, welcher Minister oder auch der Ministerpräsident sich wann und wo geäußert hat und messen ihn an seinen Tweet-Aktivitäten. Wenn ich dieses Spiel mal weitertreiben will, dann auch wirklich an Ihre Adresse gerichtet: Der Abgeordnete Walk hat darauf hingewiesen, die Durchsuchung hat am 13. März 2018 stattgefunden. Die OTZ hat bereits darüber berichtet. Sie haben am 15. März 2018 eine Presseerklärung als CDU-Fraktion abgegeben und einen durchaus sachlichen Selbstbefassungsantrag für den Innenausschuss gestellt. Was Sie nicht gemacht haben als CDU-Fraktion – ich denke, das ist auch nachvollziehbar –, in der Sitzung am 15. März 2018 im Innenausschuss beispielsweise unter dem Tagesordnungspunkt, der dort regelmäßig zur Beratung ansteht, „Sonstiges“, die Landesregierung zu befragen. Das haben Sie nicht getan. Aber dann erreicht man tatsächlich Informationen, wenn man sich beispielsweise den Twitter-Verlauf – habe ich dann gemacht – Ihres Pressesprechers ansieht. Nachdem nämlich das Bündnis Zumsaru sich öffentlich distanziert hat, eindeutig politisch erklärt hat, haben Sie erst angefangen, politisch hochzufahren, was Sie dann am Wochenende auf die Spitze getrieben haben. Das werfe ich Ihnen vor, dass Sie diesen ernst zu nehmenden Vorfall,

(Abg. Dittes)

diese ernst zu nehmenden Straftatverdachte, die da im Raum stehen, für Ihr politisch motiviertes, ideologisch motiviertes Spiel nutzen und im Prinzip hier eine politische Bühne inszenieren. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, Herr Mohring, ich weiß nicht, ob es Ihnen gefällt, Sie sekundieren damit auch die AfD, die im Titel der zurückgezogenen Aktuellen Stunde noch eine Frage stellt: Entwickeln sich unter dem Deckmantel zivilgesellschaftlichen Engagements links-terroristische Strukturen im Freistaat? Die AfD ist aber gleichzeitig diejenige, die gerade in sozialen Netzwerken hochfährt mit einer ebenso ideologischen wie hysterischen Kampagne, und dabei werden nicht nur Bürgerbündnisse und deren Engagement gegen Nazis verunglimpft, es soll auch noch der Eindruck erweckt werden, als ob Die Linke, also meine Partei, und der Ministerpräsident selbst zu den Beschuldigten zählen oder dass die ehemalige Bildungsministerin mit dem Anerkennungspreis im Rahmen der Demokratiepreisverleihung sogar noch die aufgefundenen und zur Herstellung von Sprengmitteln geeigneten Chemikalien finanziert hat. Ich sage es ganz deutlich: Derartige Diffamierungen weisen wir, weise ich an dieser Stelle entschieden zurück.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schade, dass sich die CDU diesen Diffamierungen der AfD nur allzu leichtfertig angeschlossen hat, und es ist auch bedauerlich, dass in dieser Debatte der eigentliche Sachverhalt kaum noch sachlich betrachtet und bewertet wird und Selbstverständlichkeiten ignoriert werden. Ich habe sehr aufmerksam zugehört, auch bei den Reden, die hier eben gehalten wurden, und ich will auf zwei Aspekte eingehen, weil die mich auch ein Stück weit erschüttern. Da spricht beispielsweise der Abgeordnete Walk von einem mobilen Chemielabor, Sprengstofflabor – so haben Sie es gesagt –, was jederzeit in Thüringen beweglich zum Einsatz kommen kann. Meine Damen und Herren, wer die Zeitung tatsächlich aufmerksam gelesen hat, wird bei dem, was Herr Walk als mobiles, jederzeit in Thüringen einsetzbares Sprengstofflabor bezeichnet hat, wissen, worum es sich dabei handelt. Das ist ein Einkaufstrolley.

(Zwischenruf Abg. Walk, CDU: Und was war da drin?)

Entschuldigung, das macht den Sachverhalt des Straftatbestands der Chemikalien, die in diesem Einkaufstrolley gelagert und aufbewahrt, möglicherweise auch noch mit einer gewissen Mobilität versehen worden sind, nicht besser, aber, Herr Walk, es ist doch nicht belastbar hier darzustellen, der Öff-

entlichkeit vorzugaukeln, wir hätten da ein jederzeit in Thüringen einsatzfähiges mobiles Sprengstofflabor vorgefunden. Man stelle sich tatsächlich einmal vor, wie die zwei Tatverdächtigen mit ihrem Einkaufstrolley starten, in Uhlstädt-Kirchhasel loslaufen.

(Zwischenruf Abg. Walk, CDU: Ich habe die TLZ zitiert!)

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Woher wissen Sie das so genau? Waren Sie dort?)

Nein, ich lese Zeitung und warte auf die Berichterstattung, Herr Emde. Ich schließe vorher kein Urteil aus,

(Beifall DIE LINKE)

aber ich treffe eben auch kein Urteil, bevor ich nicht weiß, was tatsächlich belastend ist. Das ist im Prinzip eine Behauptung, die durch das, was an Informationen öffentlich geworden ist, überhaupt nicht zu belegen ist.

Und dann, Herr Mohring, fragen Sie, und da sind Sie sich mit Herrn Höcke einig:

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nein!)

Was wäre denn eigentlich gewesen, wenn wir ein ähnliches Ereignis mit Bezügen zum Rechtsextremismus hätten? Und Sie sagen – Herr Walk ist auch darauf eingegangen –, das wäre einzigartig, was wir hier erlebt haben.

(Zwischenruf Abg. Walk, CDU: Genau, ist es auch!)

Und ich will Ihnen diese Frage, was wäre wenn, wirklich gerne beantworten und dann können Sie alle hier im Haus und auch die Öffentlichkeit urteilen.

Erstens will ich Ihnen sagen: 2016 hatten wir 106 Sprengstoffstraftaten in Thüringen, bei denen die Thüringer Polizei ermittelt hat. Das macht keine dieser Straftaten, auch nicht diese, in irgendeiner Form ungefährlicher. Aber am 25. April 2017 hat das Landeskriminalamt bereits schon einmal ein Sprengstofflabor ausgehoben, und zwar in Heiligenstadt/Großbartloff. Da hat das Landeskriminalamt nach den Ermittlungen ein politisches Tatmotiv ausgeschlossen und dann berichtete „Thüringen24“, dass der Tatverdächtige in rechtsextremen Netzwerken vernetzt ist und auch über Facebook Kontakte zur AfD hat. Jetzt erinnern Sie sich einmal, Herr Mohring: Was hat damals Ihre Fraktion in diesem Fall getan – Sie, die immer vorgeben,

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das kann ich Ihnen sagen!)

ohne Bewertung des politischen Hintergrunds solche Sachverhalte zum Gegenstand zu machen? Sie haben nichts gemacht, nicht mal eine Anfrage gestellt, nicht mal eine Selbstbefassung im Innen-

(Abg. Dittes)

ausschuss, geschweige denn einen Antrag hier im Thüringer Landtag gestellt.

(Zwischenruf Abg. Kummer, DIE LINKE: Hätten Sie mal machen sollen!)

Jetzt frage ich Sie natürlich auch: Was haben wir gemacht? Haben Sie möglicherweise etwas Ähnliches der Linken erlebt, was Sie heute im umgekehrten Fall veranstaltet und organisiert haben?

Präsident Carius:

Es gibt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mohring. Lassen Sie die zu?

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Ich lasse die Frage von Herrn Mohring natürlich gern zu, aber am Ende. Vielleicht erübrigt sich das eine oder andere.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Kann es gar nicht!)

Ja, das ist genau Ihr Problem, Herr Mohring: Sie urteilen, bevor Sie eigentlich die Informationen, die für ein Urteil notwendig sind, haben. Das werfe ich Ihnen letztendlich vor. Und ich sagte es: Die Debatte, die wir hier führen, entbehrt in vielen Fällen tatsächlich sachlicher Information, und deswegen bin ich dem Innenminister auch dankbar, dass er Ihren Antrag genutzt hat, die Öffentlichkeit und auch Sie sachlich über das eigentliche Geschehen zu informieren.

Ich will Ihnen aber auch eins sagen: Natürlich, Herr Minister, wäre es mir auch lieber, die Polizei würde umgehend nach so einer Durchsuchungsmaßnahme an die Öffentlichkeit gehen und lückenlos dokumentieren, was der eigentliche Sachverhalt ist,

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Sie behaupten nur und antworten nicht!)

weil nur eine solche Information, die eigentlich auch nur von denen gegeben werden kann, die die Information vorliegen haben, den Raum für Spekulation, den Raum für Angst, den Raum für ideologische Instrumentalisierung nimmt. Aber, Herr Mohring, auch wenn ich mir das persönlich wünsche, weiß ich, dass es Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit sind, dass es auch einsatztaktische Erwägungen sind, die das eben der Staatsanwaltschaft und der Polizei unmöglich machen. Und ich glaube, es steht Ihnen nicht gut zu Gesicht, wenn Sie diese Prinzipien des Rechtsstaats, denen natürlich auch eine, sage ich mal, nur unzureichende, möglicherweise an den Interessen ausgerichtete Informationslage folgt, nutzen, um hier Ihr politisches Spiel zu treiben. Ich denke, Sie sollten genauso wie wir darauf hinweisen, dass es rechtsstaatliche Prinzipien gibt, die Informationspolitik zeitweilig einschränkt, um Ermittlungserfolge nicht zu gefährden. Aber wir sollten

diese Zeit nicht dazu missbrauchen, um ein politisch-ideologisches Süppchen zu kochen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe eingangs gesagt, dass viele Selbstverständlichkeiten in der politischen Debatte, die wir heute führen, nicht mehr benannt sind. Und ich will tatsächlich auf einige Selbstverständlichkeiten aus meiner Sicht hinweisen. Zu diesen Selbstverständlichkeiten in diesem Fall gehört erstens, dass die Landesregierung, die Polizei und die Staatsanwaltschaft ihren Job gemacht haben. Denn es ist eben nicht so, Herr Mohring, wie Sie versuchen, hier glauben zu machen, dass es sich um eine Art Zufallsergebnis polizeilicher Arbeit handelt, sondern es ist eben Ergebnis der Arbeit des Landeskriminalamts, der Polizei in Saalfeld-Rudolstadt, der Staatsanwaltschaft Gera, die diesen Ermittlungserfolg nach eingegangener Zeugenaussage dann tatsächlich möglich gemacht haben. Die Polizei und die Staatsanwaltschaften haben ihre Arbeit gemacht, sie sind dem Tatverdacht nachgegangen, sie haben die Chemikalien beschlagnahmt, sie haben die Tatverdächtigen vernommen und nun die Ermittlungen geführt, auch zu den Motiven und zu möglicherweise bestandenen Vorhaben. Ich gehe davon aus, dass die Taten damit restlos aufgeklärt werden können. Und wenn Sie fragen, was die Landesregierung jetzt in diesem Zusammenhang tut oder getan hat, dann will ich es Ihnen auch deutlich sagen und auch wieder kontrastierend zu dem, was Sie hier eigentlich in den letzten Wochen veranstaltet haben. Die Landesregierung und auch die sie tragende Koalition hat das Landeskriminalamt beispielsweise im Rahmen der Haushaltsberatung zum Doppelhaushalt gestärkt, hat im Landeskriminalamt vier zusätzliche Stellen geschaffen, hat Mittel zur Verfügung gestellt, um die technische Ermittlungsarbeit zu stärken, während Ihre Fraktion bei der Haushaltsberatung Anträge gestellt hat, die Mittel bei der Thüringer Polizei insgesamt um 4 Millionen Euro zu kürzen und

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört, hört!)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

beim Landeskriminalamt wollten Sie tatsächlich noch 600.000 Euro streichen. Da sage ich Ihnen: Wo liegt denn jetzt hier die eigentliche Handlungskompetenz bei der Sicherheit? Bei Ihnen oder bei den handelnden Akteuren, die diesen Ermittlungserfolg tatsächlich geschafft haben?

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Selbstverständlichkeiten gehört zweitens, und da bin ich dem Innenminister auch dankbar,

(Abg. Dittes)

dass er auch darauf eingegangen ist, dass die Bürgerbündnisse gegen Rechts eine herausragende Arbeit bei der Auseinandersetzung mit extrem rechten Einstellungen in Thüringen, bei der Demokratiebildung und eben auch bei der Organisation eines friedlichen Protestes gegen Nazi-Aufmärsche und -Konzerte und andere Manifestationen von Rechtspopulisten und ähnlichen demokratiefeindlichen Bestrebungen leisten. Dafür, und das sage ich mit aller Deutlichkeit, haben diese Bündnisse und die bei ihnen engagierten Menschen unser Vertrauen und unseren größten Respekt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und das gilt unvermindert auch für das Bündnis „Zivilcourage und Menschenrechte“ in Saalfeld-Rudolstadt – Zumsaru. Ich unterstreiche, was die Thüringen-Vernetzung der Bürgerbündnisse heute erklärt hat: „Unsere Haltung zu unserem Bündnispartner Zumsaru wird durch den gemeinsam getroffenen Grundkonsens und unser Selbstverständnis gestärkt und nicht durch das Verhalten einzelner in Frage gestellt.“

Deshalb, Herr Mohring, gehört zu den Selbstverständlichkeiten drittens auch, dass es gut und richtig war, dass das Bündnis Zumsaru unmittelbar nach dem Auffinden der Chemikalien und von 2,3 Gramm Sprengstoff eine unmissverständliche Erklärung abgegeben hat, in der es heißt: „Wir sind entsetzt über die Lagerung von Materialien, die zur Sprengstoffherstellung geeignet sind. Unabhängig von Zweck und Ziel steht für uns fest, dass es keinen einzigen akzeptablen Grund zur Lagerung dieser Materialien – geschweige denn zum Einsatz von Sprengstoff – gibt. Wir distanzieren uns aufs Schärfste von den nun bekannt gewordenen Aktivitäten.“ Deshalb sage ich auch ganz deutlich: Zu den Selbstverständnissen gehört viertens eben auch dazu, dass Die Linke als Teil dieses Bündnisses diese Erklärung vorbehaltlos unterstützt und sich die Linke-Landtagsfraktion dieser ebenso vorbehaltlos anschließt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt aber auch, meine Damen und Herren, für den zweiten Teil dieser Erklärung, in dem es heißt: „Wir stellen fest, dass das Engagement des Bündnisses ‚Zivilcourage und Menschenrechte im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt‘ in keinerlei Zusammenhang mit Aktivitäten des Tatverdächtigen steht und verweisen auf unser Selbstverständnis aus dem Jahr 2014, in welchem es u. a. heißt: ‚Uns eint der Anspruch, uns für Menschlichkeit, Vielfalt, Zivilcourage und Solidarität stark zu machen.‘ Dieses Selbstverständnis und den damit verbundenen Anspruch, die im absoluten Widerspruch zu den nun bekannt gewordenen Aktivitäten stehen, vertreten wir weiterhin.“

Meine Damen und Herren, insbesondere der CDU-Fraktion, auch mit Blick auf Ihren Antrag, auch mit Blick auf den Redebeitrag Ihres Fraktionsvorsitzenden: Was, bitte, an dieser Erklärung haben Sie nicht verstanden?

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr gute Frage!)

Oder anders gestellt: Was wollen Sie eigentlich an dieser Erklärung nicht verstehen, damit Sie Ihre politische Kampagne fortsetzen können?

Herr Mohring, Sie wollten die Landtagssitzung nutzen, um Aufklärung zu erreichen. Nur wenige Minuten vor dieser Sitzung haben Sie eine Presseerklärung abgegeben. Mit dieser Erklärung verlieren Sie jede Form der Relation, die eigentlich notwendig ist, wenn wir über diesen Vorgang diskutieren. Sie fordern nämlich auf, dass der Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt den Fall an sich ziehen sollen.

(Beifall CDU, AfD)

Sie müssen sich einfach noch mal die Chronologie vorstellen: Die KPI Saalfeld-Rudolstadt hat einen Ermittlungserfolg in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt. Das Landeskriminalamt übernimmt wegen der möglicherweise überterritorialen Bedeutung dieses Vorgangs. Das fordern Sie ein ganzes Wochenende. Dann geschieht es und Sie sagen: Das ist uns nicht genug, das Bundeskriminalamt soll übernehmen und auch gleich noch der Generalbundesanwalt, weil Sie es schon ganz genau wissen, noch bevor hier der Bericht gegeben worden ist, dass es sich um eine terroristische Planung handelt, die da rechtzeitig gestoppt werden konnte.

Da kann man ja sagen: Okay, Sie haben die Relation verloren. Aber was mich dann wirklich wütend macht in dieser Presseerklärung, ist, dass Sie tatsächlich hingehen und sagen: Mohring dankt der Polizei und Staatsanwaltschaft für die bisher geleistete Ermittlungsarbeit. Und mit jedem Redebeitrag, mit jeder Pressemitteilung stellen Sie genau diese geleistete Ermittlungsarbeit der Polizei und der Staatsanwaltschaft und die dabei gewonnene Erkenntnis praktisch infrage und sagen: Die treffen nicht zu, die wollen wir nicht glauben, die stimmen nicht. Weil das eben die falschen Experten sind, weil die zu einem anderen Ergebnis kommen, müssen andere übernehmen, die offensichtlich dann mehr Ahnung haben oder offensichtlich bei Ihnen die Hoffnung erwecken, dass das Ermittlungsergebnis in der von Ihnen gewünschten Richtung ausfällt. Das werfe ich Ihnen vor, dass Sie nicht nur diese politische Bühne instrumentalisieren, sondern gleichzeitig auch noch Polizei und Staatsanwaltschaft für Ihre politische Debatte instrumentalisieren. Damit haben Sie jede Relation im Vorgang verloren.

(Abg. Dittes)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun aber zu einzelnen Punkten aus Ihren Anträgen, auch aus dem Antrag der AfD. Ich habe es im Prinzip ausgeführt: Beide Anträge ignorieren ganz unverblümt, dass die Ermittler und die Staatsanwaltschaft mehrfach betont haben, dass derzeit einfach keine Anhaltspunkte für eine politisch motivierte Tat vorliegen. Das ignorieren beide Anträge vollständig. Die Zielrichtung und auch die Logik der beiden Anträge sind eine andere. Sie sind aber auch – und das müssen Sie sich auch vorwerfen lassen – identisch. Weil bei jemand, der sich ehrenamtlich bei einem Verein oder einer Initiative engagiert und im Verdacht steht, eine Straftat begangen zu haben, muss der Verein oder die Initiative automatisch auch kriminell sein, weil sich jemand gegen Rassismus und Neonazismus positioniert, muss er automatisch links, linksextrem oder Antifa sein. CDU und AfD bedienen hier wieder gemeinschaftlich einen Reflex, der in der Unterstellung endet, dass ehrenamtliches Engagement gegen die menschenverachtende Ideologie der extremen Rechten automatisch vermeintlich extremistisch und/oder gewalttätig sei. Die AfD fabuliert in diesem Antrag gleich auch noch – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – „von Linksextremen geführte[n] oder unterwanderte[n] Gewerkschaften“. Und beide – CDU und AfD – wärmen die aus guten Gründen abgeschaffte sogenannte Extremismuserklärung auf. Die CDU wärmt darüber hinaus noch eine ganze Reihe anderer Vorschläge auf, die wir bereits im letzten Sommer hier im Thüringer Landtag diskutiert haben und die eben auch mit Mehrheit keine Zustimmung erfahren haben.

Ich will auf einen Punkt etwas detaillierter eingehen, der sich in beiden Anträgen findet, denn mit diesem Punkt wird deutlich, worum es der CDU und der AfD tatsächlich geht. – Um Aufklärung geht es hier nicht, das habe ich ja versucht zu begründen, das können Sie offensichtlich nicht nachvollziehen. – Aber ich will Ihnen noch mal sagen, warum ich glaube, dass es Ihnen um etwas anderes geht, und ich will Ihnen auch sagen, was das meines Erachtens ist, und da machen Sie zur AfD keinen Unterschied. Beide Anträge verlangen Auskunft darüber, mit wem die Tatverdächtigen Verbindung hatten. Die CDU fragt konkret nach Abgeordneten, die AfD will sogar wissen, welche politischen Parteien, Personenzusammenschlüsse, Vereinigungen und Einzelpersonen mit dem Bündnis „Zivilcourage und Menschenrechte“ zusammengearbeitet haben. Es soll also, wenn man so will, nicht nur ein Tatverdacht gegen das Bündnis selbst konstruiert werden, nein, der Verdacht soll nun auch auf die treffen, die mit dem Bündnis zusammengearbeitet hatten oder mit denen in Kontakt standen.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Am besten Sie fragen mal die Netzbeauftragte!)

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, ich will das nicht vergleichen, aber ich will Ihnen meine Kritik vielleicht mal an einem anderen und vielleicht leichter nachvollziehbaren Beispiel deutlich machen. Da läuft ein Ermittlungsverfahren gegen einen Abgeordneten des Thüringer Landtags wegen Verstoßes gegen das Parteiengesetz. Dann kommt eine andere Fraktion in diesem Landtag auf die Idee, einen Antrag in diesem Haus zu stellen und sagt, die durch die Partei initiierte Vertuschung einer Spendeneinnahme wird zum Gegenstand der parlamentarischen Beratung. Aber es geht noch weiter, der betreffende Abgeordnete ist auch Mitglied in einem Kultur- und Feuerwehrverein. Und nun kommt eine dritte Fraktion auf die Idee, einmal zu fragen, mit welchen Parteien, Organisationen, Einzelpersonen und vielleicht auch Abgeordneten dieser Verein denn so zusammengearbeitet hatte, um auch diese in den Fokus des Straftatverdachts zu rücken. Sie fragen: Unglaublich? In der Tat Verstoß gegen das Prinzip des Rechtsstaats? Ja, aber selbstverständlich in jedem Fall politisch ein Skandal? Ja, was denn sonst? Und die betroffene Fraktion würde hier im Haus toben, und zwar zu Recht. Ja, Sie mögen das nicht nachvollziehen, aber das ist genau die Kette, die aus Ihrem Antrag tatsächlich herauszulesen ist. Ein Tatverdächtiger hatte Kontakt mit einer Institution, wir fragen: Wer ist alles in der Institution und – wir gehen sogar noch weiter – mit wem hatte diese Institution Kontakte? Und dann fragen wir möglicherweise auch noch: Wer hatte denn mit den Leuten Kontakt, die Kontakte mit der Institution hatten, bei der der einzelne Tatverdächtige angab, Mitglied zu sein? Das ist die Konsequenz Ihres Antrags und, Entschuldigung, lieber Herr Grob, das hat mit wirklichen Prinzipien des Rechtsstaats nichts zu tun. Das hat aber auch nichts mit Prinzipien der Redlichkeit parlamentarischer und meinerwegen auch zugespitzt politischer Auseinandersetzung zu tun. Das ist einfach – und damit wiederhole ich es – politisch ein Skandal!

(Beifall DIE LINKE)

Aber ich will Ihnen auch sagen, wenn Sie Ihre Frage denn so gestellt haben wollen, was denn möglicherweise die Antwort der Landesregierung sein kann. Da würde ich beispielsweise sagen oder wir würden eine Antwort der Landesregierung zur Kenntnis nehmen müssen, dass beispielsweise der Abgeordnete Kowalleck am 1. Mai 2015 das Bündnis sehr aktiv unterstützt hat, wie im Übrigen auch weitere Mitglieder der Jungen Union, insbesondere des Kreisvorstands der Jungen Union bei anderen Aktivitäten. Die Landesregierung würde Ihnen auf Ihre Frage antworten, dass ein Kennenlern- und Vernetzungstreffen des Bündnisses in Saalfeld-Rudolstadt im Abgeordnetenbüro der Abgeordneten Rosin stattgefunden hat. Damals waren Sie, glaube ich, noch bei der SPD, jetzt bei der CDU, ich würde

(Abg. Dittes)

unterstellen, möglicherweise trifft dann der Vorwurf der Unterstützung beide Fraktionen.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Frau Rosin, Sie schütteln mit dem Kopf, vielleicht irre ich mich ja, dann können Sie mich korrigieren, aber nicht korrigieren können Sie mich, wenn ich Ihnen sage, dass Sie beispielsweise auch ganz aktiv in der ersten Reihe hinter einem Transparent des Bündnisses gestanden haben und dieses Foto durch eine ganz einfache Google-Suche gefunden wird. Das heißt, Sie haben ganz aktiv mit diesem Bündnis zusammengearbeitet, dieses politisch unterstützt. Mit den Folgen, die Ihr Fraktionsvorsitzender hier politisch gezeichnet hat, sollten Sie sich auseinandersetzen. Ich will auch daran erinnern, dass das Bündnis zuletzt 2017 mit dem seit 25 Jahren bei der CDU engagierten Bildungsexperten Michael Blume eine Veranstaltung über die gefälschten Protokolle der Weisen von Zion organisiert hat und auch das würde in den Fokus Ihrer politischen Diskreditierung laufen.

Meine Damen und Herren, für uns aber sind die Aktivitäten von Herrn Kowalleck, von Frau Rosin, auch von Herrn Blume und den weiteren CDU-Mitgliedern im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt wichtige Impulse für eine offene demokratische Gesellschaft. Anstatt diese Impulse zu diffamieren, gilt an dieser Stelle unser Dank allen Bürgerbündnissen in Thüringen,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die kontinuierlich gegen Rechtsrock, Nazidemos und rechtspopulistische Veranstaltungen Kraft investieren und Stellung beziehen.

Meine Damen und Herren, für den Moment bleibt aufgrund der wirklich vorhandenen Information in der Sache festzustellen – das will ich auch am Ende noch mal betonen –, denn trotz aller politischen Streitigkeiten, Auseinandersetzungen über den Fall ist, glaube ich, eines wichtig zu sagen und da sind wir, denke ich, fraktionsübergreifend einig: Es gibt keinen akzeptablen Grund zur Lagerung der gefundenen Materialien, geschweige denn zur Herstellung von Sprengmitteln, erst recht nicht für einen womöglich geplanten Einsatz, und das egal aus welchen Motiven auch immer.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Motive sind festzustellen. Aber es ist die Aufgabe der Ermittlungsbehörden, diese Motive herauszuarbeiten, zu bewerten und dann letztendlich in der juristischen, in der gerichtlichen Aufarbeitung auch deutlich hervorzuheben, weil sie auch bei der Bewertung des Sachverhalts von immenser Bedeutung sind. Es ist Aufgabe der Ermittlungsbehörden, diese Motive zu ermitteln. Es ist nicht die Aufgabe

der politischen Behauptung in einer Landtagsdebatte.

Ich möchte auch – und damit ende ich dann, Herr Mohring, Sie haben die Gelegenheit zur Fragestellung – mein Vertrauen und das Vertrauen unserer Fraktionen in die Arbeit des Landeskriminalamts und der Kriminalpolizei bei der wichtigen Aufklärung der im Raum stehenden Vorwürfe aussprechen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Herr Abgeordneter Mohring, Sie haben das Recht zur Zwischenfrage. Bitte schön.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Vielen Dank. Unabhängig davon, dass wir zur Sache noch gar nicht gesprochen haben, sondern nur zur Dringlichkeit und zur Begründung,

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Da gebe ich Ihnen recht ...

Abgeordneter Mohring, CDU:

unabhängig von der Dimension von 100 Kilogramm Chemikalien zur Herstellung von Sprengstoff und unabhängig davon, dass es sich bei der bisher ermittelten Gruppe von Leuten um zwei Täter handelt, will ich gern auf Ihre Frage – und die zurückgeben zu Heiligenstadt und zu Uhlstädt-Kirchhasel – zurückkommen: Teilen Sie mit mir die Ansicht, dass es im Wesentlichen einen Unterschied gibt zwischen der Angelegenheit in Heiligenstadt und Uhlstädt-Kirchhasel, dass es bei mindestens einem der Täter hier in dem aktuellen Fall nachgewiesene politische Aktivitäten gibt in einer politischen Organisation und in einer bürgerlichen Organisation, dass diese Besonderheit von vornherein auch infrage stellt, dass da immer das LKA von Anfang an ermitteln muss, weil politische Aktivitäten bekannt sind und deshalb auch eine besondere Interessenlage, die auch der Innenminister begründet hat, notwendig ist?

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Und in Heiligenstadt nicht?)

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Erstens gebe ich Ihnen recht, dass Sie bislang überhaupt noch nicht zur Sache gesprochen haben, insbesondere Sie nicht. Das ist ja das, was ich Ihnen vorwerfe.

(Beifall DIE LINKE)

(Abg. Dittes)

Zweitens: Natürlich gibt es einen Unterschied, aber doch selbstverständlich. Der erste Unterschied ist beispielsweise die Tatsache, dass wir heute darüber berichten. Den Unterschied fabrizieren Sie und werfen uns gleichzeitig vor, wir würden einen Unterschied bei der Betrachtung zweier gleicher Ereignisse machen wollen.

Drittens, auf Ihre Frage, ob wir es besonders berücksichtigen müssen, dass es sich hierbei um ein bürgerliches Bündnis handelt, dann will ich Sie möglicherweise auch daran erinnern, dass Sie genau dies dem Bündnis gar nicht mehr zusprechen, sondern dass Sie versuchen, es zu kriminalisieren, zu diffamieren, zu diskreditieren und außerdem aus dem Engagement gegen Neonazis einen vermeintlichen Linksextremismus konstruieren.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Es geht um die Antifa!)

Sie waren es selbst, Herr Mohring, der in der letzten Woche, am letzten Wochenende gesagt hat, hier planen Linksextremisten einen Sprengstoffanschlag, ohne, dass Sie überhaupt nur eine sachliche Information aus den Ermittlungsbehörden zur Kenntnis genommen haben. Das ist der eigentliche Unterschied. Ich habe mich in erster Linie mit Ihrer Politisierung auseinandergesetzt. Ich habe als Zweites relativ deutlich ausgesagt, was die Linke, was das Bürgerbündnis tatsächlich zu diesem Straftatvorwurf zu sagen haben. Wir haben uns davon distanziert. Wir haben als Drittes unser Vertrauen zum Ausdruck gebracht gegenüber Polizei, gegenüber Ermittlungsbehörden, dass wir jetzt die Ermittlungen abwarten und die Ergebnisse hier dann auch gemeinsam im zuständigen Ausschuss diskutieren. Wenn Sie so wollen, treffen wir uns dann an dieser Stelle wieder. Wir werden die Ermittlungsergebnisse mit genau derselben Intensität miteinander diskutieren. Ich werde Sie an jedem Wort messen, das Sie heute noch hier verlieren. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Habt ihr angefangen, euch zu distanzieren?)

Präsident Carius:

Als Nächster hat Abgeordneter Fiedler für die CDU-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war eine Weile nicht im Hohen Hause, durch Krankheit verhindert. Aber es hat mir wieder einmal die Augen geöffnet, nachdem der jetzige Landtag heute begann. Dass eine Fraktionsvorsitzende nichts Wichtigeres zu tun hatte, als zu fra-

gen, ob denn beim Auszählen Frauen dabei sind, also, wenn das das Wichtigste ist, was Sie interessiert, das ist ja wohl wirklich – wahrscheinlich haben Sie es gemacht, weil Ihre Kollegen aus Sachsen da sind. Aber das hat mir richtig gefehlt. Aber jetzt komme ich zurück auf ...

Präsident Carius:

Herr Abgeordneter Fiedler, bevor Sie zurückkommen: Erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Hennig-Wellsow?

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Immer.

Abgeordnete Hennig-Wellsow, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Fiedler, sind Sie mit mir der Auffassung, dass wir ein Parlament der Selbstverwaltung haben, was wir auch geschlechtsteilig führen sollten? Ja oder nein?

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Ach, wissen Sie, da sind wir so weit auseinander. Mit diesem Gegendere habe ich nichts am Hut. Sie können das von früh bis abends durchdrehen, ist mir vollkommen egal. Aber, ob das das Wichtigste ist, dass man das heute gleich am Anfang wieder in die Waagschale werfen muss, da stellen sich mir schon ein paar Fragen.

(Unruhe und Heiterkeit DIE LINKE)

Dazu stehe ich auch – darüber können Sie lachen, wie Sie wollen –, dazu stehe ich. Das versteht draußen, außer drei Spinnern von Links und von den Grünen, kein Mensch.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein Mensch versteht das draußen. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zurückkommen zu dem ...

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Später, kannst es ja noch mal aufrufen!)

Präsident Carius:

Herr Abgeordneter Fiedler, ich bitte Sie, sich auf jeden Fall zu mäßigen.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Ich hatte nichts anderes erwartet, Herr Präsident.

Also, meine Damen und Herren, ich möchte zurückkommen zu dem Antrag, „Sprengstofffunde in Rudolstadt und Uhlstädt-Kirchhasel – linksmotivierte terroristische Aktivitäten zügig aufklären, Linksextremismus mit allen Mitteln bekämpfen“. Da sind ja

(Abg. Fiedler)

nun schon einige Dinge gesagt worden von meinen Kollegen Mohring und Kollegen Walk. Erstens, Herr Dittes – ich will jetzt gar nicht, ich hätte fast alles in die Ecke hauen können, was ich hier bis jetzt gehört habe –, wissen Sie, was Sie gemacht haben? – Wo ist er denn überhaupt? Weg ist er, gibt vielleicht ein Interview.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Aber der hört dir zu, Wolfgang! Kommt nur wegen dir wieder rein!)

Ja, ja, der hört mir zu. Das erwarte ich auch nicht anders. – Herr Kollege Dittes, als Erstes sind Sie eingestiegen in die Richtung, wir wären die Sekundanten der AfD oder der Kollege Mohring sei der Sekundant. Wir sind überhaupt nicht ihre Sekundanten, wir stehen für uns. Wir waren diejenigen, die am Anfang gleich gesagt haben, das gehört in den Innenausschuss und dort ist zu berichten, damit da die Dinge auch dargelegt und offengelegt werden. Dann hat das Dynamik angenommen und das Ganze ging dann in Aktuelle Stunden.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das mit der Dynamik, das haben Sie angeleiert!)

Also, Sie als die – nein, das darf ich nicht sagen –, als die Kampf-H Ihrer Fraktion. Mein Gott, nein, das hat mir auch gefehlt in der Zeit, wo ich nicht da war.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Bleib mal auf dem Teppich!)

Meine Damen und Herren, ich will einfach noch mal darauf hinweisen: Da wird erst mal gleich von vornherein alles runtergespielt. Das macht der Herr Dittes exzellent und gut, indem er dort erst mal ein paar Dinge bringt, wie mit dem Sekundanten der AfD.

(Unruhe DIE LINKE)

Da hat man schon mal den Einrieb gesetzt. Wobei ich dazusagen möchte, der Herr Kollege Höcke hat gleich am Anfang zu seiner Begründung gesagt: die Altparteien. Da schließt er uns ja immer mit ein. Also, ich weiß nicht, wer wem sekundiert. Aber wir sehen uns eben dann, wenn es denn so sein soll, bei den Altparteien. Sie sind ja die Unberührten, die hier jetzt alles richten. Aber darauf will ich gar nicht eingehen.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD)

Mir geht es darum – Herr Möller, Sie werden sowie-so nicht OB, Sie werden uns erhalten bleiben. Meine Damen und Herren, vor allen Dingen bei Herrn Dittes ist mir das Sprichwort „getroffene Hunde bellen“ wieder in den Sinn gekommen. Sie sind hier vorgegangen und haben erst mal eine Kanonade losgelassen, was da denn alles nun sei oder nicht sei. Da will ich Sie noch mal daran erinnern, Herr

Kollege Dittes – Sie haben das hier so hingestellt –: Wir hatten am Donnerstag Innenausschuss und bisher sind wichtige Themen unter „Sonstiges“ von uns dort nicht behandelt worden, aber – und deswegen will ich das korrigieren – die Landesregierung war anwesend. Der Minister war krank, es sei ihm gegönnt und ich freue mich, dass er wieder da ist, aber die Landesregierung war da, von denen wurde nichts angemeldet – keine Information, kein irgendwas.

(Beifall CDU)

Letzten Donnerstag – ich habe das Datum jetzt nicht parat, da müsste ich rückwärtsrechnen – ist kein Wort dazu gefallen. Wir saßen im Innenausschuss, ich glaube von früh um 10.00 Uhr bis abends 19.00 Uhr oder nach 19.00 Uhr, zusammen. Kein Wort ist dort gefallen. Und dann stellt sich Herr Dittes hier hin unter dem Motto: Sie hätten ja mal nachfragen können. Das ist schon langsam ein bisschen mehr als dünn, was Sie hier loslassen.

(Beifall CDU)

Das nennt man Ablenkungsmanöver, damit man von dem weglenkt, was eigentlich hier passiert ist, meine Damen und Herren.

Ich will noch mal kurz, bevor ich auf die ganzen Dinge hier noch etwas tiefer eingehe, sagen: Sie sagen hier immer wieder, man muss die Ermittlungsbehörden erst mal machen lassen. Jawohl, richtig. Dann erinnere ich Sie aber mal daran, weil Sie so ein paar Dinge losgelassen haben, um das irgendwo vielleicht in Relation zu stellen: Erinnerung Sie sich noch, vor wenigen Tagen, wo eine Durchsuchung stattgefunden hat, wo es um die verbotene PKK ging,

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Wir haben davon gesprochen!)

wie da Ihre Fraktionsvorsitzende sofort getwittert hat? Die haben ja wahrscheinlich alle das Ding noch mit im Bett, damit sie gleich loslegen können. Ich hoffe, Bodo, du kannst noch gut schlafen und machst das Ding wenigstens in der Nacht aus.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Fiedler, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dittes?

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Am Schluss, ich will jetzt erst mal das zu Ende bringen.

Mir geht es einfach darum: Damals bei der Durchsuchung von Staatsanwaltschaft und entsprechend natürlich auch Polizei wurde sofort getwittert, das wäre doch überzogen und das geht doch gar nicht

(Abg. Fiedler)

und da werden Abgeordnetenbüros durchsucht usw. usf. Da ist alles infrage gestellt worden.

(Beifall CDU)

Und ich könnte Ihnen noch zehn Dinge nennen, wo Sie das machen. Sobald es ansatzweise in Richtung Ihrer Linksklientel geht, dass sie im RedRoXX bei Ihren Abgeordneten Schaft und Hennig-Well-sow da untergemietet sind, da streitet man sich dann: Ist das eine Landesgruppierung oder eine Stadtgruppierung? Das sind linke Truppenteile, die da hocken, und die werden von Abgeordneten unterstützt. Das muss man einfach so festhalten.

(Unruhe DIE LINKE)

Aber wenn dann mal die Staatsmacht kommt, weil sie nämlich ihrem Auftrag nachgeht, einer verbotenen Organisation nachzugehen, dann ereifern Sie sich und sagen, das geht doch überhaupt nicht usw. usf. Ich habe es nur an dem Beispiel mal deutlich gemacht, wie Sie hier mit zweierlei Maß messen. Und mein Kollege Mohring hat das noch mal gebracht, auch mit Heiligenstadt, wie das damals war usw.

Mir geht es noch mal darum, meine Damen und Herren: Das Ganze ging los, aus der Nachbarschaft hat jemand die Polizei informiert – aus der Nachbarschaft, Gott sei Dank gibt es noch aufmerksame Bürger. Und ich möchte den aufmerksamen Bürgern danken. Sie sollen weiter aufpassen, dass solche Dinge nicht passieren können. Und jetzt sage ich Ihnen noch eines: Mir ist das vollkommen egal, ob das Linksextreme oder Rechtsextreme sind oder ob die von der Seite oder von der Seite kommen, entscheidend ist, dass die Menschen im Land ein Recht darauf haben, dass der Staat mit all seinen Instrumentarien, die er hat, dafür Sorge trägt, dass solche Dinge überhaupt nicht erst passieren können.

(Beifall CDU)

Dann will ich noch mal darauf verweisen – ich mache einen kleinen Schwenk, damit es nicht aus dem Hirn geht, bei mir jedenfalls nicht –: NSU. Ich kann mich erinnern, in wie vielen Untersuchungsausschüssen und Stellungnahmen, was da alles fabriziert wurde, was da alles behauptet wurde. Es war abenteuerlich. Ich will das gar nicht verurteilen, nicht dass jemand jetzt auf die Idee kommt, dass ich jetzt für die in irgendeiner Form auch nur ein Wort rede.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Nur gut, dass Sie das klargestellt haben!)

Aber erinnern Sie sich daran, wie das damals mit dem NSU anfang? Da gibt es so ein paar Menschen, die da irgendwo in einem Spielfilm oder einer DVD oder wo auch immer dann kamen, da haben alle noch darüber gelächelt und gefragt, was denn das eigentlich ist. Und auf einmal hat sich he-

rauskristallisiert, dass da ganz Extreme am Werke sind, die vor Leib und Leben überhaupt nicht haltmachen. Da sind damals alle beschimpft worden, teilweise zu Recht, warum sie nur in die eine und nicht in die andere Richtung geschaut haben. Ich will das ja nicht gleichstellen, aber jetzt haben wir hier einen Fall in Thüringen, wo es 100 Kilogramm entsprechende Mittel gab, aus denen man viel machen kann. Da wird so getan, dass das doch gar nicht so schlimm ist, wer da beteiligt ist oder so.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer sagt das?)

Wer ist da beteiligt...

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Wer hat das gesagt, Wolfgang?)

Sie wissen doch, dass die verehrte Frau Kollegin König-Preuss dort unten sehr aktiv ist.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist auch gut so, das machen wir auch!)

(Unruhe DIE LINKE)

Ja, das können Sie doch. Sie können doch mit hingehen und sich gemeinsam unterhaken. Das können Sie ruhig machen. Wir machen das in alle Richtungen. Gewalt lehnen wir eindeutig ab.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genauso wie das Bündnis!)

Da werden wir uns nicht festnageln lassen. Wenn dann auch noch solche Dinge kommen wie von Herrn Dittes – deswegen habe ich versucht, den Bogen zu schlagen –, dass da mein Kollege Kowal-leck und andere benannt werden,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das war nur ein Versuch!)

die gerade in Ihrem Sinne am 1. Mai mit dorthin gegangen sind, und das dann heute so dargestellt wird, als haben die vielleicht mit denen auch zusammengearbeitet.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Der ist schiefgegangen, der Versuch!)

Dann kann ich meinen Kollegen nur raten: Geht zu solchem Zeug erst gar nicht hin,

(Beifall CDU)

es wird euch am Ende rumgedreht und am Ende wird euch noch gesagt, ihr paktiert mit denen. Das haben wir doch heute hier wieder gesehen: So schnell kann man das Ganze drehen.

Ihre Verniedlichung, Herr Kollege Dittes ...

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie verniedlichen hier!)

(Abg. Fiedler)

Ich verniedliche? Ich sage das, was ich denke.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der NSU hat zehn Menschen ermordet!)

Ihnen fallen gleich die Blitze aus den Augen, ich bin schon tot hier vorne, gucken Sie ruhig nach unten, damit ich noch überlebe!

Dann werden ganz einfach mal ein paar Nebelbomben geworfen, da kommt man auf das Parteiengesetz und dass da vielleicht ein Kollege ist, der da und so weiter, dann ist das nicht mein Ding, da sind andere Ermittlungsbehörden dran. Und dann fordert der Mohring auf einmal: Generalbundesanwaltschaft. Meine Damen und Herren, was soll denn noch passieren, als dass wie hier solche Mittel da sind, die auch eingesetzt wurden? Wir wissen ja nicht alles, das können wir auch gar nicht wissen. Aber ich hätte mich gefreut, wenn zum Beispiel im Innenausschuss mal berichtet worden wäre. Null ist passiert. Auch in der PKK – dieses Mal meine ich die Parlamentarische Kontrollkommission, für die, die nicht wissen, was ich meine, nicht dass die denken, ich paktiere mit denen, mit der verbotenen PKK – wird nichts berichtet. Ich erinnere Sie daran, meine Damen und Herren: Als es darum ging, hier insbesondere den Verfassungsschutz zu stärken, kam das Sperrfeuer hier ganz massiv von links, ja nicht zu viele Leute. Wir kommen noch an den Punkt, wo ich das noch mal ausführen werde. Da wird immer zielgerichtet versucht zu unterminieren. Ich meine das nicht in Form von Sprengstoff, sondern es wird versucht, dem zuständigen Minister nur nicht die Materialien an die Hand zu geben. Deswegen kann ich eigentlich der neuen SPD mit neuem Vorsitzenden nur raten – Herr Maier wäre es ja beinahe geworden: Sie, die große, alte Tante SPD – und das meine ich im Positiven –, sollte ab und zu mal überlegen, mit wem sie hier eigentlich paktiert.

(Beifall CDU)

Ich will nur noch mal darauf hinweisen. Vielleicht gibt es noch den einen oder anderen, der in diese Richtung ein bisschen mitdenkt.

Meine Damen und Herren, ich komme noch mal darauf zurück, wie das alles passiert ist: Ein Bürger informiert, die Kriminalpolizei etc. rückt an und die geneigte Öffentlichkeit erfährt verhältnismäßig wenig. Das ist schon traurig genug, dass die Abgeordneten sehr oft und insbesondere in der Opposition nicht informiert werden. Ich erinnere mich noch an Zeiten, wo wir regiert haben, da hat man zumindest ab und zu mal was gehört und wurde ab und zu vielleicht mal informiert – ich will es mal so ausdrücken. Das scheint ja in der Koalition überhaupt nicht üblich zu sein, dass mal irgendwas gesagt wird bei so einem Fund. Ich bin dem Innenminister dankbar, dass er – obwohl er krank war – dann

Klarheit geschaffen und gesagt hat: Das übernimmt jetzt das LKA. Ich bin ihm dankbar dafür. Man muss auch hier genau hingucken, warum das so behandelt worden ist, wie es behandelt wurde. Man muss einfach hingucken. Was muss in diesem schönen Land Thüringen noch passieren mit solchen Bombenbauern oder zumindest denen, die das Material haben und das auch schon ausprobiert haben? Es ist aufgezählt worden: Schreckschusspistole, Cannabis – gut, das wollen die Grünen und die Linken sowieso freigeben. Aber was da alles mit benannt wurde. Also wenn das niemanden aufrüttelt, dann muss ich mich fragen: Was muss denn in dem Land noch passieren?

(Beifall CDU)

Muss erst wirklich so eine Bombe hochgehen? Muss es wirklich erst Tote geben? Oder ist es nicht unsere Aufgabe, der Landesregierung an der Seite zu stehen und ihr zu sagen, dem mit allem Nachdruck nachzugehen und auch das Parlament darüber zu informieren?

(Beifall CDU)

Das sehe ich als unsere Aufgabe an. Ich will noch mal was einfügen, weil ja immer so was kommt. Ich habe es mal selbst erlebt, das ist eine Weile her. Und im politischen Raum hatte ich noch nie Angst. Da ist im Netz und überall eine Morddrohung für einen ehemaligen Ministerpräsidenten und Abgeordneten, es waren wenige, aufgetaucht. Darüber wurde lange diskutiert – es war Ihr Vorgänger, Herr Minister Maier – und dann wurde am Ende gesagt: Ach, das macht doch die Staatsschutzabteilung, das machen die in Eigenregie da unten. Ich erinnere mich an ganz andere Dinge, die ich ausdrücklich verurteile, dass es dann Morddrohungen gegen Ministerpräsidenten und gegen andere gibt. Ich sage nur, gleiches Maß für alle.

(Beifall CDU)

Nicht, weil es der MP ist und das andere sind, ich sage mal, popelige Abgeordnete oder ehemalige, so kann es auch nicht sein. Sondern wir müssen wehrhaft sein und müssen hier auch wirklich dagegenhalten. Deswegen sage ich das und wir lassen uns nicht in die Ecke schieben – nur rechts oder links. Wir sagen, generell darf das nicht sein. Und dann kommt es dazu, dass dann eine ganze Weile nichts zu hören ist, dann schaltet sich dankenswerterweise der Innenminister ein. Kann das sein, dass mittlerweile der Staatsschutz und andere auch schon dabei waren? Auch das werden wir ja noch hören. Wir haben ja Punkte aufgemacht, meine Damen und Herren. Es ist ja nicht so, dass wir jetzt irgendwas ...

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Sie haben es doch schon gehört! Da müssen Sie mal hinhören! Der Bericht ist gegeben worden!)

(Abg. Fiedler)

Ach, wissen Sie, was von Dittes kommt, da nehme ich erst mal nur die Hälfte wahr.

Damit ich das nicht vergesse: Wir hatten ja am Donnerstag Innenausschusssitzung. Meine verehrte Kollegin König-Preuss kam früh ganz schön blass rein. Da habe ich so gedacht: Was ist nur los? Da wusste ich noch gar nicht, was hier alles so im Gange ist oder nur in Ansätzen, weil ich auch eine Weile nicht da war. Und da habe ich mir gedacht, da muss doch irgendwas los sein und da kamen so nach und nach tröpfchenweise die Dinge hoch und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wir sollten auch mit Demokratiepreisen sehr vorsichtig sein. Ich erinnere mich an einen Vorfall, der jetzt schon länger her ist. Da waren wir in Kahla und da sollte ein Demokratiepreis für einen Pfarrer vergeben werden. Jedenfalls haben sich vom Landrat bis damaligen Innenminister und Abgeordnete umgedreht und sind gegangen. Das ist auch ihre Entscheidung, ob Sie da dabei sind oder nicht. Deswegen muss man auch schon aufpassen und da kann ich nur den Innenminister und die Landesregierung bitten und auffordern, dass man wirklich den Dingen nachgeht. Wir haben hier so viele begründete Verdachtsmomente, auch in Richtung Antifa-Aktivistinnen und so weiter, da muss man schon handeln. Deswegen nehmen wir auch den Anlass wirklich sehr ernst und sagen: Der Kampf gegen alle Formen des Extremismus muss unser Ziel in dem Haus sein.

(Beifall CDU)

Wo sind wir denn eigentlich, dass wir vielleicht aus parteipolitischen Dingen sagen, so wie es bei der Linken passiert ist – die machen einen Parteitagbeschluss und sagen: Die Kommunistische Plattform darf nicht mehr beobachtet werden. Das haben wir früher schon gehabt: Die Partei hat festgelegt. Herr Dittes, das wollen Sie nicht hören, das weiß ich, aber es war so. Sie haben den Beschluss gefasst, dass die nicht mehr beobachtet werden sollen. Und da fängt auch Verharmlosung an und, meine Damen und Herren, G20 hat es gezeigt, dort sind nicht nur so „Bällchenwerfer“ unterwegs, das sind Ganoven und Verbrecher, die da unterwegs sind. Mit unlauteren Mitteln wird da gearbeitet und das kann man nicht verharmlosen.

Ich will auf einige von unseren acht Punkten eingehen: Wir brauchen unter anderem auf Bundesebene eine gemeinsame Verbunddatei „Linksextremismus“, und zwar nach dem Vorbild der bestehenden Antiterror- und Rechtsextremismusdatei.

(Beifall AfD)

Wehret den Anfängen, dass man da auch hinschaut. Dann fordern wir die Landesregierung auf, eine entsprechende Bundesratsinitiative zu ergreifen, um in die Richtung zu agieren. Ob das am Ende rauskommt, ist eine ganz andere Frage. Wir

werden sicher auch mit dem neuen Bundesinnenminister, Heimatminister Herrn Seehofer ins Gespräch kommen auf unseren Schienen, dass man in Thüringen besonders aufpassen und besonders hingucken muss, damit da nichts unter den Tisch gekehrt wird. Und dann können wir auch sagen, wir möchten wissen, dass das auch in der Innenministerkonferenz entsprechend besprochen wird. Und dann wollen wir auch eine nationale Präventionsstrategie. Ja, mein Gott, was ist denn daran verkehrt? Egal von welcher Seite die kommt, da haben wir gefälligst was zu machen. Usw. usf. – ich könnte Ihnen jetzt die ganzen Punkte noch mal nennen.

Wir sagen auch, dass vor allem das Amt für Verfassungsschutz zur Beobachtung und Abwehr im Bereich Linksextremismus personell aufzustocken ist.

(Beifall AfD)

Die Kollegen, die in dem Ausschuss sitzen – man darf ja immer nicht zu viel erzählen, aber ich glaube, so viel darf ich sagen, Herr Vorsitzender, dass wir ja letztes Mal im Haushalt mehr Stellen gefordert haben und die sind natürlich nicht gekommen. Und das sind gerade die – das hat auch der Präsident mehrfach öffentlich gemacht –, die auf dem Zahnfleisch gehen. Die gehen dort auf dem Zahnfleisch, weil sie einfach die Leute abziehen. Kommen wir noch mal dazu: Mit Reichsbürgern etc., dann müssen sie dort weggezogen werden, Linksextremismus war doch im Moment nicht so aktuell, da können wir dort welche wegnehmen, schieben sie dorthin. Wir müssen alles im Blick behalten! Und meine Damen und Herren, das fällt Ihnen natürlich, ich meine, jetzt gucke ich mal ...

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wollen Sie sagen, wir haben alles, was nicht Rechtsextremismus war, weggeschoben?)

Ich darf hier nicht darüber reden, Herr Kollege Adams. Sie waren in der letzten Sitzung dabei, was dort berichtet wurde.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wollen Sie es nahelegen? Sie legen es nahe!)

Ich lege gar nichts nahe, weil wir in keiner geheimen Sitzung sind, das fehlt mir noch. Aber Sie wissen es, Sie sind dabei gewesen: Dort hat das Amt klar gesagt, sie müssen Lücken stopfen, indem sie dort Leute wegnehmen. Das ist Fakt. Und da können Sie sich rundrehen, wie Sie wollen, da wird es nicht anders.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, dass es wichtig ist, dass wir aus dem Ganzen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam lernen, dass es keine Unterschiede zwischen Links- und Rechtsextremismus geben darf. Aber es muss auch möglich sein, dass man sagt: Ist denn

(Abg. Fiedler)

die Landesregierung gegebenenfalls auf dem einen Auge blind? Warum ist denn die Landesregierung oder der Teil, der immer die Geräte beweglich macht – ich telefoniere ja noch wie ein anständiger Mensch –, der da sein Zeug reinschreibt – komischerweise war es dort in der letzten Zeit sehr, sehr ruhig, da hat sich nichts getan. Zumindest kann man da bei der ganzen Geschichte zum Nachdenken kommen.

Deswegen will ich das jetzt auch gar nicht auswalzen bis zum Gehnichtmehr. Wir haben jedenfalls unseren Antrag eingebracht. Es ist ja vom Hohen Hause Gott sei Dank beschlossen worden, dass das heute besprochen wurde, auch mit dem Antrag der AfD, wo einige Punkte sind, über die man durchaus reden kann, andere, da muss man nicht unbedingt draufspringen. Aber wir sollten gemeinsam die Dinge auch im Ausschuss bearbeiten und sollten auch im Ausschuss entscheiden, wo und wie es weitergeht, damit solche Dinge von vornherein unterbunden werden. Auch die Behörden – ich will jetzt wirklich sagen, dass ich nicht auch nur ansatzweise Behörden beschimpfen will, sondern ich bin froh, dass unsere Polizisten insgesamt so eine gute Arbeit machen.

(Beifall CDU)

Ich bin froh, dass die unabhängige Justiz weitestgehend gut funktioniert. Da wage ich mir eine ganz kleine Einschränkung, das ist wahrscheinlich meine Ossi-Biografie, die mich da an den Glauben immer wieder mal noch ein bisschen – na ja, ich habe da immer noch ein paar kleine Dinge. Aber mir ist wichtig, dass wir dieses alle gemeinsam – auch wenn am Ende hoffentlich rauskommt, die wollten niemanden in die Luft sprengen, und hoffentlich rauskommt, dass die mit den acht Kartuschen usw., was dort alles war, nur die Mäuse verjagen wollten und was weiß ich was.

Aber am Ende muss klar sein: Wenn so was von einem aufmerksamen Bürger gesehen wird, gemeldet wird, dass sofort alle Register anlaufen. Und es ist nicht so, dass die Landesregierung – also in dem Fall, da werden wir noch was hören, bei wichtigen Dingen, und ich denke, das war ein wichtiger Vorgang, wird automatisch auch das Lagezentrum informiert. Es ist ja nicht so, dass das irgendwo da rumwabert, sondern das Lagezentrum wird informiert. Und da kann auch die politische Ebene entsprechend einwirken oder nicht einwirken, wie sie es für richtig erachtet.

Deswegen, am Ende finde ich, dass nichts verharmlost werden darf und wir gemeinsam hier dranbleiben und den Menschen draußen sagen sollten: Weder von links, noch von rechts oder Islamisten oder wer auch immer hier meint, sein Mütchen kühlen zu dürfen, werden wir gemeinsam als Staat unsere Regierung und die Behörden unterstützen, damit so etwas jeweils in so einem Umfang nicht pas-

siert und ich sage am Schluss: Wehret den Anfängen!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Fiedler, Sie hatten eine Nachfrage des Abgeordneten Dittes gestattet.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Nein, es ist gut, dass es vorbei ist!)

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Wir wollten eine inhaltliche Frage stellen, aber da kam ja nichts!)

Okay. Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Lehmann, Fraktion der SPD, das Wort.

Abgeordnete Lehmann, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, wenn Sie hier schon davon sprechen, dass wir mit gleichem Maß messen müssen, dann würde ich mich freuen, wenn wir eine genauso engagierte Debatte führen würden und eine genauso klare politische Haltung von Ihnen hören würden, wenn wir hier über Rechtsextremismus sprechen. Wenn wir ehrlich sind, dann ist das nämlich häufig nicht der Fall.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wie oft soll ich das denn noch sagen? Sie müssen mal die Ohren aufmachen!)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Fiedler, die Abgeordnete Lehmann hat jetzt das Wort.

Abgeordnete Lehmann, SPD:

Aber vielleicht haben Sie ja noch Redezeit übrig, dann können Sie sich sicherlich noch mal zu Wort melden.

(Unruhe CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir drei Vorbemerkungen. Zunächst einmal erfüllen auch uns solche Meldungen mit großer Sorge, das ist kein Kavaliersdelikt. Gewalt darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein und wir lehnen jede Form von Gewalt strikt ab. Da gibt es auch keine Relativierung. Da gehört aber auch genauso dazu, dass es keine Diffamierung des Engagements gegen Rechtsextremismus und für Demokratie geben darf.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Lehmann)

Und der Vorwurf, der ja in den letzten Tagen und auch heute hier im Hohen Haus immer wieder bedient wurde, dass die Bürgerbündnisse ihre Arbeit nicht auf dem Boden des Grundgesetzes machen würden und eine Gefahr für die Demokratie sind, ist falsch. Nicht zuletzt haben sie sich selbst von der einen Person, über die wir heute sprechen, distanziert. Der Kollege Dittes hat das Zitat aus der Pressemitteilung schon vorgetragen, aber die Art und Weise wie einige Kollegen hier heute die Debatte führen, diskreditiert das Engagement von vielen. Das haben die Menschen nicht verdient und das wird auch der vielfältigen Arbeit gegen Rechts in unserem Land nicht gerecht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist deswegen auch klar: Wir müssen die Zivilgesellschaft stärken und dafür brauchen wir auch ein starkes Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, weil es durch die Förderung von Projekten und die Stärkung von Initiativen, die sich für Demokratie einsetzen, einen wichtigen Beitrag dazu leistet.

Und zuletzt haben die Ermittlungsbehörden in diesem Fall eine hervorragende Arbeit geleistet. Das ist auch deswegen so, weil Rot-Rot-Grün und Georg Maier als Innenminister der Stärkung der Polizei die oberste Priorität eingeräumt haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir in den vergangenen Monaten immer wieder deutlich gemacht. Der letzte Punkt wird auch deutlich, wenn man sich den Bericht des Innenministeriums noch einmal vor Augen führt, der zeigt, dass die Ermittlungsbehörden zügig und entschlossen gehandelt haben. Die haben eingegriffen, bevor irgendwas passiert ist. Angesichts dieser Tatsache ist der Antrag, den die CDU vorgelegt hat, und die Debatte, die Sie heute führen, schon bemerkenswert, weil die CDU ja behauptet, die Landesregierung hätte zögerlich agiert. Da schwingt auch immer der Vorwurf – und jetzt ist er ja auch nicht mehr besonders verdeckt – mit, man würde Gewalt von Links nicht ernst nehmen.

Entgegen den Behauptungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden waren das Landeskriminalamt und der zuständige Innenminister von Anfang an in die Ermittlungen eingebunden. Am Samstag hat das LKA die Gesamtverantwortung übernommen. Es ist also keineswegs so, dass die Landesregierung sich der Sache nicht umgehend auf höchster Ebene angenommen hat, vielmehr zeigt der aktuelle Fall, dass die Landesregierung die Frage der inneren Sicherheit ernst nimmt. Es gehört dann auch dazu, dass die Vorwürfe, die Sie hier erheben, weder der Arbeit der Landesregierung noch der Arbeit der Polizei gerecht werden. Und es gehört hier auch dazu,

dass Sie zumindest zur Kenntnis nehmen, dass zur Wahrheit auch gehört, dass die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind und ein politischer Zusammenhang momentan noch nicht dargestellt werden kann.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns aber auch noch mal bewusst machen, was hier gerade passiert. Wir haben hier einen großen Erfolg von Ermittlungsbehörden und die CDU versucht, die Sache so zu verdrehen, dass darauf ein Vorwurf gegen die Landesregierung und Koalition konstruiert wird, weil Sie uns im Grunde genommen nur vorwerfen wollen, dass wir auf einem Auge blind sind.

Aber warum machen Sie das alles? Die CDU versucht uns heute hier eine überholte und längst abgeschlossene Debatte wieder auf die politische Tagesordnung zu holen. Wenn man sich die Maßnahmen, die Sie in dem Antrag aufrufen, mal genau ansieht, zeigt sich, dass die Ihrer politischen Profilierung dienen, dass die aber wirkungslos sind, wenn man sie sich im Einzelnen ansieht. Ich würde auf einige der Maßnahmen mal eingehen. Sie haben es eben noch mal angesprochen, Herr Fiedler, Sie wollen die Erstellung eines bundesweiten Lageberichts zum Linksextremismus. Den halten wir für überflüssig, die Opposition könnte sich ein solches Lagebild auch selbst verschaffen, wenn sie sich zum Beispiel den Bundesverfassungsschutzbericht mal zur Lektüre vornimmt. Da wird nämlich deutlich, welche Relevanz auch Linksextremismus hat. Und er stellt dar, welche Relevanz diese politisch motivierten Straftaten haben. Da wird deutlich, im Jahr 2006 ging die Zahl der Straftaten im Phänomenbereich PMK links um 6,9 Prozent zurück, die Zahl der linken Gewalttaten sogar um 25 Prozent. Im Vergleich dazu war im Phänomenbereich PMK rechts ein Anstieg von 22.000 Straftaten auf fast 22.500 Straftaten zu erkennen. Davon waren 1.600 rechtsextrem motivierte Gewalttaten. Insgesamt kann man sagen, dass die Zahl rechtsextremistischer Straftaten und Gewalttaten seit 2014 stark ansteigt.

Dann fordern Sie eine Verbunddatei Linksextremismus, das ist ja ein Gassenhauer der CDU, den haben wir in diesem Plenum auch schon mehrfach gehört, der bringt uns aber in der Sache nicht weiter. Der Fall Anis Amri und nicht zuletzt auch das Behördenversagen beim NSU haben gezeigt, dass das bloße Vorliegen von Daten und Informationen keine ausreichende Prävention ermöglicht, sondern dass es vielmehr eine personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden mit Ermittlern braucht, die mit diesen Daten auch umgehen können, die Rückschlüsse aus diesen Daten ziehen können, bevor überhaupt irgendwas passiert.

(Abg. Lehmann)

Dann sagen Sie, Sie wollen eine Standardisierung der Extremismusprävention. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie selbst wissen, was Sie mit dieser Standardisierung im Bereich der Projekte gegen Linksextremismus wollen. Wenn man sich die Projekte, die es insgesamt im Bereich für Förderung von Demokratie und Toleranz gibt, ansieht, dann sieht man, wie unterschiedlich und wie vielfältig die sind. Da ist mir nicht klar, wie Ihre Standardisierung aussehen soll, das ist der eine Punkt. Und die andere Seite ist, dass die Bewilligung und die Beantragung solcher Projekte und auch die Abrechnung nach klaren, standardisierten Verfahren vorgeht. Vielleicht können Sie noch mal erläutern, worauf Sie damit überhaupt hinaus wollen.

Die andere Frage ist die Sinnhaftigkeit einer Demokratieerklärung, die haben wir bundesweit über viele Jahre hinweg immer wieder diskutiert. Ziel soll dabei sein, sicherzustellen, dass Feinde der Demokratie nicht durch Steuermittel finanziert werden sollen. Ich kann mir aber beim besten Willen nicht vorstellen, dass Menschen, die solch eine kriminelle Energie haben, sich tatsächlich durch so eine Selbsterklärung in irgendeiner Art und Weise abhalten lassen. Das glauben Sie doch auch nicht ernsthaft. Das ist das eine. Sie tun damit so, als gäbe es gar keine Kriterien für die Förderung solcher Programme. Das ist aber anders und es hilft, wenn man sich dann einfach mal ansieht, wie solche Projekte bewilligt werden und was Projektträger eigentlich erbringen müssen, um eine Förderung solcher Projekte zu bekommen. Da gibt es erst mal Förderrichtlinien von Land und Bund, die grundsätzlich den Rahmen für so eine Förderung zur Verfügung stellen. Dann braucht man einen Antrag und ein plausibles Konzept, mit dem man den Antrag überhaupt stellen kann. Es gibt Jahrestreffen der Projekte und Projektrunden, es gibt eine externe fachliche Begleitung solcher Projekte, es wird eine Projektdokumentation verlangt. Es gibt einen Programmbeirat, der aus verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren besteht, der die Projekte kontinuierlich begleitet. Nicht zuletzt werden die Projekte alle evaluiert und die Evaluationsergebnisse werden jährlich in einem Bericht zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus ist es förderrechtlich auch jetzt bereits so, dass zum Beispiel beim Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit nur die Träger gefördert werden, die sich zu Demokratie und Grundgesetz bekennen, und das ist sowohl durch das Leitbild als auch durch die Leitziele des Landesprogrammes festgelegt. Sollten Zweifel daran bestehen, kann die Landeskoordinierungsstelle im Rahmen der interministeriellen Arbeitsgruppe Unterstützung bei der Bewertung einzelner Antragsteller einholen. Da haben wir einen extrem hohen Standard, was die Vergabe solcher Mittel angeht.

Auch aus diesem Grund, weil dieses Instrument einfach wesentlich wirksamer ist, hat man nach lan-

ger Debatte, haben Manuela Schwesig und Thomas de Maizière (CDU) die sogenannte Extremismusklausel vor einigen Jahren abgeschafft.

Zum Schluss sagen Sie, es solle Förderprogramme zur Erforschung und zur Abwehr von Linksextremismus sowie Untersuchung von Linksextremismus geben. Da möchte ich noch mal an die Erfahrungen aus den letzten Jahren erinnern. Die damalige CDU-Familienministerin hatte schon ein Bundesprogramm gegen Linksextremismus eingesetzt. Das war ein gewaltiger Flopp. Da gab es bundesweit ganz unterschiedliche Ansätze, wie man damit umgeht, aber kein einziger hat funktioniert.

Und als Letztes sagen Sie: Linksextremismus müsse sich auch im Thüringen-Monitor ausreichend wiederfinden. Damit verachten Sie aber, dass der Thüringen-Monitor diesen Phänomenbereich längst untersucht, nämlich dadurch, dass Menschen sich auf Basis einer Selbsteinstufung als rechts oder links einstufen müssen und auf dieser Basis Zusammenhänge mit anderen Faktoren sehr wohl untersucht werden. Sie unterstellen mit dieser Forderung, dass die Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler, die an der Erstellung des Thüringen-Monitors beteiligt sind, ebenfalls diesen Bereich außen vor lassen würden und ebenfalls auf dem linken Auge blind wären; das wird der Arbeit nicht gerecht. Das entspricht auch nicht den Tatsachen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so richtig die Auseinandersetzung mit diesem Fall ist – und das hätten wir auch ohne diesen Antrag getan, die Landesregierung hat den Punkt für die nächste Tagesordnung im Innenausschuss auch noch mal angemeldet –, so wenig sind die Maßnahmen, die Sie hier vorgeschlagen haben, ein Beitrag, um das Problem überhaupt nur ansatzweise zu lösen. Wenn Sie den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis genommen haben, können auch Sie zu keinem anderen Ergebnis kommen, als diesen Antrag abzulehnen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat der Redner der Fraktion der AfD das Wort. Da Herr Möller nicht anwesend ist: Herr Abgeordneter Höcke, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Tribüne, ich bin dankbar dafür, dass wir so zeitnah zu diesem Sachverhalt im Hohen Haus eine Aussprache durchführen können. Dafür danke ich durchaus auch der Regierungskoalition, die unseren Anträgen – den Anträgen der CDU und der AfD

(Abg. Höcke)

– hier relativ unkompliziert zugestimmt hat. Danke dafür. Trotzdem bin ich natürlich mit den Ausführungen der Kollegen von den Regierungsfractionen und denen des Innenministers – trotzdem bedanke ich mich für diese Ausführungen, Herr Innenminister – nicht zufrieden, weil ich sehr viel Relativierung in ihnen erblicken muss.

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, ich will einige Punkte aufgreifen, die jetzt in der Debatte hier vorn geäußert worden sind, um sie aus meiner Sicht noch mal zu kommentieren und einzuordnen. Zunächst, sehr geehrter Herr Kollege Adams, Sie haben vorhin in der Debatte – ich glaube, es war beim Redebeitrag des Kollegen Fiedler – hier durch einen Zwischenruf klargemacht, dass Sie von der Friedfertigkeit des Bündnisses überzeugt sind, deren Pressesprecher bis vor wenigen Tagen einer der dringend Tatverdächtigen gewesen ist,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Woher haben Sie denn das?)

die wir heute hier thematisieren. So habe ich es gehört – die Friedfertigkeit dieses Bündnisses. Ich möchte versuchen, dieses Bild zu korrigieren, Herr Adams, das Sie mit sich tragen. Ich möchte hier ganz kurz auf einen Ausspruch hinweisen, den dieses Bündnis im Kontext des G20-Gipfels 2017 geäußert hat. Ich zitiere mit Ihrer Genehmigung, Frau Präsidentin: „Fight against capitalism, repression and nationalism – smash G20!“ oder „G20 versenken – support black block“.

(Beifall DIE LINKE)

Black Block, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Tribüne, das sind die Truppenteile, die in Hamburg letztes Jahr für die bürgerkriegsähnlichen Zustände verantwortlich waren – mit mehreren Hundert, zum Teil schwerstverletzten Polizisten. Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, dieses Bündnis ruft dazu auf, diese Gewalttäter zu unterstützen. Und für so eine Aussage kriegt dieses Bündnis einen Demokratiepreis – indirekt zumindest –

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Das ist eine Lüge, eine pure Lüge!)

und Steuergelder zur Verfügung gestellt. Das ist tatsächlich ein Skandal allererster Güte.

(Beifall AfD)

Deswegen, sehr geehrter Herr Innenminister Maier, würde ich Sie bitten, trotz der Ablehnung, die Sie von hier vorn schon signalisiert haben, den Teil unseres Antrags vielleicht doch noch mal zu reflektieren, in dem angemahnt wird, die heute auch schon mehrfach thematisierte Extremismusklausel vielleicht doch wieder in Kraft zu setzen. Diese Extremismusklausel ist durchaus besser geeignet als relativ vage gefasste Absichtserklärungen, tatsächlich die durch Steuergeld unterstützten Vereine und

Vereinigungen zu einem verfassungskonformen und vor allen Dingen einem gewaltfreien Verhalten anzuregen und anzuleiten. Das ist, denke ich, im Sinne und Interesse von allen Fraktionen dieses Hohen Hauses.

(Beifall AfD)

Herr Kollege Dittes, Sie haben hier vorn gestanden und haben auch – ich kann das verstehen – als Abgeordneter einer Regierungsfraction relativiert und beschwichtigt. Und Sie haben hier vorn gestanden und geäußert, dass Sie der festen Überzeugung sind, dass kein Steuergeld für den Ankauf von Zutaten für die Erstellung von Sprengmitteln verwendet worden ist. Ich frage mich: Wie können Sie das von hier vorn mit dieser hundertprozentigen Sicherheit behaupten? Welche Belege haben Sie dafür?

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Ja, genau!)

Sehr geehrter Herr Kollege Dittes, ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch mal an unsere Debatte im Rahmen des Sonderplenums 2017 erinnern, ein Sonderplenum, das von der AfD-Fraction im Kontext der Ausschreitung beim G20-Gipfel in Hamburg eingebracht worden ist. Dort haben wir sehr ausführlich – auch mit Rückgriff auf Kleine Anfragen aus verschiedenen Landtagsfractionen – dargestellt, wie intensiv tatsächlich die Verflechtungen von linksextremen Strukturen leider bis in staatliche Stellen hinein sind.

(Beifall AfD)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch noch mal daran – das ist der Hamburger Senat und ich könnte hunderte Beispiele liefern, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete. Seien Sie versichert, dass unsere Bundestagsfraction durch eine entsprechende Anfrageaktivität auch in den nächsten Jahren zusätzliche Informationen herausbekommen wird, die wir hier auch im Landtag verwenden können. Ich könnte Hunderte Beispiele dafür aufführen, dass Steuergelder tatsächlich in Organisationen geflossen sind, die durchaus auch für gewalttätige Aktionen verantwortlich sind.

(Beifall AfD)

Der Hamburger Senat, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, hat – mit Steuergeldern bezuschusst – einen Anti-G20-Gipfel in Hamburg realisiert, wo auch die Gruppierungen zu Gast waren

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Das ist doch Sache des Hamburger Senats!)

und sich entsprechend vorbereiten durften, die dann bei dem wirklichen G20-Gipfel für Randalen und Gewalt gesorgt haben. Das ist ein unerträglicher Zustand in einem funktionierenden Rechtsstaat, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete.

(Beifall AfD)

(Abg. Höcke)

Wir werden diese Verbindungen von staatlicher Förderung, von Abgeordneten, von Politikern, ja sogar von Mitgliedern der Exekutive auf Landes- und auf Bundesebene in den nächsten Jahren und Jahrzehnten systematisch aufklären. Das verspreche ich Ihnen. Das wird ein großes Thema für die Politologen und für die Historiker dieser Republik sein, und es werden Erkenntnisse zutage gefördert werden, die manchen von Ihnen die Haare zu Berge stehen lassen dürften. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall AfD)

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier, Sie standen hier vorn als verantwortlicher Innenminister und Sie haben beschwichtigt und ich kann das in Ihrer Position ja durchaus auch verstehen. Ich möchte noch mal betonen, dass die Polizei – und die Bilder sind Ihnen sicherlich auch vor Ihrem geistigen Auge stehend – die Utensilien der Hausdurchsuchung mit einem Lieferwagen abtransportieren musste, so umfänglich waren die sichergestellten Fundstücke, insbesondere die 100 Kilogramm Sprengstoff. Und jetzt stellen Sie sich doch bitte mal als verantwortlicher Minister vor, dass diese 100 Kilogramm Sprengstoff

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Die Fantasie ist wohl mit Ihnen durchgegangen?)

oder fast fertiggestellter Sprengstoff tatsächlich an Ort und Stelle in die Luft geflogen wären, was für ein Schaden für die Nachbarschaft entstanden wäre. Und dass dort vermutlich Menschen auch mit Leib und Leben bezahlt hätten, steht leider auch zu vermuten. Da kann man nichts relativieren, da kann man nichts beschönigen. Da muss man sagen, hier ist tatsächlich wahrscheinlich ein Kapitalverbrechen vorbereitet worden und diese klare Aussage hätte ich mir von Ihnen, Herr Innenminister, hier vorn gewünscht.

(Beifall AfD)

Ich möchte Ihnen auch noch mal zu verstehen geben, was mich sehr drängend interessiert, weil Sie hier mehrfach den Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit als positiv besetzten Begriff transportiert haben, für den es sich zu kämpfen lohnt. Nun ist dieser Begriff nicht nur positiv besetzt, sondern mit diesem Begriff wird leider auch Schindluder getrieben. Angebliche Demokraten schmücken sich mit einem Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, um eigentlich etwas zu erreichen, was wir alle nicht wollen: eine Herrschaft der Gleichen, die vielleicht doch etwas gleicher sind als die anderen in diesem Lande. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist leider auch ein linksextremer Kampfbegriff, Herr Innenminister. Mich würde wirklich mal dringend interessieren, wie viele Sprengstoffanschläge, wie viele Buttersäureanschläge im Kampf gegen die sogenannte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gegen

türkische Moscheen, gegen Polizisten oder auch gegen AfD-Abgeordnetenbüros in den letzten Jahren im Namen einer guten Sache durchgeführt worden sind. Ich gehe davon aus, dass das wahrscheinlich leider einige sein dürften.

Ich möchte Sie, sehr geehrter Herr Innenminister, auch ermutigen, weil Sie das in Ihren Ausführungen auch nicht thematisierten, wenn ich mich recht erinnere, dass Sie bitte von Amts wegen in enger Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden, mit dem Landeskriminalamt auch die intensive und schon bekannte Vernetzung von linksextremen Strukturen mit PKK-Strukturen im Hinterkopf haben und entsprechend offensiv auch aufklären. Gerade die Partei Die Linke und die Fraktion Die Linke sind, was diese Vernetzung angeht, sehr weit und leider – muss ich sagen – sehr offen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch mal zwei Namen nennen, nämlich den Namen der Bundestagsabgeordneten der Linken Sevim Da#delen, die quasi in Personalunion als radikale Kurdin auch eine extreme Linke ist. Auch Frau Renner, MdB, ist dafür bekannt, dass sie sich in verschiedenen kurdischen Vereinen engagiert.

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Wer war denn gerade in Syrien und hat dort Gespräche geführt?)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Anschläge gerade gegen türkische Moscheen in Deutschland sollten Sie als Innenminister gerade mit so einem Sachverhalt hier im Freistaat Thüringen bitte ein besonders wachsames Auge auf diese Vernetzung legen und dort auf eine entsprechende Aufklärung drängen. Dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar und dafür bedanke ich mich auch im Namen meiner Fraktion schon im Vorfeld.

(Beifall AfD)

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Tribüne, ich bin der festen Überzeugung, dass dieser Sachverhalt uns als Hohes Haus hier in Thüringen noch lange begleiten wird. Wir werden als AfD-Fraktion alles dafür tun, dass die notwendige Aufklärung erfolgt. Wir plädieren dafür, dass diese Diskussion hier und heute mit diesem Debattenbeitrag, mit diesem Plenumstagesordnungspunkt nicht abbricht, sondern dass wir die Anträge der AfD und der CDU bitte dann auch an den Ausschuss überweisen, um dort weiter miteinander zu diskutieren, um weiter durch den Innenminister zeitnah aufgeklärt zu werden, wie sich der Sachverhalt entwickelt, wie die Ermittlungstätigkeiten der Sicherheitskräfte voranschreiten. Ich glaube, das sind wir gemeinsam den Menschen in Thüringen schuldig, die von uns zu Recht erwarten, dass wir die Sicherheit in unserem schönen Freistaat gemeinsam sicherstellen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Abg. Höcke)

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordneter Adams jetzt das Wort.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Zuschauer und Gäste hier im Thüringer Landtag, diese Debatte, die wir hier seit circa 14.30 Uhr führen, ist vielschichtig und es ist erforderlich, dass man ein paar Sachen klarstellt. Das will ich auch gleich machen. Dazu, glaube ich, muss man beginnen mit einer Vorbemerkung und Richtigstellung. Herr Höcke hat gerade eben versucht, darzustellen, oder behauptet, dass das Bündnis „Zivilcourage und Menschenrecht“ im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt zur Gewalt aufrufen würde. Sie haben als Beweis dafür Hashtag-Zitate gehabt, wie „Smash G20“ oder auch „Fight capitalism“. Herr Höcke, das ist genau das, was wir immer wieder vorfinden. Sie bestätigen mir das ja durch Ihr Kopfnicken. Sie recherchieren nicht, Sie diskreditieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie mischen einem Bündnis aus Kirchen, Gewerkschaften und vielen zivilen Menschen, die Zivilcourage zeigen wollen, ein Zitat unter, das Sie irgendwo in Saalfeld-Rudolstadt gefunden haben, nämlich beim Antifaschistischen Jugendbündnis. Da gibt es dieses Zitat, da gibt es einen geteilten Aufruf. Herr Höcke, Sie haben es dem Bündnis, über das wir hier reden, nämlich dem Bündnis „Zivilcourage und Menschenrechte“ unterstellt. Sie sprechen den Menschen, die sich sehr klar distanzieren haben, dieses Recht, sich zu distanzieren und sich ganz klar zur Gewaltfreiheit zu bekennen, ab durch Ihre diffamierende Rede. Das ist unredlich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine zweite Vorbemerkung möchte ich dem Kollegen Fiedler widmen. Sie hat mich betroffen gemacht. Herr Fiedler hat sehr deutlich gesagt – in seiner ganz besonderen Art –: Ich möchte hier nichts vergleichen, aber wie war es denn beim NSU? – Herr Kollege Fiedler, dieser Vergleich, man kann fast nicht sagen, er hinkt, dieser Vergleich verbietet sich!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als wir damals gemeinsam, alle Fraktionen angefangen haben mit der Aufklärung beim NSU, hatten wir den schmerzlichen und bitteren Befund zu ma-

chen, dass es sich um zehn ermordete Menschen handelt, dass es sich um 14 Raubüberfälle handelt und um zwei Sprengstoffanschläge und dass es gar nicht infrage steht, dass es eine Tätergruppe war, und die Motive nicht infrage standen, weil sie es auf einer Bekenner-DVD dargelegt haben. Da haben wir angefangen zu ermitteln. Und deshalb verbietet es sich nicht nur bei der Tiefe der Tat, sondern auch bei den vorliegenden Fakten – als wir damals gemeinsam angefangen haben aufzuklären –, diesen Vergleich zu ziehen. Es ist einfach vor dem Hintergrund, dass es eine historische Wahrheit ist, ...

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Adams, gestatten Sie ...

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wenn ich den Satz kurz zu Ende habe, darf Herr Fiedler sofort. – ... dass der gesamte Thüringer Landtag gesagt hat: Wir wollen aufklären! Und niemand ist dazu gezwungen worden. Ich habe bis heute geglaubt, dass die CDU das gern mit uns gemeinsam gemacht hat. Und nun Ihre Frage.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Sie sollten meine Rede noch mal nachlesen. Ich habe ausdrücklich nicht den Bezug hergestellt, sondern ich habe ausdrücklich gesagt, Herr Kollege, das können Sie --- Ich will meine Frage konkret stellen: Können Sie denn zum jetzigen Zeitpunkt ausschließen, dass die Betroffenen nicht in irgendeiner Form und Weise etwas geplant haben – was uns bis jetzt bekannt ist? Können Sie das ausschließen, ja oder nein?

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Fiedler, die Antwort ist total einfach und auch der Innenminister hat sie schon gegeben: Das kann niemand ausschließen. Deshalb muss die Polizei auch ordentlich ermitteln – und darauf wollen wir doch alle gemeinsam warten. Aber das ist doch das Problem: Sie wollen doch gar nicht warten. Sie haben doch am letzten Freitag gefordert, dass das Bündnis „Zivilcourage und Menschenrechte“ seinen Preis zurückgeben soll oder die Landesregierung ihn zurückfordern soll. Sie haben diskreditiert, bevor die Ermittlungsergebnisse da sind. Und das verurteile ich aufs Schärfste.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben zwei Anträge vorliegen – von der AfD und von der CDU. Beide beziehen sich – das hat die Debat-

(Abg. Adams)

te schon gezeigt – auf die Durchsuchung in der letzten Woche, am letzten Dienstag, bei der Sprengstoff und Materialien zur Herstellung von Bomben gefunden worden sind. Um es in aller Deutlichkeit und in aller Klarheit und dreimal unterstrichen deutlich zu sagen: Wer sich Sprengstoff besorgt hat oder ihn besitzt oder ihn herstellt – wenn es auch nur in geringen Mengen ist, wie es der Minister dargestellt hat –, begeht eine Straftat. Wer Böller delaboriert, ist kein Bastler, der mal was ausprobiert, sondern ein Straftäter. Und die Thüringer Sicherheitsbehörden werden unter Rot-Rot-Grün wie unter jeder anderen Landesregierung auch diesen Straftätern auf die Schliche kommen und sie entschieden verfolgen. Das haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, Georg Maier und Dieter Lauinger mehrfach durch ihre Arbeit deutlich gemacht: dass sie Straftätern in Thüringen nichts durchgehen lassen. Und das ist auch die wichtigste Aussage: Es wird bei Straftaten kein Pardon gewährt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss man aber wiederum deutlich von der Debatte trennen, die CDU und AfD uns hier heute ins Parlament gespült haben. Kein Wort des Dankes an die Polizei, die schnell ermittelt hat, kein Wort vom Kollegen Fiedler, was er sonst immer macht. Es gibt den Anwurf der CDU-Fraktion, dass die Ermittlungen nicht hinreichend gut geführt würden

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Wer hat denn was geschnuffelt?)

und deshalb versteigt sich sogar der Fraktionsvorsitzende der CDU und glaubt,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wir schnüffeln überhaupt nicht. Wir stellen Anträge!)

dass durch Beschluss des Parlamentes oder durch Forderung eines Fraktionsvorsitzenden der Generalbundesanwalt die Ermittlungen übernimmt. Der Generalbundesanwalt übernimmt Ermittlungen, wenn er der Meinung ist, dass es geboten ist. Und das wird der Generalbundesanwalt tun, wenn er der Meinung ist, dass es geboten ist. Ich glaube, es ist eine Übersteigerung der Selbstsicherheit und des Selbstverständnisses der CDU-Fraktion, dass sie mit immer hochgejazzten Pressemitteilungen hier politisch etwas voranbringen will, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Für alle diese Fragen gilt: Wir müssen sehr genau hinschauen und sehr gut aufräumen mit dem, was gesagt wurde. Die CDU fordert als Evergreen die Errichtung einer Datei für Linksextremismus. Ich kann mich da nur meiner Kollegin Frau Lehmann aus der SPD-Fraktion anschließen, die sehr deutlich gesagt hat: Was nützt es uns? Was nützt uns noch eine weitere Datei, wenn wir nicht genug Polizeikräfte haben, diese Dateien a) zu füllen, b) aus-

zuwerten und dann auch zu schnellen Erfolgen zu kommen? Und vor dem Hintergrund dieser Forderung kann man nur eines sagen: Rot-Rot-Grün hat in dieser Legislatur wie keine andere Landesregierung seit 1996 die Polizei gestärkt. Das ist unser Beitrag zu jeder Art Verbrechensbekämpfung und da stehen wir sehr an der Seite der Thüringer Polizei, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: ACAB!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die AfD und die CDU-Opposition fordern die Einführung der Extremismusklausel. Auch das ist nichts Neues. Es ist auch nichts Neues, dass sie das gemeinsam tun. Regelmäßig versuchen sie damit, Menschen zu diskreditieren, die engagiert gegen rechts vorgehen. Ich habe noch nicht erlebt, dass sie in anderen Zusammenhängen diese Extremismusklausel gefordert haben. Ich sage es sehr deutlich: Wir von den Koalitionsfraktionen, von SPD, Grünen und Linken, lehnen eine solche Extremismusklausel ab. Wir lehnen sie ab und zwar sehr deutlich ohne Blick auf links oder ohne Blick auf rechts, sondern einzig mit dem Blick auf den Schutz des Ehrenamts und des ehrenamtlichen Engagements vieler, vieler Menschen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das schützen wir und deshalb wird es mit uns eine solche Extremismusklausel nicht geben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist mehr als beachtlich, wenn Herr Fiedler in der letzten Woche sehr schnell fordert, dass das Bündnis „Zivilcourage und Menschenrechte“ den Preis zurückgeben solle. Wenn wir heute Herrn Mohring nach dem Vortrag des Innenministers mit der Forderung konfrontieren, dann sagt er, es ginge ja gar nicht um das Bündnis „Zivilcourage und Menschenrechte“, sondern es ginge um irgendeine Antifa. Die CDU sollte mal ihre Differenzen im innenpolitischen Bereich klären und eine klare Aussage machen, wem sie denn welchen Preis entziehen will und wen sie als – wie Sie es gesagt haben – Halunken bezeichnen will. Das sollten Sie mal deutlich klären.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Lasst doch erst mal die Ermittlungen ... !)

Herr Fiedler, es ist für diese Frage vollkommen egal, zu welchem Ergebnis die Staatsanwaltschaft kommen wird. Ich möchte gern von Ihnen wissen, wen Sie als Halunken bezeichnen und wem Sie einen Preis entziehen wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Hier ist die CDU um politische Klarheit gefordert und der sind Sie bisher nicht nachgekommen.

(Abg. Adams)

Die Bürgerbündnisse, auch das in Saalfeld-Rudolstadt, haben sich – und das ist mehrfach heute hier gesagt worden – klar distanziert, haben sich mehr als klar distanziert. Das führt aber nicht dazu, dass die CDU und AfD anerkennende Worte für diese Klarheit der Distanzierung finden, sondern Sie ignorieren das beflissentlich, denn es hilft Ihnen natürlich nicht bei Ihrem Versuch, dieses Bündnis zu diskreditieren. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, will ich mit einem ganz einfachen Satz sagen: Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie treffen dabei nicht nur Linke, Sozialdemokraten und Grüne, Sie treffen damit auch häufig Christdemokraten, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, der Kirchen, Touristiker, alle die

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Mir kommen gleich die Tränen. Haben Sie nicht zugehört?)

– Herrn Kowalleck und Frau Rosin auch –, die sich da betätigt haben. Die haben meine volle Anerkennung. Ich werde mich da vor die Diskreditierung der CDU-Fraktion stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

AfD und CDU behaupten ebenso – und auch damit muss aufgeräumt werden –, dass es eine linksseitige Blindheit in der Landesregierung gäbe. So haben es zumindest der Fraktionsvorsitzende der CDU wie auch der Fraktionsvorsitzende der AfD hier an diesem Rednerpult gesagt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, man hat ja nicht alle Latten am Zaun, wenn man der Landesregierung, die die Polizei ausgestattet hat und ihr die Möglichkeiten gegeben hat, schnell zu reagieren, innerhalb weniger Tage nach einem Zeugenhinweis die Ermittlungen auch zum Erfolg zu führen und diese Chemikalien, diesen Sprengstoff zu beschlagnahmen und das hoffentlich auch gerichtsfest zu machen – wer behauptet, dass diejenigen, die die Grundlagen dafür legen, auf dem linken Auge blind sind, hat ganz anderes im Blick, meine sehr verehrten Damen und Herren, und kann nicht ganz ernst genommen werden.

Damit bin ich auch schon bei der Forderung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring, der sich in der letzten Woche und auch heute im Parlament darüber erzürnt hat, dass nur schwerfällig informiert worden sei. Er möge mehr Informationen und schnellere Informationen haben. Wir haben diese Debatte am Anfang der Legislatur mit einem AfD-Abgeordneten führen müssen, der gefordert hat, dass über jedes Sexualdelikt sofort in der Öffentlichkeit zu informieren sei, insbesondere wenn Kinder oder Minderjährige beteiligt wären. Und es erforderte einige Zeit, der AfD zu erklären, dass dies aus Gründen des Opferschutzes niemals gesche-

hen würde. Sie haben das irgendwann eingesehen. Aber dass heute wieder die CDU in das gleiche Horn stößt, wie es damals die AfD gemacht hat, das ist schon bezeichnend. Es hilft nur den Tätern, wenn alles auf dem Marktplatz ausgetragen wird – nur den Tätern hilft es. Und es gab kein donnerndes Schweigen, wie es Herr Mohring behauptet hat, sondern es gab eine bewusste Vertraulichkeit, um die Ermittlungen der Polizei nicht zu gefährden. Und das wird die CDU mit sich selbst ausmachen können. Wo stehen Sie an der Stelle? Das frage ich Sie wirklich. Wo stehen Sie an der Stelle? Wollen Sie die Vertraulichkeit wahren, dass unsere Ermittlungsbehörden zu ihrem Erfolg kommen können? Oder wollen Sie hier am Beginn einer Plenardebatte Ihre Debatten führen, mit der Sie einzelne Menschen zu diskreditieren versuchen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir lehnen das ab. Wir wollen gute polizeiliche Ermittlungen und dazu ist Vertraulichkeit erforderlich, dazu gibt es hinreichende Gremien in unserem Landtag, den Innenausschuss und weitere, wo das alles beraten werden kann. Und ich glaube, wer ein Interesse an guten Ermittlungen, die gerichts feste Beweise erbringen, hat, der wird der Polizei auch die Zeit dafür geben.

Sie haben behauptet, es würde mit zweierlei Maß gemessen werden. Kollege Dittes hat schon einiges an Beispielen gebracht, ich will Ihnen noch ein Beispiel aus der näheren Vergangenheit bringen: Vor wenigen Wochen gab es einen Hausbrand in Mühlhausen. Die Polizei ermittelte, weil Brandstiftung nicht ausgeschlossen werden konnte, und der MDR meldete nach einigen Tagen, dass möglicherweise auch ein politischer Hintergrund rechts zu befürchten sei. Und was ist da geschehen? Ist tatsächlich das geschehen, was der Fraktionsvorsitzende der AfD behauptet hat, dass das hochgezerrt würde? Das ist nicht geschehen, weil alle sich einig sind, bei Rot-Rot-Grün zumindest, dass wir Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden haben und dass wir gute und sachgemäße Ermittlungen haben wollen. Das ist unser Ziel und es ist offensichtlich nicht Ihr Ziel gewesen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das kritisiere ich auf das Schärfste.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe heute Morgen ein Interview mit Bernhard Vogel gelesen, dem Ehrengeschäftsführer der CDU Thüringen. Er hat vor zu viel Nähe zur AfD gewarnt – ich glaube, zu Recht. Hysterie, werde Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist das Geschäft der AfD. Gehen Sie denen nicht auf den Leim!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie sich nicht auf diesen Wettlauf ein! Die AfD macht eine Aktuelle Stunde, die CDU muss mit einem Antrag, mit einem Dringlichkeitsantrag nachziehen, die AfD zieht nach und dann stehen Herr

(Abg. Adams)

Mohring und Herr Höcke hier am Pult und kämpfen beide darum, wer mit mehr Anschuldigungen gegen die Landesregierung hier den größten Medienerfolg hat.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Das ist Oppositionsarbeit!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU-Fraktion, bei diesem Wettlauf wird es keine Gewinner geben. Es gibt nur eine Verliererin, und das ist unsere Demokratie. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Mir liegen jetzt keine weiteren – doch, es gibt eine weitere Wortmeldung vom Abgeordneten Henke.

Abgeordneter Henke, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Abgeordnete, werte Gäste, ich habe die Debatte mit Interesse verfolgt und ich bin der Meinung, dass wir nur die Spitze des Eisbergs bei dem Fall mit den Bombenfunden gesehen haben.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie peinlich! Welche Bomben?)

Wie immer bei einem solchen Fall gebietet es sich, dass man mal einen Schritt zurücktritt und sich das Gesamtbild anschaut. Was haben wir denn dann? Wir haben zwei Menschen, einen Rollstuhlfahrer und einen Chemiker, die beide Bomben basteln. Wir haben Kleinstmengen an Sprengstoff gefunden, die vermuten lassen, dass man das, was man gebastelt hat, auch ausprobieren muss. Im Nachgang hat man eine Menge Chemikalien gefunden, die gebieten, dass man wahrscheinlich Größeres geplant hat. Das sagt mir, dass wir hier einem großen Bedrohungsszenario ausgesetzt waren, das glücklicherweise von einer Zeugin aufgedeckt wurde. Und jetzt muss ich mich wirklich rückversichern, Herr Minister Maier, Sie hatten gesagt, Sie hatten bei der Telefonauswertung mitbekommen, dass die Zeugin bedroht worden ist. Muss man denn die zwei Leute in einem solchen Fall nicht einsperren? Das kann doch nicht sein, dass man die dann frei laufen lässt, wenn die Zeugin dann auch noch bedroht wird. Also ich muss sagen: Die Aussage hat mich wirklich entsetzt.

(Beifall AfD)

Und nach dem, was ich heute hier gehört habe, habe ich mich sehr gewundert und ich hätte mich sehr gefreut, wenn die Landesregierung den Arsch in der Hose gehabt hätte, heute hier zurückzutreten.

(Unruhe DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn so viel Fehlverhalten habe ich lange nicht gesehen in einer Landesregierung. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Henke, die Wortwahl ist nun wirklich nicht angemessen in diesem Hohen Hause.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Ihr Redebeitrag war in Gänze nicht angemessen!)

Gibt es jetzt weitere Wortmeldungen? Das kann ich nicht erkennen. Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU. Es ist Ausschussüberweisung beantragt, zunächst an den Innen- und Kommunalausschuss. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion. Gegenstimmen? Das sind die Stimmen der Koalitionsfraktionen. Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Wir stimmen über die Ausschussüberweisung an den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion. Gegenstimmen? Das sind die Stimmen der Koalitionsfraktionen. Damit ist die Ausschussüberweisung des Antrags der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wir kommen direkt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 6/5442. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der CDU und der AfD. Gegenstimmen? Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung zum Antrag der Fraktion der AfD. Auch hier ist Ausschussüberweisung an den Innen- und Kommunalausschuss beantragt worden. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der CDU und der AfD. Gegenstimmen? Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Die Enthaltungen würde ich mal nachfragen!)

Es gibt auch den Antrag, den Antrag der Fraktion der AfD an den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der CDU und der AfD. Gegenstimmen? Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD in Drucksache 6/5453. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der CDU und der AfD. Gegenstimmen? Das sind die Koalitionsfraktionen.

(Vizepräsidentin Jung)

tionen. Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD abgelehnt und ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Halt!)

Herr Abgeordneter Fiedler?

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Frau Präsidentin, ich möchte Sie fairerweise darauf hinweisen, dass Sie vorhin bei einer Abstimmung nicht nach Enthaltungen gefragt haben. Sie sollten mal Ihr Präsidium da oben fragen, ob man das noch nachholen sollte – da kann man noch nicht abschließen.

Vizepräsidentin Jung:

Wenn Sie möchten, dass ich die Abstimmung wiederhole, tue ich das gern. Aber ich denke, wir hatten das im Überblick, dass da die Stimmen entsprechend waren, aber ich wiederhole gern die Abstimmung. Ich rufe noch mal auf die Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 6/5442. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? Das sind die Stimmen der Koalitionsfraktionen. Stimmenthaltungen? Gibt es keine, damit ist der Antrag der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe zur Sicherheit auch noch mal die Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD in Drucksache 6/5453 auf. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der CDU und der AfD. Gegenstimmen? Das sind die Stimmen der Koalitionsfraktionen. Stimmenthaltungen? Kann ich nicht erkennen. Damit ist auch dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf den **zweiten Teil des Tagesordnungspunkts 19**

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Newroz-Fest 2018 auch in Thüringen: Frieden in Afrin und Kurdistan“

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/5436 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Abgeordneten Dittes, Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, weil wir damit unsere Solidarität mit den Menschen in Afrin, mit

den Menschen in der autonomen Föderation Nordsyrien und mit den Kurdinnen und Kurden, gegen die seit Jahrzehnten ein Krieg geführt wird, zum Ausdruck bringen möchten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein Landtag in einer Bundesrepublik darf nicht schweigen, wenn ein formeller Bündnispartner der Bundesrepublik einen völkerrechtswidrigen Eroberungsfeldzug startet, den die Türkei nicht auf das Selbstverteidigungsrecht stützen kann. Die Türkei behauptet, eine angeblich terroristisch motivierte Bedrohungslage als Folge des syrischen Bürgerkriegs zu bekämpfen, in Wahrheit aber führt die Türkei einen unerbittlichen Krieg gegen Kurdinnen und Kurden und gegen das Selbstbestimmungsrecht vor allem der im Norden Syriens lebenden Menschen. Ich möchte Sie daran erinnern: Es waren kurdische, syrische, arabische und turkmenische Delegierte, die im Jahr 2016 die autonome Föderation Nordsyrien ausgerufen haben. Ein Hauptort der Verwaltungseinheiten der Region Rojava ist Afrin. Und während die Türkei noch tatenlos zusah, als der IS Kobane bombardierte, legt sie nun in Afrin selbst Hand an.

Meine Damen und Herren, ein Landtag darf auch nicht schweigen, wenn ein NATO-Partner eine Stadt, in der bereits Tausende Flüchtlinge leben, mit Tausenden Granaten beschießt und dabei auch das einzige Krankenhaus in dieser Region angreift und nach der Eroberung am Sonntag Symbole der kurdischen Geschichte, Mythologie und Kultur zerstört. Ein Landtag darf erst recht nicht schweigen, wenn ein EU-Beitrittskandidat sich bei seinem Feldzug der Unterstützung und Hilfe islamistischer, dschihadistischer Milizen bedient. Und ein Landtag darf nicht schweigen, wenn ein Land weitere 3 Milliarden Euro aus der Europäischen Union und deren Mitgliedstaaten für den schmutzigen Flüchtlingsdeal aus dem Jahr 2016 erhalten soll und sich bei seiner Invasion auf deutsche Waffen verlassen kann. Allein im Januar und Februar dieses Jahres, also während des völkerrechtswidrigen Angriffs auf Afrin, genehmigte die Bundesrepublik Waffenexporte im Wert von 4,4 Millionen Euro. Deswegen sage ich ganz deutlich: Wer von einem völkerrechtswidrigen Angriff redet, darf von deutschen Waffenexporten nicht schweigen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Aktuellen Stunde ergreifen wir auch das Wort, weil die Bundesrepublik an der Verfolgung der Kurden mitwirkt, insoweit, als dass das an sich widersinnige Verbot der PKK in der Bundesrepublik benutzt wird, jede Form der politischen Organisation von Kurdinnen und Kurden als Nachfolge-, Tarn- oder Ersatzorganisation zu kriminalisieren. Und damit wird den Kurdinnen und Kurden in der

(Abg. Dittes)

Bundesrepublik jede Möglichkeit der politischen Organisation genommen, mit der sie sich solidarisch mit ihren Menschen, Freunden und Verwandten in der Region verhalten können, die dort auch Widerstand gegen die islamistischen Milizen leisten. Und das, meine Damen und Herren, bezieht auch die YPG mit ein, die die Jesiden im Sindschar-Gebirge im Nordirak vor dem IS rettete, als andere in dieser Welt noch taten- und ideenlos zuschauten. Das bezieht die YPG mit ein, deren Einheiten als Bündnispartner der USA gegen den islamistischen Terror kämpfen. Und hier, in der Bundesrepublik, werden auch sie kriminalisiert, genauso wie die Solidaritätsbekundungen zur YPG, durch das Zeigen ihrer Symbole. Die Denklöge – das sage ich ganz bewusst – unterscheidet sich von der des türkischen Staates nicht.

Meine Damen und Herren, ich schäme mich dafür, dass in einem Bundesland, in dem ich politische Verantwortung trage, ein Staatsanwalt einen Durchsuchungsbeschluss erwirken kann, indem behauptet wird, dass – und das ist ein Zitat – „durch die Präsentation einer Fahne unter gleichzeitiger Bezugnahme auf den gewaltsamen Kampf kurdischer Milizverbände gegen den Islamischen Staat ein“ – angebliches – „Ziel der PKK, Teile der Republik Türkei gewaltsam abzuspalten und durch einen Kurdenstaat annectieren zu lassen, in ein positives Licht gerückt und so als billigend und erstrebenswert dargestellt wird.“

Meine Damen und Herren, eine solche Herleitung ist juristisch abenteuerlich, sie ist auch politisch skandalös, aber sie ist vor allem eines, eine solche Herleitung delegitimiert den Widerstand, den in Syrien lebende Menschen gegen den IS leisten. Den Betroffenen der Durchsuchungsmaßnahmen gilt deswegen ebenso unsere Solidarität. Ich gehe davon aus, dass in einem Verfahren nicht der Staatsanwalt, sondern das Recht obsiegen wird.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Meine Damen und Herren, da wir morgen Newroz begehen, sage ich am Ende vor allem in die Richtung der Öffentlichkeit: Azadî û a#tiyê ji bo Kurdan ji Kurdistanê, newroz pîroz be!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der CDU hat Abgeordneter Herrgott das Wort.

Abgeordneter Herrgott, CDU:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kollege Dittes, sehr kreatives Auftreten hier vorn, nicht inhaltlich, sondern eher optisch, aber auch das sei Ihnen gestattet. Wir werden es nicht skandalisieren, es lohnt nicht.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Das sagen die, die ständig rot-weiße Krawatten tragen!)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion beobachtet mit Sorge die Entwicklung der Lage in Nordsyrien. Die aktuelle Lage vor Ort lässt sich aus unabhängigen Quellen jedoch nicht abschließend genau prüfen. Dennoch geben die zugänglichen Quellen großen Anlass zur Sorge. Aus unserer Sicht ist die Rückkehr zu einer gewaltfreien Konfliktlösung das oberste Ziel, was durch die Vermittlung und Beratung im UN-Sicherheitsrat und in der NATO hoffentlich zu erreichen ist.

Der Thüringer Landtag ist aber leider nicht der angemessene und auch nicht der zuständige Ort für die Debatte, denn Thüringen gestaltet keine eigene deutsche Außenpolitik, es sei denn, wir haben da irgendetwas verpasst, meine Damen und Herren. Die zuständige deutsche Bundesregierung hat das Thema bereits mehrfach im informellen NATO-Rat und auch in den Vereinten Nationen zur Sprache gebracht. Das ist der richtige Weg, meine Damen und Herren, weiter mit allen diplomatischen Mitteln auf eine Lösung vor Ort hinzuwirken.

(Beifall CDU)

Ich sage an dieser Stelle ganz klar, was auch die stringente Haltung der CDU-Bundestagsfraktion widerspiegelt, dass wir das grundsätzliche Selbstverteidigungsrecht unseres NATO-Partners Türkei achten. Das aktuelle Vorgehen – hören Sie mal in Ruhe zu – der Türkei halten wir aber nicht für angemessen und nicht für verhältnismäßig und nicht vom Selbstverteidigungsrecht gedeckt. Es ist demnach nicht völkerrechtskonform. Das entschuldigt oder relativiert aber in keinster Weise das Vorgehen von PKK-Terroristen und ihren Unterstützern und Verbündeten in Nordsyrien oder in der Türkei. Es ist daher gut, dass die Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD weiter alle Mittel der Diplomatie einsetzt, um in diesem Konflikt zu Lösungen zu kommen und zwar auf diplomatischem Wege und nicht nur durch Lippenbekenntnisse in einem nicht zuständigen Parlament. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Helmerich, Fraktion der SPD, das Wort.

Abgeordneter Helmerich, SPD:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Zuschauer! Newroz heißt übersetzt „der neue Tag“. Es ist eines der ältesten Feste der Welt, mit dem Kurdinnen und Kurden seit Jahrtausenden den Beginn des Frühlings feiern. Die Generalversammlung stellte in ihrer Erklärung fest, dass das Newroz-Fest ein Frühlingsfest ist, das von mehr als 300 Millionen Menschen seit mehr als 3.000 Jahren auf der Balkanhalbinsel, in der Schwarzmeer-Region, im Kaukasus, in Zentralasien und im Nahen Osten gefeiert wird. Am 30. September 2009 hatte die UNESCO den Newroz-Tag in die Liste der Meisterwerke des mündlichen und immateriellen Erbes der Menschheit aufgenommen. Sinnbildlich steht das Fest auch aufgrund seiner Entstehungsgeschichte als Symbol für Frieden, Freiheit und Demokratie. Schon vor diesem Hintergrund kann man die besondere Bedeutung dieses Fests für die Kurdinnen und Kurden verstehen, die in zahlreichen Ländern unterdrückt und verfolgt werden. Im Hinblick auf die aktuellen Ereignisse in Afrin wird diese politische Bedeutung des Newroz-Fests noch einmal deutlicher. Darum lautet das Motto des Fests in Deutschland, welches von über einer Million hier lebenden Kurdinnen und Kurden gefeiert wird: Nein zum Krieg! – Und ich füge hinzu: Nein zu Verfolgung und Unterdrückung!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, wir können uns dem nur anschließen. Deswegen sind wir als SPD-Fraktion der Linke-Fraktion dankbar für diese Aktuelle Stunde. Feste aus anderen Kulturen sind eine Gelegenheit, Begegnungen zu schaffen, das Verständnis füreinander und den Austausch untereinander zu fördern. Zugleich wird unsere Aufmerksamkeit auch auf Themen und Probleme gerichtet, die sich unseres Blickes sonst entziehen, zum Beispiel die Situation von Kurdinnen und Kurden überall auf der Welt und ihre politischen Forderungen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, demokratische Gruppierungen benötigen überall unsere Unterstützung. Dazu gehört für uns auch die Betonung des Werts der Menschenrechte und der Rechte von politischen, religiösen und nationalen Minderheiten wie den Kurdinnen und Kurden. Was es hier braucht, sind Prozesse. Das Newroz-Fest ist ein Fest des Friedens und ein Zeichen der Völkerverständigung.

Wir setzen uns auch weiterhin für Toleranz auf den Gebieten der Kultur und der Internationalen Gesinnung ein. Die Tatsache, dass das Fest in Düsseldorf vorgezogen wurde, um gemeinsam mit der Diakonie und dem Migrantenverein das Fest in Verbindung mit dem Internationalen Frauentag zu feiern, ist ein Beispiel dafür, wie das aussehen kann. In diesem Sinne wünsche ich allen einen schönen

Frühlingstag und -anfang, auch wenn das Wetter das heute anders vermuten lässt, und ich wünsche allen ein schönes Newroz-Fest am morgigen Tag. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Rudy das Wort.

Bis er hier das Rednerpult erreicht hat, möchte ich noch mal die Übersetzung von Herrn Dittes liefern, weil ich nachgefragt worden bin. Er sagte: Freiheit und Frieden für die Kurden aus Kurdistan, Glückwunsch zum Neujahrsfest. Dass das auch im Protokoll noch einmal vermerkt ist.

Herr Abgeordneter Rudy, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Rudy, AfD:

Sehr geehrte Frau Parlamentspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Zuhörer, liebe Gäste! Die Aktuelle Stunde der Fraktion Die Linke befasst sich mit dem Newroz-Fest 2018 auch in Thüringen. Newroz ist das kurdische Neujahrsfest am 21. März, wie auch Herr Helmerich schon treffend erwähnt hatte. An diesem Tag feiern Kurden auf der ganzen Welt den Beginn eines neuen Jahres. Außerdem steht es für das Ende des Winters und begrüßt den Frühling. Dieses Fest ist eines der ältesten Feste der Menschheit. Laut UNO ist es ein Fest, das von mehreren Hundert Millionen Menschen seit Tausenden von Jahren in verschiedenen Regionen der Erde gefeiert wird. Sie sehen also, meine Damen und Herren, dass dieses Fest einen völlig unpolitischen Hintergrund hat.

In diesem Jahr ist das Fest durch die Einnahme des nordsyrischen Afrin durch die türkische Armee jedoch besonders brisant geworden. Dieser aggressive Akt Erdo#ans mit deutschen Waffen ist nur zu verurteilen.

(Beifall AfD)

Mit diesem Verhalten sollte sich ein EU-Beitritt der Türkei doch erledigt haben. In den letzten Tagen waren Zehntausende Kurden unter anderem in Berlin, Hannover und anderen Städten zu Demonstrationen gegen das türkische Vorgehen in den syrischen Kurdengebieten auf den Straßen Deutschlands, obwohl nach Artikel 8 des Grundgesetzes das Versammlungsrecht ein Bürgerrecht und kein Recht für jedermann ist. Die Kundgebungen in Hannover und anderen deutschen Städten standen unter dem Motto „Newroz heißt Widerstand – Widerstand heißt Afrin“. Damit sehen Sie selbst, meine Damen und Herren, dass dieses wunderschöne

(Abg. Rudy)

und traditionsreiche Fest zur Bühne eines Stellvertreterkriegs zwischen kurdischen und türkischen Aktivisten gemacht werden soll. Das lehnen wir als AfD-Fraktion vehement ab.

(Beifall AfD)

Weiterhin missbrauchen auch kurdische Kämpfer in Zusammenarbeit mit Linken unser Land als Rückzugsraum und verüben gezielt Anschläge auf türkische Einrichtungen, um es hinterher ab und zu ominösen rechten Gruppierungen anzulasten. Dem muss Einhalt geboten werden und deren Netzwerke müssen genauso schonungslos aufgeklärt werden wie die in Saalfeld von linken Aktivisten eingerichtete Bombenwerkstatt.

(Beifall AfD)

Thüringen und Deutschland dürfen kein Schlachtfeld für einen Stellvertreterkrieg zwischen Kurden und Türken werden. Hier muss die Landesregierung ihre Scheuklappen abnehmen und unnachgiebig und hart einschreiten. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordnete Henfling das Wort.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in Deutschland, nicht nur in unterschiedlichen Weltregionen, wird das Newroz-Fest der hier lebenden Kurdinnen und Kurden, Iranerinnen und Iraner, Aserbaidshanerinnen und Aserbaidshaner gefeiert. Das machen sie gemeinsam mit circa 300 Millionen Menschen weltweit. Das tun sie auf Grundlage der kurdischen Mythologie, in der das Newroz-Fest auf die Sage von Kawa zurückgeht, wo der Tyrann Dehak getötet und damit das kurdische Volk befreit wird. Ich glaube, das steht schon ein bisschen symbolhaft für das Leid und den Widerstand vieler Kurdinnen und Kurden im Nahen Osten dieser Tage.

Eine Fraktion, die, glaube ich, zu dem Thema hier definitiv schweigen sollte, ist die AfD-Fraktion. Denn während in Ost-Ghouta und Afrin Menschen bei Bombenangriffen sterben, haben diese Fraktion und ihre Funktionäre nichts Besseres zu tun, als sich dort mit einem Großmufti zu treffen und das Leid der Syrerinnen und Syrer, der Kurdinnen und Kurden in Syrien zu verharmlosen

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und so zu tun, als gebe es dort überhaupt kein Problem. Herr Rudy, Sie gehören ja auch zu der Fraktion, die der Meinung ist, dass Syrien befriedet ist. Ich glaube, das widerspricht den in den letzten Ta-

gen stattgefundenen Angriffen, insbesondere auf die Kurdinnen und Kurden dort vor Ort. Die Operation „Olivenzweig“, die die Türkei zurzeit gegen Afrin fährt, startete am 20. Januar, eine Offensive der türkischen Armee. Hunderte Zivilistinnen – circa 300 – sind überwiegend durch Luftangriffe zu Tode gekommen, über 600 Verletzte, und 150.000 Menschen sind in den letzten Tagen aus Afrin geflohen.

Es geht uns hier als Grüne-Fraktion nicht darum, Türkei-Bashing zu betreiben, aber es geht darum, klar aufzuzeigen, dass aus unserer Sicht hier völkerrechtswidrig gehandelt wird und dass die Türkei hier völkerrechtswidrig handelt, dass der Staat dort völkerrechtswidrig handelt. Dass die AfD natürlich gleich wieder ihre Islamophobie nach draußen holt und sagt, die Türkei darf jetzt auf gar keinen Fall mehr EU-Mitglied werden, hat ja nichts damit zu tun, dass sie völkerrechtswidrig handelt, sondern dass sie keinen Staat, der muslimisch geprägt ist, in der EU haben wollen. Das ist ja der entscheidende Punkt, da gibt es einen deutlichen Unterschied zu unseren Auffassungen an dieser Stelle.

Das Ziel der Kritik ist also nicht die Bevölkerung der Türkei, sondern natürlich die türkische Regierung und ihr militärisches Vorgehen, aber – und das hat der Kollege Dittes auch schon deutlich angesprochen – wir können nicht über Afrin und die Türkei sprechen, ohne auch über deutsche Waffenexporte zu sprechen. Um die Zahl noch mal zu vervollständigen: zwischen 2014 und 2017 lieferte die deutsche Rüstungsindustrie Waffen in einem Wert von 25,1 Milliarden Euro und damit lagen die Exporte um 21 Prozent höher als in den Jahren 2010 bis 2013. Unter den zehn größten Waffenkunden sind fünf weder Nato- noch EU-Mitglied und liegen in Spannungsgebieten. 60 Prozent der Genehmigungen für Rüstungsexporte gingen an diese Drittstaaten. Deutschland ist weltweit viertgrößter Rüstungsexporteur und die deutschen Rüstungsexporte gehen auch an Krisenstaaten, auch an Staaten, die in Kampfhandlungen in Syrien direkt oder indirekt involviert sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als Bündnis 90/Die Grünen sind wir schon immer der Auffassung, dass mehr Waffen für die Welt nicht mehr Sicherheit bedeuten, dass mehr Waffen

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

im Nahen Osten nicht mehr Sicherheit bedeuten und vor allen Dingen nicht mehr Frieden.

Die Frage des PKK-Verbots ist hier auch schon angesprochen worden. Ich glaube, die Diskussion zum PKK-Verbot ist eine abendfüllende Veranstaltung, aber lassen Sie mich doch auf einige Absurditäten in den letzten Wochen hinweisen, was die Symbolik der YPG angeht, auch das hat der Kollege Dittes hier schon verbal und nonverbal angesprochen. Die Überinterpretation des Verbots, das

(Abg. Henfling)

sich auf andere Symbole, Flaggen oder Banner von kurdischen Gruppierungen aus Syrien oder anderen Orten erstreckt, ist ein ernsthaftes Problem. Wie mehrere Berichte auch in den letzten Tagen gezeigt haben, werden auch Hausdurchsuchungen bei Personen durchgeführt, die unter anderem diverse Flaggen in sozialen Netzwerken, beispielsweise auf Facebook, geteilt haben. Die YPG spielt dort eine Rolle. Der Bayerische Rundfunk hat sich zum Beispiel dazu geäußert. Wie auch die Diskussion in den sozialen Medien unseres Ministerpräsidenten gezeigt hat, gibt es – aus unserer Sicht – hier eine wirklich verschobene Sicht und eine verschobene Ansage des Bundesinnenministeriums auf die Frage von Symbolen von Kurdinnen und Kurden. Aus unserer Sicht ist es auch eine Kriminalisierung der Kurdinnen und Kurden und auch eine Kriminalisierung des Newroz-Festes, weil hier durch das Bundesinnenministerium eine Verbindung hergestellt wird, indem gesagt wird, dass bei Newroz-Festen automatisch immer ein PKK-Bezug herzustellen ist und damit grundsätzlich Newroz-Feste unter einem Generalverdacht stehen. Das widerspricht aus unserer Sicht demokratischen Grundsätzen und das widerspricht auch der Versammlungsfreiheit in Deutschland, meine sehr geehrten Damen und Herren. In diesem Sinne stellen wir uns solidarisch auf die Seite der Kurdinnen und Kurden in Thüringen und wünschen morgen ein schönes Newroz-Fest. Newroz pîroz bel! Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Landesregierung hat Minister Prof. Hoff das Wort.

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, Sie haben es in den Medien verfolgen können, dass in Afrin in diesen Tagen eine Hoffnung auf Demokratie und Vielfalt in der Region unterzugehen droht. Es gab dort gute Anfänge von Demokratie, Gleichberechtigung, Religionsfreiheit und die Hoffnung auf eine sozialere Entwicklung. Es sind grauenvolle Nachrichten, die uns aus der Region Afrin erreichen – es ist von Abgeordneten hier im Landtag bereits darüber gesprochen worden: Tote, Verletzte, Vertriebene, die Terrorisierung der Zivilbevölkerung durch dschihadistische Milizen, Menschenrechte, die mit Füßen getreten werden, und eine katastrophale humanitäre Situation. Es sind Menschen auf der Flucht, es ist die kurdische, die sunnitische, die arabische, die alevitische, die turkmenische, die jesidische, die christliche Bevölke-

rung, die aus Afrin dieser Tage vertrieben wird und es ist unser deutscher Nato-Partner Türkei, der vor wenigen Wochen mit der sogenannten Operation Olivenzweig begonnen hat, das Gebiet rund um die kurdische Stadt Afrin im Norden Syriens militärisch zu besetzen und die dort bisher bestehende demokratische Selbstverwaltung, die sich über Jahre gegen den Terror des IS behaupten konnte, militärisch zu zerschlagen. Am vergangenen Wochenende haben türkische Truppen laut Berichten von Presse und Hilfsorganisationen im Verbund mit syrisch-dschihadistischen Alliierten die Kantonshauptstadt Afrin eingenommen. Es wurden die Zivilbevölkerung und ein Krankenhaus bombardiert, es gab Hunderte Tote und ungezählte Verletzte. Medienberichten zufolge sei es zu Plünderungen von Wohnhäusern und Geschäften durch die Eroberer gekommen, mindestens 150.000 Menschen sind auf der Flucht vor dem türkischen Militär und den von mir genannten dschihadistischen Milizen. Nach Angaben des Kurdischen Roten Halbmonds, die wir derzeit nicht nachprüfen können, sollen es bis zu 900.000 Menschen sein. Neben der kurdischen Bevölkerung leben im Kanton Afrin auch Angehörige der religiösen Minderheit der Jesiden. Sie haben an anderen Orten der Regionen bereits den islamistischen Wahnsinn mit tödlichen Konsequenzen erleiden müssen. Der Zentralrat der Jesiden in Deutschland äußerte die Befürchtung, dass die in Afrin ansässigen Jesiden von Gewalt und Vertreibung betroffen sein werden. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ war es, die am 19. März 2018 deutlich darauf hingewiesen hat, dass zu erwarten ist, dass sich die türkische Regierung mit der Besetzung Afrins nicht zufriedengeben wird, sondern es ein militärisches Interesse gibt, in weitere Regionen Kurdistans im Norden Syriens vorzudringen.

Es ist vom Abgeordneten Herrgott – und ich teile diese Auffassung – darauf hingewiesen worden, dass wir alle diplomatischen Bemühungen seitens der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch nehmen und auch aktiv unterstützen sollen, um diesem militärischen Konflikt ein schnelles Ende zu setzen. Es gibt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Diensts des Deutschen Bundestags, das dieser Tage – am 7. März 2018 – veröffentlicht worden ist, das zu dem Ergebnis kommt, dass die Türkei in ihrer Begründung für den Einmarsch – ich darf zitieren – „den konkreten Beweis für das Vorliegen eines als Selbstverteidigungsrecht auslösenden ‚bewaffneten Angriffs‘ schuldig“ bleibt. Die dargestellte Bedrohungssituation lasse sich, so der Wissenschaftliche Dienst, aufgrund der Faktenlage nicht erhärten. Die Türkei könne den überzeugenden Beweis dafür, dass sich die allgemeine Bedrohungssituation an der syrisch-türkischen Grenze zu einer konkreten Selbstverteidigungslage verdichtet hat, nicht antreten. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags bezweifelt deshalb die Verhältnismäßigkeit des türkischen Einmarschs in die

(Minister Prof. Dr. Hoff)

Region Afrin und er mahnte – ich zitiere erneut –: „Den NATO-Bündnispartnern würde es nun obliegen, das NATO-Mitglied Türkei zum Beispiel im Rahmen von NATO-Konsultationen nach Artikel 4 NATO-Vertrag aufzufordern, triftige Beweise für das Vorliegen einer Selbstverteidigungslage nach Artikel 51 VN-Charta beizubringen und von einer Weiterverfolgung der militärstrategischen Ziele in Nordsyrien Abstand zu nehmen. In diesem Zusammenhang könnte die Türkei an ihre Verpflichtungen aus Artikel 1 NATO-Vertrag erinnert werden, sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind.“ Diese Positionen teile ich vollumfänglich.

Gegen den Angriff auf Afrin haben die kurdischen Volksschutzeinheiten, wie sie sich nennen – abgekürzt YPG, so werden sie auch im öffentlichen Raum in der Regel bezeichnet –, die Bevölkerung verteidigt. Sie stehen in der Region für die Hoffnung auf eine friedliche Gesellschaft und auf Demokratie, auf Vielfalt und Gleichberechtigung und sie sind im Norden Syriens ein wichtiger Partner unseres NATO-Partners, den Vereinigten Staaten von Amerika, im Kampf gegen die Dschihadisten des islamistischen Staats.

Es ist zutreffend – darauf möchte ich eindrücklich hinweisen –, dass es ein Interesse der in Deutschland verbotenen PKK gibt, sich die Symbolik der YPG und anderer Gruppierungen zunutze zu machen, um den Kampf gegen das Verbot der PKK mit einer positiven Symbolik der YPG zu verknüpfen. Man kann diese Instrumentalisierung aber nicht denjenigen auflasten, die sich in der von mir hier dargestellten militärischen Auseinandersetzung dafür einsetzen, dass es eine friedliche Entwicklung in dieser Region gibt. In diesem Sinne haben jüngst auch Gerichte in München, Magdeburg und Aachen bestätigt, dass hinsichtlich des Verbots entsprechend der Fahnen Zurückhaltung und genaues Hinschauen angezeigt sind. Ich möchte aus diesem Grund aus einem Beschluss des Verwaltungsgerichts Magdeburg zitieren – mit Erlaubnis der Präsidentin –: Die zur Verwendung bei der Versammlung vorgesehenen Symbole – hier Fahnen der YPG bzw. der YPJ – sind entgegen der Annahme keine generell verbotenen und von den Straftatbeständen des § 21 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 Vereinsgesetz und des § 86 a Strafgesetzbuch erfassten Symbole oder Kennzeichen.

Das Bundesministerium des Innern hat im März 2017 klargestellt – und auch diese Klarstellung scheint mir hier in dieser Debatte im Hinblick auf das Newroz-Fest und den Umgang im öffentlichen Raum angezeigt –, dass die YPG und die YPJ nicht vom Vereinsverbot der PKK betroffen sind. Von einem Verbot der Symbole geht auch die Bundesregierung nicht aus, wie sie auch auf entsprechende Kleine Anfragen deutlich gemacht hat. Die Fahnen

der YPG und YPJ sind nicht schlechthin verboten, sondern nur insoweit, als sich die verbotene PKK derer ersatzweise bedient. Es wird im Weiteren ausgeführt, dass ein solcher Bezug zur PKK auch nicht aus einem Motto wie in einem Aufzug, beispielsweise „Solidarität für Afrin“, nachgewiesen werden kann, denn es ist darauf hinzuweisen, dass die YPG und YPJ wegen ihres Einsatzes im Kampf gegen den IS und für den Schutz der kurdischen Bevölkerung in Syrien geschätzt werden und diese Wertschätzung und Verbundenheit mit dem Tragen der Fahnen zum Ausdruck gebracht werden soll. Insofern ist hier tatsächlich genaues Hinschauen und Maß angesagt. Ich begrüße vor diesem Hintergrund auch, dass beispielsweise der Berliner Senat vor dem Newroz-Fest erklärt hat, dass er das Zeigen der Fahnen der YPG nicht verfolgen werde. Es ist von den Abgeordneten und insbesondere auch vom Abgeordneten Dittes – dessen Farbwahl ich begrüßenswert finde, wenn mir das vom Podium mal gestattet ist, weil ich ihn noch nie so leuchtend gesehen habe, was natürlich auch nur einen Teil der Qualität seines Redebeitrags ausmacht --- Viele Bürgerinnen und Bürger, die die aktuelle Entwicklung in der kurdischen Region Nordsyrien mit großer Sorge betrachten, möchten ihre Solidarität zum Ausdruck bringen – so wie ich es hier deutlich gemacht habe.

Es ist aber auch deutlich zu machen, dass das Newroz-Fest kein religiöses Fest, kein Fest nur eines Staates oder einer Ethnie ist. Das Newroz-Fest steht – wie hier schon von Abgeordneten unterschiedlicher Fraktionen dargestellt worden ist – für das Erblühen der Natur und hat seinen Ursprung als Fest zum Ende des Winters. Es wird in der gesamten Region gefeiert: von Menschen im Irak, im Iran, in Syrien, in der Türkei, in Kurdistan und über die Region hinaus. In diesem Jahr gibt es am Donnerstag auf dem Erfurter Domplatz eine Newroz-Kundgebung und am Mittwoch im Thüringer Landtag einen Newroz-Empfang, an dem der Thüringer Ministerpräsident für die Landesregierung teilnehmen wird. Im Jahre 2016 hat die Landesregierung in der Staatskanzlei selbst einen Empfang zum Newroz-Fest veranstaltet, im vergangenen Jahr hielt der Ministerpräsident aus diesem Anlass eine Rede im Festsaal des Hamburger Rathauses.

In einer globalisierten Welt können wir nicht so tun, als hätten Konflikte in anderen Teilen der Welt nichts mit uns zu tun – oder Menschen, die seit Langem hier leben oder arbeiten oder die hierher geflohen sind, weil sie Schutz vor Verfolgung und Krieg suchen. Wir haben heute als Landesregierung die entwicklungspolitischen Leitlinien beschlossen, die sich genau dieser Vernetzung und auch den Verpflichtungen in einer globalisierten Welt widmen, die Thüringen an dieser Stelle hat – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der entwick-

(Minister Prof. Dr. Hoff)

lungspolitischen Strategien der Bundesrepublik selbst.

Sehr geehrte Damen und Herren, am 9. März dieses Jahres äußerte sich der Ministerpräsident kritisch zu Operationen des NATO-Partners Türkei auf das kurdische Afrin. Er äußerte sich in diesem Zusammenhang auch hinsichtlich der Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten und Fraktionsvorsitzenden der Linken in der Hamburger Bürgerschaft Cansu Özdemir, da gegen sie ermittelt wird, weil sie in den sozialen Netzwerken ein Foto geteilt habe, auf dem eine vermeintliche oder möglicherweise tatsächlich verbotene kurdische Symbolik zu sehen sein soll. In Reaktion auf diese Wortmeldungen wurden der Ministerpräsident und seine Frau von türkischen Nationalisten beschimpft, beleidigt und sie wurden beide mit dem Tode bedroht. Ich hoffe, in Übereinstimmung mit Ihnen allen die Beleidigungen und Drohungen gegen den Ministerpräsidenten auf das Schärfste zu verurteilen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir dürfen diese Form der Auseinandersetzung nicht zulassen und wir müssen diese Drohungen und Beleidigungen juristisch ahnden.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hoffe, dass wir trotz der erschütternden Nachrichten aus der Region Afrin auch 2018 hier in Thüringen gemeinsam ein friedliches Newroz-Fest begehen werden – auch wenn verständlicherweise vielen Kurdinnen und Kurden in Deutschland nicht zum Feiern zumute ist vor dem Hintergrund der Ereignisse, die ich eingangs dargestellt habe. Die Landesregierung steht stets an der Seite derjenigen, die für Frieden und Demokratie eintreten. In diesem Sinne schließe ich mich den Glückwünschen zum Newroz-Fest an. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Ich schließe den zweiten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **dritten Teil**

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Armut nicht bagatellisieren – Sorgen der Menschen in Thüringen und Ostdeutschland ernst nehmen“

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/5437 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Abgeordneten Pelke, Fraktion der SPD, das Wort.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Zitat „Hartz IV bedeutet nicht Armut“ meldete sich vor zehn Tagen der jetzige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, CDU, zu Wort und drei Tage später kommentierte der neue Ostbeauftragte Christian Hirte, CDU, diese Aussage und formulierte wie folgt, ich zitiere: „Und dazu gehört natürlich auch der Anreiz, dass sich Arbeit lohnen muss. Für diejenigen, die das aus unterschiedlichsten Gründen nicht schaffen, ist mit Hartz IV ein soziales Auffangnetz eingezogen.“

Dass Herr Spahn sich im Ton vergreift, ist nichts Neues. Aber dass der Ostbeauftragte der Bundesregierung sich gleich zu Beginn unsolidarisch gegenüber den Ärmsten unserer Gesellschaft äußert, ist absolut enttäuschend.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von einem Ostbeauftragten, der lange für Thüringen Politik gemacht hat, erwarte ich einfach Engagement und auch ein Herz für den Osten, denn die Menschen hier sind besonders von Hartz IV betroffen. Ich habe ja Verständnis dafür, dass jemand, der neu im Amt ist, möglicherweise gleich in jedes Mikro beißen muss und sich äußert. Aber ich finde: Solche Äußerungen tragen zur Ausgrenzung von Menschen bei.

Wenn wir über Armut sprechen, dann heißt das, über Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu sprechen, denn es sind die Verhältnisse, die arm machen. Wir führen in diesem Haus die Debatte nicht zum ersten Mal. Auf Antrag der Koalition, „Armut bekämpfen – Armutsprävention stärken“, haben wir im Sozialausschuss dazu eine Anhörung von Expertinnen und Experten durchgeführt. Deshalb noch mal ganz kurz einige Fakten: Thüringen liegt mit einer Armutsquote von 18,9 Prozent über dem Bundesdurchschnitt, der bei 15,7 Prozent liegt. Laut der Parität leben mehr als 350.000 Menschen in Thüringen an bzw. unterhalb der Armutsgrenze und 50.000 Kinder und Jugendliche leben hier in Thüringen in Bedarfsgemeinschaften des SGB II. Armutserfahrungen: Aktuelle Studien belegen, dass insbesondere Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern davon betroffen sind und natürlich zunehmend auch die besonders belastete Gruppe der älteren Menschen aufgrund gebrochener Berufsbiografien, niedriger Löhne und des abgesenkten Rentenniveaus. Ich will an dieser Stelle deutlich machen: Hartz IV bedeutet für die Betroffenen eine Grundsicherung für das persönliche Existenzminimum und ist eine notwendige Leistung unseres Sozialstaats, ist aber als Grundsicherung weit davon entfernt, eine tatsächliche gesellschaftliche Teilhabe zu gewähren.

(Abg. Pelke)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bevor dann von der falschen Seite bei den Folgerednern wieder mit dem Finger auf mich und meine Partei gezeigt wird: Ja, die SPD wird immer verbunden sein mit der Agenda 2010 und der Einführung von Hartz IV, die die Grundsicherung auf ein Existenzminimum festgeschrieben hat. Dabei sind Fehler gemacht worden, die sich deutlich in den skizzierten Verhältnissen widerspiegeln. Das ist natürlich auch damals entschieden worden im Rahmen einer Arbeitslosenzahl von über 7 Prozent in der Bundesrepublik und hatte auch zur Folge, dass Rot-Grün seinerzeit auf Bundesebene nicht wiedergewählt worden ist.

Der Landesvorsitzende meiner Partei, Wolfgang Tiefensee, hat kürzlich dazu gesagt – ich zitiere –: „Wir Sozialdemokraten hätten einschreiten müssen bei den Fehlern dieser Reform. Wir sind lernfähig und das zeigen wir hier in unserer rot-rot-grünen Koalition.“ Ich will mich aber auch damit nicht abfinden und wir haben schon viele Änderungen in dem Bereich Hartz IV eingebracht, dass Menschen in Größenordnungen in unserem Land auf Almosen angewiesen sind. Ich sage das an dieser Stelle ganz deutlich. Ich sage, ich will nicht, dass Menschen angewiesen sind auf Tafeln und Sozialkaufhäuser. Das sind Helfer in der Not, aber, ich finde, sie sollen nicht zum Regelsystem der sozialen Sicherheit gehören.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will da nicht falsch verstanden werden. Die Tafeln in Thüringen leisten Hervorragendes. Das konnten wir jetzt auch wieder in der Zeitung nachlesen, Beispiel Ilmenau. Aber, wir wissen alle, dass diese ehrenvolle Arbeit in einem Spannungsverhältnis steht, das den engagierten Helferinnen und Helfern all die Widersprüche der Gesellschaft jeden Tag vor Augen führt. Es ist bewundernswert, was sie tun. Aber es ist eigentlich nicht ihre Aufgabe und – verdammt noch mal – wir überfordern damit auch das Ehrenamt. Das hat Essen ganz deutlich gezeigt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt eine sozialpolitische Herausforderung, dass Menschen nicht auf Zubrot angewiesen sind. Wir wollen uns deshalb verstärkt auf Mütter und Väter konzentrieren bei der Integration in Berufstätigkeit, Unterstützung von Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, Programme „TIZIAN“ und „Th.INKA“ seien genannt. Wir wollen den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt ausweiten, speziell für Alleinerziehende und Mütter mit Kindern. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf intensivieren, gerade mit unserem Landespro-

gramm zur Familienpolitik, Solidarisches Zusammenleben der Generationen. Wir wollen uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass jedes Kind die gleichen Möglichkeiten zur Teilhabe hat, unabhängig, wo es geboren und aufgewachsen ist, die Anrechnung des Kindergelds beim ALG II abgeschafft wird und das Kindergeld zu einer eigenständigen Kindergrundsicherung ausgebaut wird.

Ich komme zum Schluss: Ich kann nur hoffen, dass eine solche Debatte dazu beiträgt, dass wir demnächst bei der Betrachtung der sozialen Lage in diesem Land denen gerecht werden, die ihr Leben und das ihrer Familien tagtäglich meistern und die dabei mehr Sicherheit verdient haben. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Thamm, Fraktion der CDU, das Wort.

Abgeordneter Thamm, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, „Armut nicht bagatellisieren – Sorgen der Menschen in Thüringen und Ostdeutschland ernst nehmen“: Meine Damen und Herren der SPD, Sie möchten eine sachliche Debatte über die Situation der Leistungsempfänger nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch. Der Anstoß für diese Aktuelle Stunde ist – und da war unsere Vermutung richtig – in den Äußerungen des Bundesgesundheitsministers Spahn und des Beauftragten für die neuen Länder, Hirte, zu suchen. In den Äußerungen zu Hartz IV und anderen Leistungen zum Lebensunterhalt war die Wiedergabe durch die Medien nicht vollständig.

Sehr geehrte Kollegin Pelke, auch Sie haben nur einen Halbsatz aus diesem Zitat genommen. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, Herrn Spahn: „Die gesetzliche Grundsicherung wird mit großem Aufwand genau bemessen und regelmäßig angepasst. Hartz IV bedeutet nicht Armut, sondern ist die Antwort unserer Solidargemeinschaft auf Armut. Diese Grundsicherung ist eine aktive Armutsbekämpfung. Damit hat jeder das, was er zum Leben braucht. Mehr wäre immer besser, aber wir dürfen nicht vergessen, dass andere über ihre Steuern diese Leistungen bezahlen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir müssen dieses Zitat komplett betrachten und nicht nur über einen Satz oder einen Halbsatz. Aber eines steht doch fest: Die Bundesrepublik und deren politisch Verantwortliche setzen sich mit den Mitteln des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und den bestehenden Problemen immer wieder auseinander. Es ist unstrittig, dass jeder, der auf Hartz IV

(Abg. Thamm)

und andere unterstützende Leistungen angewiesen ist, einer zu viel ist und unsere gemeinsamen Anstrengungen darin liegen müssen, dies zu ändern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird daher nicht verwundern, wenn ich auf den vor gut einer Woche unterzeichneten Koalitionsvertrag hinweise. Dort sind Dinge vereinbart – das wissen die Kollegen von der SPD und alle anderen auch –, die dem entgegenwirken sollen und das, meine Damen und Herren, auch unter dem Blickwinkel der Thüringerinnen und Thüringer sowie der Menschen von Ostdeutschland insgesamt.

Ich möchte hier nur einige wenige Dinge nennen, die dort vereinbart sind: Die Stärkung des ländlichen Raums als ein wichtiger Aspekt in den meist ländlichen Strukturen der neuen Länder – ein Schwerpunkt im Koalitionsvertrag. Weitere Zuschüsse für die Kinderbetreuung, angefangen von der Unterstützung beim Bau von neuen Kitas über die Ganztagsbetreuung der Grundschule, die Digitalisierung in den Schulen in der Fläche und die Unterstützung der Kommunen bei der Sanierung weiterer Gebäude und deren Erhalt. Aber auch die Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitsuchenden innerhalb von drei Monaten nach Beginn der Arbeitslosigkeit ist ein wichtiger Schritt, um sie wieder in die Arbeit zu integrieren.

All das sind Schritte unter anderem für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit auch die Frauen und Väter und Mütter wieder in ihren Beruf zurückkehren können, denn nach wie vor ist gerecht und gut bezahlte Arbeit das Mittel gegen Armut.

Auch der soziale Wohnungsbau wird mit 4 Milliarden Euro gefördert, um Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu bekommen. Die privaten Hauslehaber werden mit einem Baukindergeld entlastet. Die Rente findet genauso ihren Niederschlag im Koalitionsvertrag mit der Zielsetzung, die Festsetzung der Beitragshöhe auf 20 Prozent maximal und die Rentenhöhe nicht unter 48 Prozent bis 2025 sinken zu lassen. Die Erweiterung der Mütterrente für alle Eltern, die vor 1992 drei und mehr Kinder erzogen haben, findet ebenfalls Berücksichtigung. Der Arbeitsmarkt wird mit dem Programm „Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle, bessere Förderung von Langzeitarbeitslosen“ mit insgesamt 4 Milliarden Euro gefördert. Damit wird auch denen eine zweite Chance gegeben, die aus den verschiedensten Gründen auf dem ersten Arbeitsmarkt momentan oder auch zukünftig keinen Zugang finden. Wichtig bei all diesen Maßnahmen muss sein, den Menschen eine Perspektive in der eigenen Verantwortung aufzuzeigen und zu ermöglichen, um Hartz IV und der Abhängigkeit von Sozialleistungen zu entkommen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es gibt genug sachliche und inhaltliche Ansätze und gute Vo-

raussetzungen für die kommenden Jahre, vielen einen besseren, guten Weg aufzuzeigen und bei der Suche nach Perspektiven für sich und ihre Familien zu helfen, um ein Leben in Abhängigkeit von Sozialleistungen zu vermeiden.

Aber kommen wir nach Thüringen zurück. Sie selbst haben mit dem Koalitionspartner bereits im November – Frau Pelke sagte es – den Antrag „Bekämpfung und Vermeidung von Armut“ eingereicht. Auch wenn wir dort viele Anzuhörende hatten, so haben wir doch erst dieses Jahr, nach über einem Jahr die Synopse zur Auswertung gekriegt. Lassen Sie uns doch erst einmal hier vor Ort aktiv werden und das tun, was in unserer Hand liegt, um die Situation unserer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, zu analysieren und auf einen besseren Weg zu bringen! Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Ich danke Ihnen. Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Herold, Fraktion der AfD, das Wort.

Abgeordnete Herold, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Besucher auf der Tribüne und Zuschauer im Internet! Nach der Steißgeburt Regierungsbildung, hauptursächlich zu verantworten durch die unqualifizierte Geburtshelferin Merkel, hat Deutschland seit sechs Tagen wieder eine Bundesregierung. Die Mitglieder dieser Bundesregierung zeichnen sich durch vielerlei Vorzüge aus, unter anderem durch Ahnungslosigkeit im Fachgebiet, für das sie in Zukunft als Minister Verantwortung tragen sollen.

(Beifall AfD)

Die engagiertesten unter ihnen sind in kurzer Zeit schon mit ausgereiften Formulierungen, unter anderem zum Thema „Armut“ öffentlich auffällig geworden. So ließ uns der frischgebackene Gesundheitsminister Spahn, überwiegend Berufspolitiker, wissen, Hartz IV bedeute nicht Armut. Angesichts seiner Biografie, die ihn fast lückenlos auf der Stufenleiter Kreißaal, Hörsaal, Plenarsaal bisher in Sphären aufsteigen ließ, die sehr weit weg sind von den in Deutschland häufigen, prekären Lebenslagen und immer häufiger auch Armut, kann ich ihm nicht nur mangelnde Lebenserfahrung und Empathie, sondern auch mangelnde intellektuelle Durchdringung der Materie attestieren.

(Beifall AfD)

Weitere Äußerungen des Herrn Minister zum Thema Arztbesuche oder Abtreibungen stützen diese These.

(Abg. Herold)

Wenden wir uns nun den Vertretern der SPD zu. Einer ihrer herausragenden Vertreter sagte im Jahr 2003 – zu einer Zeit, als die SPD solche noch vorzuweisen hatte: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“ Gerhard Schröder läutete damit den gesellschaftlichen Umgestaltungsprozess der sogenannten Agenda 2010 ein. Nun ist 2010 längst Geschichte, aber die Menschen in Deutschland und hier gerade vor allem diejenigen, die schon länger hier leben und auch weiterhin hier leben müssen, sollen sich mit den Folgen dieser gesellschaftlichen Umgestaltung arrangieren und damit überleben. Eine rot-grüne Bundesregierung hat damals die Zustände mit verursacht, die heute hier von der SPD lauthals beklagt werden.

(Beifall AfD)

Die Armen von heute sind die unfreiwilligen Teilnehmer eines großen Sozialexperiments sondergleichen. Die schöne neue Arbeitswelt, die Herr Schröder von der SPD damit ermöglicht hat, sieht in der Realität so aus, dass wir in Deutschland zwar circa 42 Millionen Beschäftigungsverhältnisse haben, bejubelt von den Altparteien, prekär für alle die, die versuchen, in Minijobs, als Aufstocker oder chronisch Unterbeschäftigte auf dieser doch so fantastischen Beschäftigungswelle zu surfen und irgendwie auf dem Brett zu bleiben. Die Begriffe in diesem Prozess sind entlarvend. Hieß es früher noch klar und deutlich „Arbeitsamt“, worin die beiden zuverlässigen deutschen Wörter Arbeit und Amt enthalten waren, derjenige also, der dorthin gehen musste, sich zum einen im Amt auf gründliche deutsche Bürokratie einrichten konnte und bei dem Wort Arbeit zumindest die berechtigte Hoffnung hegen konnte, dort zu finden, was er suchte, nämlich die Vermittlung in einen Arbeitsplatz. Heute heißt das „Jobcenter“. Ein Center ist um vieles verbindlicher als ein Amt und ein Job ist etwas ganz anderes als ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz. Und so finden wir in diesen 42 Millionen Beschäftigungsverhältnissen 2,76 Millionen sogenannte Nebenjobs, 7,5 Millionen geringfügig Beschäftigte, die 450 Euro oder weniger verdienen, und 32,6 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Aus dieser Zahl geht aber noch nicht hervor, wer von seiner Arbeit vollumfänglich und unabhängig von staatlichen Hilfen wirklich leben kann. Das ist die Arbeitswelt in Deutschland des Jahres 2018, in dem Land, in dem wir gut und gerne arbeiten.

(Beifall AfD)

Schauen wir uns die Sozialabgaben an, die vor allem bei den vielen Mindestlohnbeziehern auf jeden Fall zu hoch sind, stoßen wir auf eine weitere Quelle heutiger und zukünftiger Armut. Die Lohnnebenkosten in Deutschland sind entgegen allen bisheri-

gen politischen Versprechungen von etwa 34 Prozent im Jahr 1990 auf heute fast 40 Prozent angewachsen.

(Beifall AfD)

Der Staat, also die politischen Entscheidungsträger, sind ihrer Verantwortung gegenüber Arbeitnehmern und Arbeitgebern in keiner Weise gerecht geworden. Anhaltend niedrige Löhne im europäischen Vergleich sind eine Folge davon, Thüringen befindet sich deutschlandweit beim Lohnniveau in der Klasse der Schlusslichter. Armut findet sich oft im Kontext von Alleinstehenden mit Kindern. Allzu oft funktionieren diese Lebensentwürfe nur mit staatlicher Hilfe und sie sind unfreiwillig. Befragt man die Betroffenen, kämen sie nie auf die Idee, sich beim Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt nicht als arm zu bezeichnen. Ein beträchtlicher Teil derer, die mit Erreichen des Rentenalters die eingangs geschilderte prekäre Arbeitswelt verlassen, werden sich in der schon oft beschworenen Altersarmut wiederfinden. Allein mit sensiblen Argumentationen ist der geschilderten Ausgangslage zur Vermeidung von Armut nicht beizukommen. Wir von der AfD empfehlen, die vielfachen Ursachen von Armut ideologiefrei und unvoreingenommen zu betrachten und dementsprechend zu handeln.

(Beifall AfD)

Wir schlagen dazu unter anderem vor: einen wirkungsvollen Bürokratieabbau für Arbeitgeber, äußerste Zurückhaltung des Staates bei den Sozialabgaben auf Mindestlöhne, ein zukunftsfestes Rentenkonzept zur Eindämmung der Altersarmut, staatliche Hilfe bei der Stabilisierung von Familien, auch zur Vermeidung der weitverbreiteten Kinderarmut und vieles mehr. Es bedarf einer Generalrevision von Hartz IV, einer Offensive für Lohngerechtigkeit und Existenzsicherung. Wir von der AfD werden das angehen. Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Die Linke hat Abgeordnete Leukefeld jetzt das Wort.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Armut ist kein aktuelles Thema, was über uns hereingebrochen ist, sondern wir beschäftigen uns schon sehr lange damit. Es hat an Aktualität gewonnen durch eine erniedrigende und vor allen Dingen auch menschenmütigende Debatte, die jetzt in den letzten Tagen losgetreten wurde. Herr Thamm, lassen Sie mich das sagen: Das volle Zitat von Herrn Spahn macht es wirklich nicht besser – im Gegenteil, es zeigt eigentlich, wie völlig daneben dieser Minister ist.

(Abg. Leukefeld)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist hier schon gesagt worden, dass vor mittlerweile 15 Jahren, im Jahr 2003 mit der „Agenda 2010“ Hartz IV eingeführt wurde. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, das sage ich auch meiner Kollegin Pelke: Es erfüllt mich keineswegs mit Genugtuung, dass wir damals von Anfang an gesagt haben, dass Hartz IV Armut schafft. Deswegen erspare ich mir auch die Diskussion, wer es erfunden hat. Politischen Einsichten müssen aber politische Konsequenzen folgen. Meine Damen und Herren, das sehe ich im Moment bei dem, auch was heute dargelegt wurde, am Regierungsprogramm der GroKo nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Hartz IV ist der Grund, dass Menschen arm sind, die Regelsätze reichen einfach nicht aus. Es stimmt eben nicht, dass sie sozusagen Armut verhindern, dass es die untere Schiene ist. Sie werden ja künstlich kleingerechnet, weil zum Beispiel in die Statistik Niedriglöhne gar nicht einbezogen werden. So ist Hartz IV eine Rutsche in Armut, oftmals lebenslang, wenn es nicht besondere Förderung oder eben auch gute Arbeit gibt. Lebenslang heißt dann eben auch: Altersarmut inklusive.

Jens Spahn und auch Herr Hirte haben jetzt das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Äußerungen sind zynisch, anmaßend. Im Übrigen gibt es auch noch andere Äußerungen, aber die stehen heute nicht zur Diskussion. Ich halte es für gefährlich, so mit den Sorgen, Problemen und Gefühlen von Menschen zu spielen und zu zündeln. Das ist verantwortungslos.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch mal anmerken, was eigentlich Betroffene dazu sagen. Die sagen: Die Politiker halten Sonntagsreden. Der Spahn weiß gar nicht, was Armut ist. Man muss schon von der finanziellen Seite, also der Frage des Einkommens, das bei Armut fehlt, unterscheiden, dass Armut auch eine soziale, eine psychische, eine gesundheitliche, eine kulturelle Seite hat. Die macht es letztendlich in dieser Dimension besonders schwer, denn die bringt Hoffnungslosigkeit mit sich und irgendwann ein Sich-Abfinden und Sich-Einrichten. Wenn gerade in diesen Tagen Hartz-IV-Bezieher, bedürftige Menschen von Grippe betroffen sind oder vorbeugen wollen und in die Apotheke gehen, dann haben sie eben nicht das Rezept, sondern dann müssten sie einkaufen. Sie kennen vielleicht auch Menschen, die Angst haben, dass ihr klappriges Auto nicht mehr weiter mitmacht und dass sie es dann stehen lassen müssen, obwohl sie es dringend brauchen, um einen Minijob ausfüllen zu können.

Viele Empfänger von Hartz IV, von Arbeitslosengeld II sind auch gar nicht arbeitslos. Wir haben

auch in Thüringen 32.000 Aufstocker. Die Zahl ist runtergegangen, das ist richtig. 7.500 davon sind sogar in Vollzeit beschäftigt. Wir haben über 100.000 Minijobs und die machen arm trotz Arbeit. Wie Sie vielleicht in den letzten Tagen mitbekommen haben, gibt es eine Statistik, die sagt, dass in Deutschland das Armutsrisiko besonders hoch ist. Ja, was tun wir dagegen? Die Linke fordert eine armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung von 1.050 Euro und eine Kindergrundsicherung von 573 Euro. Wenn Sie mich fragen, wäre der erste Schritt gewesen, das Kindergeld für Hartz-IV-Bezieher nicht in Anrechnung zu bringen, sondern zusätzlich wie bei allen anderen Menschen draufzupacken.

(Beifall DIE LINKE)

Das wäre ein Schritt gewesen. Sie haben auch verwiesen – ich bin jetzt gleich am Ende – auf die Debatte, die wir hier sicherlich in Kürze weiterführen werden, denn wir haben ja den Armutsantrag, wir hatten die Anhörung, die 88 Seiten sind auszuwerten. Deswegen werden wir uns auch weiter mit dem Thema beschäftigen. Politisch und gesellschaftlich

Vizepräsidentin Jung:

Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

muss es ein Umsteuern geben im Interesse der Menschen. Dafür trägt Politik eine große Verantwortung. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Pfefferlein für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordnete Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Vielen Dank an die SPD-Fraktion, insbesondere an meine geschätzte Kollegin Birgit Pelke für diese Aktuelle Stunde, die ich sehr richtig finde. Ich kann Ihnen nur zustimmen, dass die Äußerungen vom neuen Gesundheitsminister Herrn Spahn – es wurde hier auch schon gesagt – zum Leben mit Hartz IV menschenverachtend sind. Herr Hirte, der neue Ostbeauftragte, macht es auch nicht besser. Er sagt nur, dass er es anders ausdrücken würde. Frau Leukefeld hat es eben auch schon gesagt: Selbst wenn man das Zitat bis zum Ende liest oder hört, das macht es unterm Strich kein Stück besser. Im Lichte der Regierungsbildung kann man dann nur sagen: Gute Nacht! Diese Arroganz und Überheblich-

(Abg. Pfefferlein)

keit, die da mitschwimmt, haben die Menschen in unserem Land einfach nicht verdient. Die Menschen erwarten von einer Regierung, dazu noch von einer neuen sozialdemokratisch-christsozial geprägten Regierung, Lösungen, die die Armut von Menschen verringern. Das muss auch dem Letzten in der CDU klar sein, dass die Hartz-IV-Sätze viel zu niedrig sind. Besonders bitter sind die Aussagen von Herrn Spahn und Herrn Hirte, wenn man sich vor Augen führt, dass allein 2,5 Millionen Kinder in Deutschland in Armut leben. Dazu gehören natürlich auch die Eltern, die arm sind. Dazu gehören die zahlreichen Menschen, die kein Hartz IV beziehen, weil sie sich schämen, aber trotzdem arm sind.

Die Regelsätze reichen aus unserer Sicht nicht aus. Als Maßstab der Berechnung gelten Niedrigverdiener, bessere Einkommen werden ausgeschlossen. Hinzu kommt, dass viele Dinge Hartz-IV-Empfänger nicht zugestanden werden, wie zum Beispiel Zimmerpflanzen oder Weihnachtsbäume. Die Caritas geht davon aus, dass der Regelsatz von derzeit 416 Euro für einen Erwachsenen mindestens 60 Euro höher liegen müsste. Sicherlich kann das, was man für den Regelsatz bekommt, je nach Region, in der man lebt, unterschiedlich sein. Aber tendenziell ist es viel zu niedrig. Uns ist besonders wichtig, dass gerade der Regelsatz für die Bedürfnisse von Kindern zu gering ist. 2,80 Euro für Essen am Tag ist viel zu wenig. Sie könnten jetzt sagen, ja, die Grünen haben mit der SPD zusammen Hartz IV beschlossen. Ja, das stimmt. Aber wir waren auch die Ersten, die deutliche Korrekturen an den Hartz-IV-Gesetzen gefordert haben. Das betrifft sowohl den Regelsatz also auch die Sanktionen, die besonders bei jungen Menschen oft eine Abwärtsspirale einleiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grünen glauben, dass Hartz IV überwunden und durch neue soziale Sicherungen ersetzt werden muss.

(Beifall DIE LINKE)

Hartz IV sichert aus unserer Sicht das Überleben, aber mehr auch nicht. Es ermöglicht keine gesunde Ernährung, keine Familienurlaube, keine Kinobesuche und damit auch keine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Es schließt aus und das, so scheint es zumindest, wollen Herr Spahn und Herr Hirte genau so. Wir brauchen einen ersten Schritt, eine eigenständige Kindergrundsicherung. Dafür haben wir auch auf Bundesebene schon gute Konzepte vorgelegt. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Landesregierung hat nun Ministerin Werner das Wort.

Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte daran erinnern, dass ich vor einem Jahr anlässlich des fünften Reichtums- und Armutsberichts der Bundesregierung hier eine Regierungserklärung zum Thema „Armut“ gehalten habe. Und ich möchte heute etwas wiederholen, was ich damals auch schon sehr deutlich gesagt habe: Wir haben in Thüringen eine positive Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, aber wir müssen uns auch verstärkt mit dem sehr realen Problem von Armut auseinandersetzen. Wir brauchen dafür gemeinsame politische Handlungsstrategien für Armutsprävention, aber auch für die Vermeidung, Verhinderung und Bekämpfung von Armut.

Warum ist das für Thüringen und für Ostdeutschland ein besonderes Thema? Und da möchte ich noch mal daran erinnern, dass hier viele Jahre Niedriglohn als ein sogenannter Standortfaktor propagiert wurde, mit den Ergebnissen, dass wir zunehmend von Altersarmut hier in Thüringen bedroht sind, dass wir vererbte Armut von Kindern haben, und das eben als Ergebnis von Niedriglohn, ein Ergebnis von Langzeitarbeitslosigkeit, aber eben auch ein Ergebnis von Hartz IV, ein besonderes ostdeutsches Problem. Angesichts der bedrückenden Lebensumstände vieler Menschen in Thüringen, insbesondere in Ostdeutschland, haben mich natürlich auch die Äußerungen von Herrn Spahn und dem neuen Ostbeauftragten Herrn Hirte zur Lebenssituation von Bezieherinnen und Beziehern von Leistungen der Grundsicherung sehr verwundert und eigentlich auch sehr verärgert. Das ist, glaube ich, sehr befremdlich, was dort geäußert wurde. Jetzt wurden schon einige Zahlen genannt, beispielsweise zur Armutsgefährdungsquote, Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland. Ich will es hier auch noch mal benennen: Derzeit sind in den alten Bundesländern 15 Prozent, in den neuen Bundesländern 18,4 Prozent der Menschen durch Armut gefährdet. Das bedeutet also für den Osten, dass hier fast jeder Fünfte monatlich von weniger als 970 Euro leben muss. Ich muss es auch sagen, einem Ostbeauftragten, der diese Realität ignoriert, mangelt es ganz offensichtlich an jeglichem Gespür für die Menschen in diesen Teilen der Republik.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wurde auch schon angesprochen, wir können nicht nur nach der materiellen Armut schauen, sondern wir müssen auch sehen, dass durch diese ge-

(Ministerin Werner)

ringen Einkünfte Menschen auch von kultureller und sozialer Teilhabe ausgeschlossen sind.

Zunächst vielleicht einige wenige Zahlen noch zur materiellen Armut: Durch eine EU-Erhebung wurde kürzlich noch einmal festgestellt, dass mehr als zwei Drittel der Armutsgefährdeten enorme Schwierigkeiten haben, wenn plötzlich größere Ausgaben anstehen. Mehr als der Hälfte der Armutsgefährdeten fehlt das Geld, um jährlich überhaupt eine Woche Urlaub außerhalb der eigenen vier Wände zu verbringen und es gibt natürlich Probleme, die Miete und Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu zahlen. Dieses Problem haben 14 Prozent der Armutsgefährdeten.

Natürlich betrifft das noch viel mehr die Menschen, die Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II sind. Der Regelsatz wurde schon benannt, 416 Euro, was daraus alles bestritten werden muss. Es ist sehr ärgerlich, dass trotz der Auflagen des Bundesverfassungsgerichtsurteils von 2010 jetzt beispielsweise – und Herr Thamm, das ist vielleicht auch für Sie wichtig zu wissen – Ausgaben für medizinische Versorgungsleistungen für Zahnersatz, Kinderbetreuungskosten außerhalb von Kitas, Ausgaben für Gartenpflege, Beiträge zur Haftpflichtversicherung oder Ausgaben für Gaststättenbesuche und Übernachtungskosten aus den ermittelten Bedarfspositionen herausgerechnet und vom Regelsatz abgezogen wurden. Es wurde gesagt, das wäre alles nicht notwendig für das Existenzminimum. Ich muss sagen, dass eine derartige pauschale Begründung der Streichungen nicht ansatzweise den Anforderungen und den Aufforderungen des Bundesverfassungsgerichts Genüge tut. Die Kürzungen betreffen zum großen Teil den Bereich der sozialen Teilhabe und sie gehören damit nach meiner Auffassung auch zum soziokulturellen Existenzminimum.

Und deswegen haben – und da gebe ich den Sozialverbänden recht – sich kürzlich 30 Sozialverbände zu Wort gemeldet. Sie haben eine Erhöhung des Regelsatzes um 30 Prozent gefordert. Dass der Ostbeauftragte dieser Forderung der Sozialverbände zur Anhebung des Regelsatzes sofort eine Abfuhr erteilt hat, ist aus meiner Sicht im wahrsten Sinne ein Armutszeugnis.

(Beifall SPD)

Es wurde schon gesagt, was diese geringen Leistungen nach dem SGB II für Entbehrungen für die Menschen bedeuten. Das eine sind eben die materiellen Entbehrungen, aber das andere ist auch, was es bedeutet, von kultureller und sozialer Teilhabe ausgeschlossen zu sein. Hier will ich das Thema „Vererbte Armut“ an Kinder noch mal hervorheben. Wir wissen, dass Kinder, die in Armut leben, viel schwieriger aus der Armut herauskommen können. Die Bertelsmann Stiftung hat dazu kürzlich eine Studie verfasst, in der sie sagt: Kinder – einmal

arm, immer arm. Nur wenige können sich aus der Armut befreien. Die Bertelsmann Stiftung hat also der neuen Bundesregierung in der Familien- und Sozialpolitik aufgegeben, hier die Vererbung der Armut zu durchbrechen. Ich glaube, dass da sehr viele Aufgaben zu leisten sind, um dieser Vererbung von Armut tatsächlich etwas entgegenzusetzen.

Hinzu kommt, dass die kulturelle Armut, also beispielsweise keinen Computer zu haben, kein eigenes Kinderzimmer zu haben, keine Zeitung lesen zu können, weil sie im Haushalt vielleicht nicht vorhanden ist, nicht auf Klassenfahrten gehen zu können, auch Auswirkungen auf Bildungsbiografien hat. Auch das wissen wir, dass in Deutschland Bildungsaufstieg sehr stark davon abhängig ist, ob man sozial benachteiligt ist oder nicht. Und auch hier prägen wir sozusagen Bildungsbiografien von Kindern und Jugendlichen, wenn wir es nicht endlich schaffen, diese Armutsbiografien tatsächlich zu durchbrechen.

Die Landesregierung will jetzt hier natürlich nicht nur auf den Bund schauen, sondern wir als Landesregierung sind uns der Tragweite von Armut bewusst. Wir haben uns im Koalitionsvertrag der Aufgabe gestellt, für mehr soziale Gerechtigkeit anzutreten. Armutsbekämpfung, Armutsprävention sind Schwerpunkte unseres Koalitionsvertrags. Wir setzen uns natürlich auf Bundesebene ein, um dort Änderungen zu erreichen. Beispielsweise haben wir Lösungen zur Erhöhung des Regelsatzes, zur Abschaffung von Sanktionen, zur Einführung einer Kindergrundsicherung gefordert. Aber natürlich haben wir auch auf Landesebene eigene Dinge initiiert, um Kinder und Jugendliche, aber auch Familien aus der Armut herauszuholen. Ich will die Armutspräventionsrichtlinie nennen, unser Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“, dann „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit“. Auch das sind Möglichkeiten, Menschen hier den Weg aus der Armut zu ermöglichen.

Ich will noch als Letztes auf unser Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ hinweisen. Da geht es ganz explizit darum, Menschen, Familien Teilhabe zu sichern, entsprechende Infrastruktur auch zur Verfügung zu stellen. Wir hoffen, dass wir durch diese Initiative – natürlich auch durch andere Dinge, die wir ressortübergreifend aufgenommen haben – hier den Menschen Wege aus der Armut eröffnen.

Ich möchte mich noch mal ganz zum Schluss bei der SPD für diese aktuelle Debatte bedanken und will auch noch mal sagen, dass es gut ist, dass es eine Klarstellung zum Thema gegeben hat. Ich bin auch skeptisch, ob wirklich auf Bundesebene so viele neue Dinge erreicht werden können, aber ich bin mir ganz sicher, dass wir gemeinsam hier als rot-rot-grüne Regierung in Thüringen alles dafür tun

(Ministerin Werner)

werden, Armut zu durchbrechen. Deswegen herzlichen Dank dafür.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit schließe ich den dritten Teil und rufe auf den **vierten Teil**

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Thüringer Behörden und deren Bedienstete effektiv vor Reichsbürgern schützen“

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/5441 -

Herr Walk, möchten Sie die Rede von Herrn Fiedler übernehmen? Sehr schön, Herr Walk, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Walk, CDU:

Besten Dank, Herr Präsident. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion hat sich für diese Aktuelle Stunde entschieden, da die jüngsten Medienberichte nach unserer Auffassung mehr als nur den Anlass dazu geben, sich hier im Parlament mit diesem Themenkomplex einmal näher auseinanderzusetzen.

Der Thüringer Verfassungsschutz schätzt, dass es rund 1.000 dieser sogenannten Reichsbürger im Freistaat gibt. Im Jahr 2016 zählte der Verfassungsschutz noch circa 550 Personen zu diesem Phänomenbereich. Das heißt, wir haben binnen eines Jahres fast eine Verdopplung zu verzeichnen und die Tendenz wird nach meiner Einschätzung eher steigend als abnehmend sein. Und genau hier liegt auch das Problem: Je mehr Reichsbürger wir in Deutschland und in Thüringen zu verzeichnen haben, umso mehr laufen wir auch Gefahr, dass unsere Behörden und deren Bedienstete in den Fokus dieser Menschen geraten. Ganz egal, welche vermeintliche Legitimation diese Menschen für sich und ihr groteskes Handeln heranziehen: Die Folgen sind zum Teil verheerend und können für uns alle spürbar werden. So treiben die Menschen vor allem bei Polizei und Justiz ihr Unwesen, indem sie mit unzähligen und vor allem umfangreichen Schreiben die ohnehin schon knappen Personalressourcen in unseren Behörden zeitlich binden oder die Bediensteten mit perfiden Forderungen terrorisieren oder gar deren persönliche Integrität bedrohen. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann sich jeder von uns vorstellen, dass ein solches Verhalten für die betroffenen Mitarbeiter in unseren Behörden nur schwer erträglich ist und sogar zu psychischen

Beeinträchtigungen, Beschwerden oder Angstzuständen führen kann und auch schon geführt hat. Hier gilt es in erster Linie, die Mitarbeiter zu schützen – und zwar sowohl präventiv, zum Beispiel durch Aufklärung, als auch im Fall von Konfrontationen durch entsprechende Hilfsangebote und Unterstützung. Ich weiß, dass der Verfassungsschutz in diesem Bereich bereits mit Vorträgen und Informationsbroschüren bzw. mit Flyern aktiv geworden ist. Allerdings kann diese Aufgabe nicht allein durch das Amt geschultert werden. Hier gilt es, behördenübergreifend aktiv zu werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wozu diese Menschen mitunter in der Lage sind, dürfte uns allen noch in Erinnerung sein, wenn ich an die Ereignisse im Oktober 2016 in Mittelfranken denke. Damals hatte ein Reichsbürger auf vier Polizisten geschossen, wovon einer seinen Verletzungen später erlag. Und da sehe ich ein weiteres, wenn nicht sogar das Hauptproblem im Hinblick auf die Reichsbürger: der Besitz von Waffen. Rund 10 Prozent – etwa 100 Personen, die dem Phänomenbereich der Reichsbürger zugeordnet werden – sind im Besitz von legalen Waffen, von den illegalen hier noch gar nicht zu reden. Mit dem Thema hatten wir uns zwar im Innenausschuss bereits vor Monaten beschäftigt und insbesondere die Frage der Entwaffnung dieser Personen erörtert, gleichwohl ist das Problem weiter virulent und darf keinesfalls ad acta gelegt werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Man kann diese Personen als realitätsferne Spinner abtun oder einfach nur belächeln. Aber meines Erachtens wird das weder dem Gefahrenpotenzial noch den Leid tragenden Bediensteten unserer Behörden gerecht. Deshalb sind nach Auffassung meiner Fraktion in erster Linie die Sicherheitsbehörden und insbesondere der Verfassungsschutz personell zu verstärken sowie Konzepte für den behördeninternen Umgang mit Reichsbürgern zu erarbeiten. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Walk, für diesen spontanen Beitrag. Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Scheerschmidt für die SPD.

Abgeordnete Scheerschmidt, SPD:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete – Thüringer Behörden und deren Bedienstete effektiv vor Reichsbürgern schützen. Zunächst vielen Dank an die CDU-Fraktion für die Einreichung dieser Aktuellen Stunde. Sie bietet uns Gelegenheit, dem Plenum noch einmal ausführlich darzulegen, welche Maßnahmen die rot-rot-

(Abg. Scheerschmidt)

grüne Landesregierung und die sie tragende Koalition ergriffen haben, um die Bediensteten des Freistaats vor sogenannten Reichsbürgern zu schützen.

Das Thema „Reichsbürger“ war in dieser Legislaturperiode Gegenstand diverser Kleiner Anfragen und auch parlamentarischer Beratungen. Auf Antrag der Landesregierung – Sie werden sich sicherlich noch erinnern – hatte sich der Innen- und Kommunalausschuss bereits im November 2016 intensiv mit dieser Thematik befasst und hat sich auch fortlaufend von der Landesregierung hierzu berichten lassen. Die Landesregierung hat dabei deutlich gemacht, dass sie dem Schutz gerade der Bediensteten von Kommunen, Polizei und Staatsanwaltschaft einen hohen Stellenwert einräumt und zu diesem Zweck bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen hat.

Zur Reichsbürgerbewegung zählt auch eine Vielzahl unterschiedlicher Einzelaktivisten, von denen ebenso unterschiedliche Aktivitäten und Gefahren ausgehen. Um die Bediensteten des Landes und auch zunehmend der Kommunen effektiv – wie es in der Aktuellen Stunde heißt – vor Reichsbürgern zu schützen, müssen deshalb auch verschiedene Maßnahmen gebündelt werden, um adäquat auf dieses Phänomen „Reichsbürger“ zu reagieren. Das erste und wohl das gravierendste Problem ist der legale Waffenbesitz in der Reichsbürgerszene. Der tragische Tod – Herr Walk sagte es bereits – eines Polizisten schockierte damals bundesweit und lenkte auch erstmals intensiv den Blick der Öffentlichkeit auf dieses zunehmend enorme Gefährdungspotenzial, das von dieser Reichsbürgerszene ausgeht. Neben einer guten Ausrüstung der Polizei, die Rot-Rot-Grün auch in dieser Legislaturperiode kontinuierlich verbessert hat, müssen Personen konsequent entwaffnet werden, die dieser Reichsbürgerbewegung zuzurechnen sind.

Bereits im Dezember 2017 hat die Landesregierung ausführlich im Innen- und Kommunalausschuss berichtet, dass die Thüringer Waffenbehörde bislang die waffenrechtliche Erlaubnis von 19 Personen, die dieser Reichsbürgerklientel zuzuordnen sind, widerrufen hat. In weiteren acht Fällen wurden Anträge auf waffenrechtliche Erlaubnis von der Waffenbehörde abgelehnt. Diese Prüftätigkeit der Waffenbehörde wird durch das Innenministerium natürlich auch weiterhin unterstützt.

Der zweite Problemkreis ist die sogenannte Malta-Masche, bei der Reichsbürger gerade gegenüber den Bediensteten der Verwaltungen unberechtigte Forderungen erheben – teilweise gehen die in die Millionenhöhe – und versuchen, durch ausländische Vollstreckungstitel hier beizutreiben. Um die Bediensteten des Landes vor solchen ungerechtfertigten Forderungen zu schützen, hat die Landesregierung die Verwaltungsvorschrift über den Rechtsschutz für Bedienstete des Freistaats Thüringen der

Reichsbürgerproblematik angepasst. Die Verwaltungsvorschrift ermöglicht nun eine finanzielle Unterstützung für den erforderlichen Rechtsschutz von Landesbediensteten, die Einschüchterungen, Angriffen oder fiktiven Forderungen von Reichsbürgern ausgesetzt sind.

Das dritte Problem ist, dass Reichsbürger mitunter Verwaltungen mittlerweile mit Hunderten seitenlangen Anträgen und Eingaben überfluten und hier teilweise Kommunikationsmedien förmlich blockieren und Arbeitskapazitäten unnötig beanspruchen. Um diesem Problem zu begegnen, hat die Landesregierung im Landesverwaltungsamt nunmehr die Zentrale Informationsstelle zur Unterstützung der Kommunen eingerichtet. Ich muss sagen, dass das auch von den Kommunen sehr befürwortet wird, dass man jetzt dort dieses Bindeglied zwischen Landes- und Kommunalverwaltung hat. Die Bediensteten der Kommunen finden hier Ansprechpartner zur Vorgehensweise im Umgang mit Reichsbürgern. Auf diese Art und Weise wird vor allem auch sichergestellt, dass hier ein einheitliches und vor allem auch ein rechtssicheres Vorgehen der Kommunalverwaltungen gerade im Umgang mit diesen Reichsbürgern sichergestellt ist.

Des Weiteren hat die Landesregierung ...

Präsident Carius:

Ihre Redezeit ist dem Ende nah bzw. jetzt schon beendet.

Abgeordnete Scheerschmidt, SPD:

Gut. Im Ergebnis all dessen – auch die Verwaltungskostenordnung wurde entsprechend geändert – lässt sich feststellen, dass die Landesregierung und die Koalition umfangreiche Maßnahmen ergriffen haben ...

Präsident Carius:

Draußen sitzen schon Leute am Klavier. Ich muss Sie darauf hinweisen, dass die Redezeit jetzt wirklich beendet ist.

Abgeordnete Scheerschmidt, SPD:

Gut, dann bedanke ich mich recht herzlich.

(Beifall SPD)

Präsident Carius:

Danke, Frau Scheerschmidt. Als Nächster hat Abgeordneter Adams für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident, wenn Sie schon auf das Klavier hinweisen, dann kann ich eigentlich nur mit dem Evergreen antworten: „Geb'n se dem Mann am Klavier noch 'en Bier“. Vielleicht ist das ja möglich hier im Thüringer Landtag?

Präsident Carius:

Aber nicht, dass wir jetzt im Plenum damit anfangen.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nein, wir im Plenum dürfen und wollen das natürlich nicht. Wir wollen uns über ein durchaus ernstes Thema unterhalten, das die CDU-Fraktion hier aufgerufen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Reichsbürgerinnen und Reichsbürger machen den Behörden viele Probleme. Ich will versuchen, das ganz kurz ein wenig zu erläutern – ich glaube, das ist heute auch schon deutlich geworden: Auf den ersten Blick wirkt das immer ein wenig witzig, kann aber zu tödlichem Ernst werden. Ich will aber – um das nicht zu verheimlichen – auch noch mal aus einem Spiegel-Online-Interview zitieren. Spiegel-Online interviewte einen Menschen, der undercover bei Reichsbürgern gelebt hat und der hat dort darüber berichtet, wofür sich Reichsbürger so interessieren. Er sagte hier im Interview, ich zitiere: „[Er] zieht eine dicke Kladde vom Tischende zu sich und präsentiert seine Mitbringsel aus dem ‚Reich‘: eine Preisliste über esoterische ‚Reichsbürgergeräte‘ wie das ‚Diadens PCM 6‘ für 449 Euro, einen Apparat zur ‚dynamischen elektrischen neuronalen Stimulation‘. Eine Einladung zum Salzburger ‚Toruskongress‘ mit Themen wie ‚Marsverschwörung‘, ‚Elfengesang mit Harfe‘, ‚Geheime Weltraumverteidigung‘.“ usw., usw.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was so witzig daherkommt, kann und ist für einen Polizisten in Bayern zu tödlichem Ernst geworden. Deshalb ist dieses Thema der Reichsbürgerinnen und Reichsbürger – insbesondere wenn sie bewaffnet sind – ein sehr wichtiges Thema und es ist richtig, dass wir uns dem widmen. Auch in Thüringen kam es zum Beispiel vor einigen Monaten zu einem Vorfall: Als die Thüringer Polizei einen Reichsbürger festnehmen wollte, wehrte sich dieser so massiv, dass die Beamten, die die Festnahme durchführen wollten, erheblich verletzt wurden.

Wir können also nicht wegschauen, wir müssen uns diesem Phänomen immer wieder widmen – und die Landesregierung hat das auch getan, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie hat eine Informa-

tionsstelle für Bedienstete eingerichtet – insbesondere in der Polizei, an den Gerichten, auf der Landesebene, aber auch in den Kommunen –, um Hilfe zu leisten, insbesondere wenn die Beamtinnen und Beamten oder Angestellten unserer Verwaltung mit der sogenannten Malta-Masche bedroht werden. Kollegin Scheerschmidt hat gerade eben schon ausgeführt, worin diese wirklich tückische Anwendung der Malta-Masche besteht, worin die Bedrohung unseres Personals in der Landesverwaltung besteht, deshalb darf ich mir das sparen. Wichtig ist, eines sehr deutlich zu sagen: dass der Landtag, aber auch die Landesregierung und jeder Behördenvertreter an der Seite der Angestellten und Beamten steht, die von Reichsbürgern in dieser Art und Weise bedroht werden. Das muss auch das Ergebnis und die klare Aussage hier in der Aktuellen Stunde sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wichtig ist, dass wir nicht aufhören, uns mit dem Phänomen zu befassen, dass wir nicht aufhören, genau hinzusehen, was dort passiert, dass wir Obacht geben, dass wir der Waffen Herr werden, die in diesem Bereich geführt werden. Das dürfen wir nicht auf die leichte Schulter nehmen. Dann glaube ich, dass wir gemeinsam mit unseren Sicherheitsbehörden mit viel Aufklärung und Rückenstärken unserer Angestellten und Beamten im Landes- und Kommunaldienst auch einen wirkungsvollen Schutzmechanismus gegen Reichsbürger bewirken können. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Als Nächste hat Abgeordnete König-Preuss für die Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordnete König-Preuss, DIE LINKE:

Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen bis zur CDU-Fraktion, es geht heute hier um eine Aktuelle Stunde – eingereicht von der CDU –, in der es heißt: „Thüringer Behörden und deren Bedienstete effektiv vor Reichsbürgern schützen.“ Was mich ein bisschen irritiert: Warum Aktuelle Stunde? Weil es rein faktisch auch in dem Vortrag von Herrn Walk hier keine wirklich neuen Informationen gegeben hat und auch nicht den Verweis auf neueste Medienberichte, die es gegeben hätte, ebenso wenig den Verweis darauf, was in den letzten Jahren passiert wäre.

Worauf ich hinaus will: Wir haben unter anderem im Jahr 2016, aber auch sehr ausführlich im Jahr 2017 im Innenausschuss vom Innenministerium über Reichsbürger und deren Wachsen in Thüringen informieren lassen. Im März 2017 gab es bereits die entsprechenden Veröffentlichungen – unter ande-

(Abg. König-Preuss)

rem von mir –, in denen darauf hingewiesen wurde, dass es in Thüringen bis zu 1.000 Reichsbürger gibt. Von daher frage ich mich: Was ist jetzt der Mehrwert, die neue Information, die Herr Walk hier geltend macht? Was fordert er eigentlich, was nicht schon längst durch das Innenministerium bzw. durch die Thüringer Landesregierung getan wird?

Ich will an dieser Stelle darauf hinweisen, dass sowohl die Information über die 10-prozentige Bewaffnung der Reichsbürger als auch die Information über das Wachsen der Reichsbürgerbewegung am Ende nur darauf zurückgehen, dass das Innenministerium hier sehr aktiv ist und sehr sensibel reagiert. Um mal den Vergleich aufzumachen: Im Jahr 2013 – da war, glaube ich, das Innenministerium noch von der CDU besetzt, in Person des damaligen Innenministers Herrn Geibert – tauchten die Reichsbürger nicht einmal im Verfassungsschutzbericht Thüringens auf.

(Zwischenruf Abg. Walk, CDU: Das war damals auch noch kein Thema!)

Im Jahr 2012 und 2011 wurden sie mit drei kleineren Absätzen dort mal am Rande mehr oder weniger erwähnt. Das heißt, es gab überhaupt keine Sensibilität. Das Wachsen der Reichsbürgerbewegung, so wie es von Ihnen hier auch dargestellt wurde, mag auf den ersten Blick schlimm sein. Aber ehrlich gesagt, ist es gut, weil das nämlich dafür spricht, dass zurzeit sehr sensibel auf diese Bewegung geschaut wird und auch sehr sensibel eingeordnet wird, wer denn alles zur Reichsbürgerbewegung gehört, wie die unterschiedlichen Gruppen sind, wie die einzuordnen sind. Das geschieht, seitdem Rot-Rot-Grün hier einen Fokus darauf gelegt hat. Da würde ich Sie darum bitten, an der Stelle auch mal ein Stück ehrlich zu bleiben und auch klarer festzuhalten, was durch Rot-Rot-Grün alles bereits gemacht wurde.

Reichsbürger sind keine bedeutungslosen Spinner, die einfach nur die Existenz Deutschlands verleugnen, sondern sie sind in großen Teilen sehr eng vernetzt mit der extremen rechten Szene, hier in Thüringen beispielsweise mit „Thügida“, was ja allen noch eine Begrifflichkeit sein müsste, welche Personen der Neonaziszene dort unter anderem in Führungspositionen unterwegs sind. Sie vertreten in den meisten Fällen ein enorm revisionistisches Weltbild. Dazu kommen dann die von Polizei und Justiz erfassten Verstöße, seien es die Verstöße gegen das Waffengesetz, seien es Urkundenfälschungen, seien es Nötigungen usw., usf. Genau um darauf zu reagieren, hat unter anderem die Landesregierung im vergangenen Jahr, nämlich im April 2017, die Zentrale Informationsstelle zum Thema „Reichsbürger“ im Thüringer Landesverwaltungsamt eingerichtet, damit für Polizeibeamte, Behörden, Ordnungsämter – beispielsweise –, aber ebenso auch für Kommunen eine Anlaufstelle vor-

handen ist, wo sie Informationen erhalten zu a) was können sie machen, b) wie können sie damit umgehen c) welche Möglichkeiten gibt es. Hier zu fordern, dass es ein Verbot, einen Entzug der Waffen und der legalen Waffenscheine geben soll – ja, natürlich, Herr Walk. Aber an der Stelle sollten Sie auch ehrlich sein und die Informationen, die uns im Innenausschuss unter anderem zur Verfügung gestellt wurden, hier erwähnen, nämlich dass die Thüringer Landesregierung sehr aktiv probiert und versucht, bei denjenigen, denen a) nachweisbar ist, dass sie Reichsbürger sind, b) die eine legale Waffenbescheinigung haben, die Waffen und auch die Waffenberechtigungsscheine zu entziehen. Problematisch ist es allerdings, wenn dann seitens der Justiz genau dieses wieder zurückgenommen wird. Wir haben hier in Thüringen die Fälle, wo die Waffenscheine und damit verbunden dann am Ende auch die Waffen wieder zurückgegeben wurden.

(Zwischenruf Abg. Walk, CDU: Das war vor drei Jahren!)

Es wird sich übrigens auch im Bundesrat dafür eingesetzt. Es wird sich dafür von Thüringen eingesetzt, dass man da eine klare Kante zeigt, dass nicht nur Reichsbürgern, sondern auch Neonazis die Waffen entzogen werden, dass sie keinerlei Anspruch mehr darauf haben, Waffen zu besitzen. Und, Herr Walk, an der Stelle ist es einfach nicht fair, sich hier hinzustellen und so zu tun, als ob von Thüringen aus nichts stattfinden würde oder viel zu wenig stattfinden würde. Um es mal auf den Punkt zu bringen: Von Thüringen aus gibt es eine sehr klare Position, eine sehr klare Haltung, nicht nur gegen Reichsbürger, sondern auch gegen Neonazis, und die endet nicht bei Waffen, sondern die geht über den Besitz von Waffen hinaus, um auch diejenigen in den Behörden zu schützen, die dort den Angriffen ausgesetzt sind. An der Stelle will ich nur darauf verweisen, was Kollegin Scheerschmidt gesagt hat, nämlich, dass es seit Oktober 2017 den verbesserten Rechtsschutz für Bedienstete des Freistaats gibt, um diese vor der Malta-Masche zu schützen.

Am Ende sei nur eins gesagt: Aktuelle Stunden gern, aber dann bringen Sie bitte auch neue Informationen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen von Kollegen Abgeordneten, sodass ich jetzt dem Innenminister, Herrn Georg Maier, das Wort für die Landesregierung erteile.

Maier, Minister für Inneres und Kommunales:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, auch ich möchte die Aktuelle Stunde zum Anlass nehmen, um Sie über die vielfältigen Maßnahmen der Landesregierung zum Schutz der Beschäftigten des Landes im Umgang mit sogenannten Reichsbürgern zu informieren. Ich spare mir jetzt weitere Ausführungen zu den Reichsbürgern, die hier schon mehrfach erfolgt sind, und beschränke mich auf die Maßnahmen, die, wie gesagt, zum Schutz eingeleitet wurden.

Bereits im vergangenen Jahr, also 2017, wurde im Thüringer Landesverwaltungsamt eine Zentrale Informationsstelle zum Thema „Reichsbürger“ eingerichtet. Sie dient als Bindeglied zwischen der Landes- und Kommunalverwaltung. Sie hat die Aufgabe, die vorhandenen Informationen zum Thema „Reichsbürger“ aus den Bereichen der Thüringer Landes- und Kommunalverwaltung zusammenzuführen und den Bediensteten zugänglich zu machen. Die Zentralstelle hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Kontaktdaten wie E-Mail-Adresse usw., Telefonhotline wurden insbesondere den Kommunalverwaltungen und den Spitzenverbänden schon im September 2017 bekanntgegeben. Darüber hinaus planen wir kurzfristig die Einrichtung einer technischen Plattform für diese zentrale Informationsstelle. Darüber hinaus hat das Thüringer Innenministerium die Verwaltungsvorschrift über den Rechtsschutz für Bedienstete des Freistaats Thüringen überarbeitet. Die Neufassung ist am 6. November 2017 in Kraft getreten. Damit unterstützt der Freistaat Thüringen Bedienstete im Hinblick auf die Kosten der Rechtsverteidigung oder Rechtsverfolgung.

Darüber hinaus wurden auf Landesebene Schutzmaßnahmen vor der sogenannten, heute auch schon mehrfach erwähnten, Malta-Masche ergriffen. Mit dieser haben sogenannte Reichsbürger in der Vergangenheit versucht, fiktive Forderungen gegen Verwaltungsbedienstete durchzusetzen. Die Malta-Masche hat inzwischen keine Bedeutung mehr. Insofern waren unsere Maßnahmen erfolgreich. Das liegt zudem auch daran, dass das Thüringer Justizministerium einer Ausführung maltesischer Vollstreckungstitel vorgebeugt hat. Thüringer Gerichte wurden aufgefordert, eingehende Zustellungs- oder Vollstreckungsersuchen, die mit diesen Fällen von Rechtsmissbrauch in Verbindung stehen könnten, vor ihrer Ausführung dem Thüringer Justizministerium zur Prüfung vorzulegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern sehen Sie, dass die Landesregierung über verschiedene Ressorts hinweg dieses Thema angeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bezüglich der Reichsbürgerbewegung bestätigt die Bundesre-

gierung allen Sicherheitsbehörden neben einer grundsätzlichen Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols zugleich auch deren hohe Affinität zu Waffen. Dies ist natürlich eine besonders besorgniserregende Tatsache. Vor diesem Hintergrund ist die Überprüfung der waffenrechtlichen Erlaubnis ein wichtiges Anliegen. Um die Aufmerksamkeit der Waffenbehörden in diesem sicherheitsrelevanten Bereich weiter zu schärfen, hat das Thüringer Innenministerium einen Erlass aus dem Jahr 2011 im Jahr 2016 fortgeschrieben. Darin wurde klargestellt, dass die waffenrechtliche Zuverlässigkeit von Personen grundsätzlich schon dann entfällt, wenn diese sich offen als Reichsbürger bezeichnen oder deren Zugehörigkeit auf anderem Wege festgestellt wurde. Wer die Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtsordnung als nicht existent bezeichnet, verdient gerade nicht das Vertrauen, das in jeden Waffenbesitz gesetzt werden muss.

Zugleich wurden zur Verbesserung der Informationsübermittlung zwischen Waffenbehörden und dem Amt für Verfassungsschutz Dienstberatungen mit den Waffenbehörden durchgeführt. Zuletzt hat das Thüringer Innenministerium am 7. März dieses Jahres im Thüringer Landesverwaltungsamt anlässlich einer Dienstberatung die Waffenbehörden insbesondere auf die inzwischen vorhandene Rechtsprechung bezüglich der Voraussetzungen für den Widerruf waffenrechtlicher Erlaubnisse hingewiesen und entsprechend sensibilisiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bund und Länder sind sich in ihrer gemeinsamen Forderung nach der Entwaffnung von Extremisten einig. Die letzte Novelle des Waffenrechts aus der Feder des Bundesinnenministeriums blieb leider hinter diesem Anspruch zurück. Mein Ziel bleibt es daher, dass die neu gebildete Bundesregierung zügig eine weitere Gesetzesanpassung zum Waffenrecht vornimmt. Thüringen wird deshalb an diesem Freitag im Bundesrat für eine Aufnahme der Regelanfrage beim Verfassungsschutz bei der Erteilung einer waffenrechtlichen Genehmigung eintreten.

Bereits vor Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis ist eine gesetzlich statuierte Regelabfrage der Waffenbehörde bei der jeweils zuständigen Verfassungsschutzbehörde erforderlich. Nur auf diese Art und Weise, durch diese Routine erlangen die Waffenbehörden systematisch und zuverlässig Kenntnis von entscheidungserheblichen Tatsachen. Bei Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung kann die Konsequenz nur lauten: Keine Waffen in den Händen von Extremisten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zugleich gehen wir auch in den anderen Bereichen direkt vor. So sind Fälle bekannt, in denen unter anderem sogenannte Reichsbürger oder auch sogenannte

(Minister Maier)

Selbstverwalter eigene amtliche Dokumente an Behörden abgeben und zur Verwahrung übergeben. Mit der Verordnung zur Änderung der Thüringer Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Innenministeriums soll ein neuer Gebührentatbestand geschaffen werden, der diese Personen von der Rückgabe ihrer gültigen Ausweisdokumente an die Behörden abhalten soll. Die Gebühr wird fällig, sofern eine Person ein eigenes amtliches Dokument abgibt oder einsendet und die Gültigkeitsdauer des Dokuments noch nicht abgelaufen ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, über die Vielzahl der bereits hier genannten Schutzmaßnahmen hinausgehend werden die Beschäftigten des Thüringer Landes und der Kommunalverwaltung umfangreich zum Thema „Reichsbürger“ fortgebildet und informiert. Das Amt für Verfassungsschutz unterrichtet die Thüringer Behörden und Einrichtungen im Rahmen einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit umfassend über das Phänomen „Reichsbürger“. So wurden in den Jahren 2016 und 2017 jeweils 70 Vorträge durch Mitarbeiter des Amtes für Verfassungsschutz für Bedienstete, insbesondere der Justizbehörden, der Polizei und der kommunalen Ebene gehalten. Aufgrund des anhaltend hohen Informationsbedarfs sind auch im Jahr 2018 weitere Informationsveranstaltungen geplant. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Amt für Verfassungsschutz hat zudem auch einen Flyer und eine Broschüre zum Thema „Reichsbürger“ herausgegeben. Diese sind gemeinsam mit weiterem Informationsmaterial auf der Internetseite des Amtes für Verfassungsschutz eingestellt. Bei Bedarf ist ein Versand der Materialien möglich. Auch der aktuelle Verfassungsschutzbericht enthält einen Abschnitt zum Phänomen „Reichsbürger und Selbstverwalter“. Auch in der überarbeiteten Neuauflage des Handlungsleitfadens für kommunale Entscheidungsträger in Thüringen zum Umgang mit Rechtsextremisten werden Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung der Kommunen im Umgang mit sogenannten Reichsbürgern genannt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, dass die Thüringer Landesregierung das Thema „Reichsbürger“ und den Schutz der Bediensteten konsequent angeht, durchführt und umsetzt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Minister. Damit schließe ich diesen Teil der Aktuellen Stunde, rufe auf den **fünften Teil**

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Kos-

tengünstigen ÖPNV für alle in Thüringen attraktiv gestalten“

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/5444 -

Herr Abgeordneter Kobelt hat das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, wir als Bündnis 90/Die Grünen haben uns dazu entschlossen, heute dieses Thema „Kostengünstigen Nahverkehr für alle in Thüringen attraktiv gestalten“ auf die Tagesordnung zu nehmen. Der Anlass für dieses Thema ist die Meldung der Bundesregierung, die sich mit der EU-Kommission in Verbindung gesetzt und gesagt hat: Wir wollen kostenfreien Nahverkehr ermöglichen und das in ersten Modellprojekten in Städten ausprobieren. Wir als Grüne begrüßen natürlich, dass mehr Gelder in den öffentlichen Nahverkehr fließen sollen, dass Kommunen und auch Bundesländer unterstützt werden sollen. Allerdings sehen wir in dem Manöver, das die Bundesregierung gemacht hat, eher ein Ablenkungsmanöver, weil sie kurzfristig relativ schnell so einen Vorschlag gemacht hat, ohne auch klar zu sagen, wie das dauerhaft finanziert, wie das umgesetzt werden soll und vor allem, wie dann die Kommunen auch weiter unterstützt werden oder ob sie allein gelassen werden, wenn es dann um erhöhte Investitionen geht. Aber prinzipiell ist das natürlich zu begrüßen. Wir haben mal ausgerechnet, was das für ein Volumen ist, das sich die Bundesregierung dort vorgenommen hat, wenn sie das in allen Städten und Gemeinden tun möchte: das sind etwa 12 oder 13 Milliarden Euro pro Jahr. Das klingt wie eine große Summe, ist aus unserer Sicht aber durchaus erreichbar, wenn man den politischen Willen hat, mehr in den öffentlichen Nahverkehr zu investieren. Von der Größenordnung ist es in etwa die Summe, die dem Bundeshaushalt durch Dieselsubventionen entzogen wird – das sind 8 Milliarden Euro –, und das Dienstwagenprivileg – das sind etwa 4 Milliarden Euro pro Jahr. Also wenn man diese zwei Dinge wegnimmt, damit auch was für den Klimaschutz tut und in ein System zur Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs bringt, würde diese Summe zur Verfügung stehen und man könnte die Kommunen und das Land viel stärker unterstützen. Wir als Grüne haben uns Gedanken gemacht in Thüringen, wie dieses Geld sinnvoll eingesetzt werden könnte. Und ich sage Ihnen offen, natürlich klingt das erst mal gut, zu sagen, für alle Bürgerinnen und Bürger ist in den Städten der öffentliche Nahverkehr kostenlos. Aber die Bundesregierung hat in den Überlegungen, wenn sie überhaupt so weit in dem Praktischen schon gekommen ist, vergessen, dass dann natürlich viel mehr Leute

(Abg. Kobelt)

diesen nutzen werden, dass es enormen Investitionsbedarf gibt. Da müssen wir sagen, dass gerade, was Investitionen bedeutet, die Bundesregierung doch sehr zaghaft gewesen ist. Viele, die sich mit dem Thema in den Ausschüssen beschäftigt haben, haben gemerkt, dass Thüringen darum kämpft mit den doch recht wenigen Regionalisierungsmitteln. Wir müssen eigene Landesmittel einsetzen, was eigentlich nicht vorgesehen ist, und wir müssen schauen, wie können wir diese Mittel effektiv einsetzen. Wenn man einen öffentlichen Nahverkehr stärken möchte, dann ist eine klare Botschaft: Wir brauchen etwa 20, 30 Prozent mehr Regionalisierungsmittel vom Bund. Das ist eine sinnvolle Investition. Dann wollen wir auf Bundesebene natürlich auch, dass ein Paradigmenwechsel im Bundesverkehrswegeplan stattfindet, also nicht einseitig Straßenausbau an sehr vielen Stellen, sondern auch mal das Verhältnis verändern und mehr in den öffentlichen Nahverkehr investieren, in Schieneninfrastruktur. Wir haben gerade mal 60 Prozent in Deutschland elektrifizierten Schienenverkehr. In der Schweiz sind es 99 Prozent. Das ist ein Riesenzug auch für den Klimaschutz und für die Elektrifizierung.

Aber wir in Thüringen, was würden wir machen, wenn wir dieses Geld zur Verfügung stehen hätten? Wir haben uns als Grüne überlegt, nicht nur einseitig in wenigen Städten oder in den Städten kostenfreien Nahverkehr anzubieten, sondern wir wollen für alle Thüringerinnen und Thüringer einen Tarif anbieten, einen einfachen Tarif, der nicht mehr mit Einzeltickets geendet wird, sondern wo man einmal einen Betrag bezahlt und dann durch Thüringen fahren kann, öffentliche Busse, Straßenbahnen, aber auch den Zug im Regionalverkehr nutzen kann. Wir haben diese Idee genannt – deswegen habe ich Ihnen das mitgebracht – „1-Euro-Ticket für Thüringen“. Das ist ein Modell, das wurde schon vor vier Jahren in Wien eingeführt. Dort hat sich gezeigt, die Menschen sind durchaus bereit, 1 Euro pro Tag für den öffentlichen Nahverkehr dauerhaft zu bezahlen. Das wären 365 Euro im Jahr. Das wurde in Wien eingeführt und hat dazu geführt, dass sich die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs verdoppelt hat, die Nutzerzahl. Das ist eine Größenordnung – wir haben das mal durchgerechnet –, wo wir mit etwas Landesmitteln, mit der Unterstützung vom Bund und mit den 365 Euro im Jahr von doppelt so vielen Bürgerinnen und Bürgern das ermöglichen können, dass die Thüringerinnen und Thüringer den öffentlichen Nahverkehr mit dieser Pauschale nutzen können. Wir gehen davon aus, dass das ein großer Schub sein wird für eine bessere Effizienz, für mehr Nutzung und dass dann auch ermöglicht wird, dass Kinder und Jugendliche den ÖPNV in Thüringen kostenfrei nutzen können. Das ist natürlich für uns auch eine gute Möglichkeit, um doch die schwierigen Situationen

beim Azubi-Ticket, was jetzt gar nicht mehr mit der Landesregierung zu tun hat,

Präsident Carius:

Herr Abgeordneter, jetzt ist Ihre Redezeit zu Ende.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

sondern mit der Verwicklung der Verbände, umzusetzen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Draußen wird jetzt nicht mehr Klavier gespielt!)

Deswegen sagen wir: 1 Euro am Tag für Erwachsene und kostenfreien ÖPNV

Präsident Carius:

Ja, aber bei 1 Euro darf man auch nicht länger reden.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

für Kinder und Jugendliche. Vielen Dank.

Präsident Carius:

Herr Kobelt, vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Abgeordneter Malsch, jetzt haben Sie das Wort für die CDU-Fraktion. Sie müssen das jetzt zeitlich wieder reinholen.

Abgeordneter Malsch, CDU:

Werter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, als ich den Titel der Aktuellen Stunde gelesen habe, habe ich mich gefragt, ob die Grünen beim letzten Plenum gar nicht dabei gewesen sind. Schließlich hatten wir da auch in der Aktuellen Stunde unter dem Rahmen „Mobilität als Element der Daseinsfürsorge“ über die Notwendigkeit eines flächendeckenden ÖPNV für Thüringen gesprochen. Ich gebe zu, ich hatte nach dem 5-Minuten-Vortrag der Frau Dr. Lukin immer noch keine Orientierung, worauf man eigentlich hinaus will.

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Sie haben doch zugestimmt!)

Weil es vorhin angesprochen wurde, die Aktualität der Stunden, dann sollte man auch die Aktualität in der Aktuellen Stunde bei Ihren Themen finden. Sie nehmen jetzt eine Regelung von vielen her, Herr Kobelt, denn die bis vor Kurzem noch geschäftsführende Bundesregierung – in dem Fall da angeführt von Frau Hendricks – hat den Vorschlag gemacht –

(Abg. Malsch)

geradezu revolutionär –, kostenlosen öffentlichen Nahverkehr anzubieten und zu erproben in fünf Modellstädten – wohlgerne kostenlos. Insofern scheinen Sie ja noch nicht alle Bodenhaftung verloren zu haben, wenn Sie diesen Titel bei der Aktuellen Stunde in „kostengünstig“ abschwächen. Das ist richtig, denn die Liste der Vorschläge von vor wenigen Wochen ist lang; neue Gesetze für saubere Busse und Taxis, Vorgaben für den Schwerlastverkehr in Städten, eine Erneuerung der Fahrzeugflotte, um nur einiges zu nennen. Tatsächlich hatte die Bundesregierung nur erwogen, versuchsweise in einer oder zwei Versuchskommunen die Kosten für den öffentlichen Nahverkehr abzuschaffen. Aber wie es eben so ist mit den grünen Ideen und der Realität, und wer Wien mit Thüringen vergleicht – sorry, nehmt es mir nicht übel –, aber das ist nicht wirklich realitätsnah.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Thüringen ist größer!)

In Deutschland wird vorerst keine Kommune teilweise den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr einführen. Den komplett kostenlosen Nahverkehr hat keine der Kommunen vorgeschlagen. Beispielsweise hat der Bonner Oberbürgermeister nach einem Gespräch der fünf Modellstädte zur Luftreinhaltung mit dem Bundesumweltminister in Bonn gesagt, ein entsprechender Test sei eher unwahrscheinlich. Der Mannheimer Kämmerer Christian Specht bezeichnete einen kostenlosen ÖPNV als Illusion – wir übrigens auch.

Werte Kolleginnen und Kollegen, deshalb wieder zurück zur Realität und damit zu den Dingen, die ich im letzten Plenum zum ÖPNV schon gesagt habe. Die CDU-Fraktion will auch in Zukunft einen starken, leistungsfähigen und umweltfreundlichen ÖPNV in allen Regionen Thüringens sichern. Wir sprechen uns für eine stärkere Zusammenarbeit der Aufgabenträger aus und werden auch die Ausweitung des Verkehrsverbunds Mittelthüringen unterstützen. Ich denke, die Ausweitung des Verkehrsverbunds Mittelthüringen betreffend, das ist überschaubar und real, damit können wir arbeiten. Aber mal ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch seit drei Jahren diese Landesregierung, an der auch die Grünen beteiligt sind, am Zug. Helfen Sie doch Ihrer Verkehrsministerin, der wir von dieser Stelle aus die beste Genesung wünschen,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und holen Sie die Akteure an den Tisch, um damit auch an Lösungen zu arbeiten! Stattdessen halten Sie sich raus, beglücken Ihre Klientel mit theoretischen Aktuellen Stunden und Sonntagsreden am Dienstagabend. Helfen Sie doch lieber konkret, dass sich die Aufgabenträger des ÖPNV, also die Landkreise und kreisfreien Städte, in interkommunaler Zusammenarbeit auf den Weg machen, einen

landesweiten Verkehrsverbund zu etablieren, einen ÖPNV mit aufeinander abgestimmten Fahrplangebotes, mit einem echten Azubi-Ticket, mit einer einheitlichen Fahrkarte für das ganze Land, mit elektronischen Tickets und Fahrgastinformationen in Echtzeit. Das ist doch das, was wir hier verfolgen sollten.

All dies sind unstrittig Herausforderungen, aber nicht wirklich zu viel verlangt, wenn man einen kundenfreundlichen ÖPNV organisieren will, werte Kolleginnen und Kollegen, auch das will ich hier wiederholen. Das sind übrigens alles Aufgaben, die sich Rot-Rot-Grün im Koalitionsvertrag selbst gestellt hat, gelöst sind sie nach dreieinhalb Jahren leider nicht. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Nun hat Abgeordneter Warnecke für die SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Warnecke, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste und Zuhörer auf der Tribüne und am Livestream! Das Oberthema der Aktuellen Stunde, flächendeckender öffentlicher Personennahverkehr, ist schon ein sehr wichtiges Thema. Das sehen wir auch daran, dass wir erst im letzten Plenarzyklus im Februar über eine ganz ähnliche Aktuelle Stunde gesprochen haben. Und es freut mich sehr, dass wir hier erneut im Rahmen einer Aktuellen Stunde darüber reden. Doch warum ist das plötzlich so ein Thema? Ganz einfach! Deutschland droht ein Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Union wegen wiederholter Überschreitung der Grenzwerte für Stickoxide in zahlreichen deutschen Städten. Darauf hat die Bundesregierung reagiert und am 13. Februar dieses Jahres einen gemeinsamen Brief von Verkehrsminister, Umweltminister und Kanzleramtschef an den Kommissar für Umwelt der Europäischen Union geschickt. Jedoch fand zunächst nur der kostenfreie ÖPNV öffentliche Aufmerksamkeit. Dieser war als eine der Möglichkeiten genannt worden, die Luftqualität zu verbessern, aber in dem Brief war auch von anderen Maßnahmen die Rede. Beispielsweise von fiskalischen Maßnahmen zur Förderung der Erneuerung von Fahrzeugflotten oder von Umweltzonen für schwere Nutzfahrzeuge und davon, dass dies zunächst in fünf Städten getestet werden sollte. Doch nicht einmal in den fünf benannten Modellkommunen, in denen Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität zwecks Einhaltung der Grenzwerte für Stickoxide getestet werden sollen, ist die Einführung eines kostenfreien ÖPNV absehbar oder auch nur ansatzweise geplant. Warum? Weil es von den Kommunen nicht finanzierbar ist bzw.

(Abg. Warnecke)

der Bund zwar die Idee des kostenfreien ÖPNV hatte, aber nun nicht mehr bezahlen möchte.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist für uns ein langer, weiter Weg zu einem kostenfreien ÖPNV und ob wir das angesichts der ungeklärten Finanzierung jemals schaffen werden, ist mehr als fraglich. Daher sind zunächst günstige Tickets, wie beispielsweise Jobtickets, ein guter Anfang. Und wir dürfen nicht vergessen, es gibt trotz aller Anstrengungen, die nicht wegzudiskutieren sind und die ich auch nicht in Abrede stellen will, keinen flächendeckenden Verkehrsverbund in Thüringen. Aber man muss auch zwischen einem Verkehrsverbund und einem Tarifverbund unterscheiden. Und ein Verkehrsverbund könnte auch das leisten, was jetzt in den fünf Modellkommunen diskutiert wird: Es soll eine Ausweitung und Verbesserung der ÖPNV-Angebote geben. So sollen die Taktzeiten und deren Abstimmung verbessert werden. Wichtig ist eine verbesserte Verknüpfung der Verkehrsträger. Unser Ziel sind bedarfsgerechte verkehrsübergreifende Wegketten. Dies haben wir auch in unserem Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt. So wollen wir neben dem Azubi-Ticket auch die Einführung eines Sozialtickets als gesellschaftliche Mobilitätseintrittskarte prüfen und umsetzen.

Ein Hauptproblem für uns ist dabei, dass der ÖPNV in die Zuständigkeit der Aufgabenträger fällt und dass daher die Landkreise und die kreisfreien Städte selbstständig über die Organisation ihres öffentlichen Personennahverkehrs entscheiden können. Ungeachtet dessen helfen wir bereits – und zwar mit dem Aufbau eines Landesbusliniennetzes, das als Lückenschluss zwischen den zentralen Orten dienen soll. Daher bedarf es nicht nur im Plenum einer Diskussion, sondern – ich sagte es bereits das letzte Mal – einer gesamtgesellschaftlichen Debatte in Thüringen. Wir sollten uns zum Thema „Öffentlicher Personennahverkehr“ miteinander in einen ergebnisoffenen Diskurs begeben. Was will die Gesellschaft? Und: Wie wichtig ist das Thema überhaupt bei den anstehenden Landrats- und Oberbürgermeisterwahlen und wie können wir das umsetzen und letztendlich auch bezahlen?

Ich appelliere daher an alle Aufgabenträger, sich als Zwischenschritt zumindest zu einem Verkehrsverbund in Thüringen zusammenzuschließen – auch ohne Tarifverbund –, um so den Einstieg in verbesserte Taktzeiten und bessere Verkehrsketten und letztendlich auch deren Abstimmung zu erzielen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Als Nächster erhält Abgeordneter Rudy für die AfD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Rudy, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Gäste an den Bildschirmen und auf der Zuschauertribüne! Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist nichts anderes als der klägliche Versuch, das Thema des kostenlosen ÖPNV durch die Hintertür wieder auf die Tagesordnung zu setzen

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Bitte Deutsch als Amtssprache nutzen!)

und zu verdecken, dass die Landesregierung beim kostenlosen Azubi-Ticket grandios gescheitert ist.

(Beifall AfD)

Dieses Ticket soll plötzlich kostengünstig statt kostenlos sein. Ob es wirklich so kommen wird, darf man bei der rot-rot-grünen Politik in diesem Land jedoch getrost bezweifeln, schließlich hat die Landesregierung bis heute für die Thüringer Bürger außer Mogelpackungen nicht viel zu bieten.

(Beifall AfD)

Wir als AfD-Fraktion stehen jedenfalls einem echten kostengünstigen, tragfähigen und finanzierbaren ÖPNV-Konzept gerade für den ländlichen Raum nicht im Wege und fordern dies schon lange. Nach den bisherigen Erfahrungen mit Rot-Rot-Grün bezweifeln wir jedoch sehr stark, ob die Landesregierung oder die Grünen zur Entwicklung von kostengünstigen pauschalen Monats- oder Jahrestickets für das ganze Land überhaupt in der Lage sind. Schließlich verlieren sie immer mehr an politischer Kraft und Rückhalt. Daher sind wir auf die weiteren Nebelkerzen von Rot-Rot-Grün sehr gespannt. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Vielen Dank für diesen aufmunternden Beitrag. Und als Nächste haben wir Frau Abgeordnete Lukin für die Fraktion Die Linke.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, um es ganz freundlich zu sagen: Die Sprechblase „Kostenloses Azubi-Ticket“ ist mir völlig unbekannt. Ich weiß nicht, was sich die Kollegen der AfD darunter überhaupt vorstellen, denn auch der Vergleich mit dem Semesterticket wurde ja mehrfach ins Rennen geführt. Das Semesterticket wird von allen Studenten, die es nutzen, bezahlt – und zwar in unterschiedlicher Höhe, mit unterschiedlicher Reichweite. Zum Azubi-Ticket, denke ich, hat die Landesregierung in den vergangenen Beratungen sehr konkret dargelegt, wie die weitere Entwicklung nun vor sich geht.

(Abg. Dr. Lukin)

Auch Herr Malsch: Sie enttäuschen mich in gewisser Weise. Wir hatten uns doch in der letzten Aktuellen Stunde schon darauf geeinigt, dass sich auch die CDU für einen thüringenweiten Verkehrsverbund einsetzt. Und jetzt plötzlich schieben Sie den schwarzen Peter in Richtung Landesregierung. Ich möchte mal ganz freundlich sagen: Als die Landräte – meistens mit CDU-Parteibuch – aufgefordert wurden, sich an der Machbarkeitsstudie zu beteiligen, die auch die Landesregierung bezahlt, war also aus – ich nenne mal die Zahl – fünf Landkreisen eine äußerst negative Reaktion zu hören. Ich denke, Sie könnten mit Ihren Kollegen doch noch etwas deutlicher sprechen, wenn wir schon dieses Ziel gemeinsam verfolgen wollen.

(Beifall SPD)

Das Thema „Teilweise Fahrverbote in Städten“ – um noch zum Thema, das die Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen aufgeworfen haben, zu kommen – treibt auch die Bundesregierung zu teilweise interessanten Lösungsansätzen. In einem Brief an die Europäische Kommission vom 11. Februar dieses Jahres hat sie erwogen, gemeinsam mit den Ländern und lokalen Akteuren in Modellregionen für die Nutzer einen kostenlosen Nahverkehr einzuführen, um die Zahl der Privatfahrzeuge in den belasteten Städten zu reduzieren – sicher ein guter Gedanke in Richtung Umweltschutz und Verbesserung der Lebensqualität. Das Problem ist bloß, dass in den letzten Jahren gerade die Infrastruktur eingespart und wegrationalisiert wurde, die Teil der Lösung ist. Viel zu wenig wurde die Elektrifizierung der Schienenwege vorangetrieben, viel zu wenig der Ausbau und die Erneuerung von Zügen oder Straßenbahnen gefördert. Ganz im Gegenteil: Der ÖPNV verlor enorm an Attraktivität und Akzeptanz, dabei ist er gerade das ökologisch sinnvollste, meist sogar das schnellste und auf jeden Fall das sicherste Fortbewegungsmittel. Wir brauchen uns nur die Unfallzahlen der letzten Woche anzuschauen.

Wenn wir eine deutschlandweite und auch thüringenweite Bestandsaufnahme machen, können wir eine Vielzahl von Schienenwegen und Fahrzeugen identifizieren, die seit Jahrzehnten in Betrieb sind. Bundesweit schätzt der Verband der Verkehrsunternehmen den Erneuerungsbedarf auf 4 Milliarden Euro – Tendenz nach oben. Das betrifft auch die Anbindung ländlich geprägter Kommunen. Man fährt hier meistens mit dem Schulbus, und in den Ferien ist eigentlich Sendepause. Genau hier versagt das Millionenpaket, das von Bund und Autoindustrie bereitgestellt wurde. Es zielt nur auf den Ersatz von Dieselfahrzeugen durch E-Fahrzeuge und auf den Ersatz von Dieselnissen durch E-Busse, aber nicht auf die Förderung von Schiene und umweltgerechter Infrastruktur. Das muss nebenbei noch mal erwähnt werden, wenn wir darüber nach-

denken, wie wir beispielsweise in Thüringen diese Mittel nutzen können.

Wir wissen genau, dass der umweltfreundliche Bahn-, Straßenbahn-, Bus- und Fahrradverkehr die Schlüssel zur Senkung von Feinstaub- und Stickstoffbelastung in den Kommunen sind. Aber, wie gesagt, das ist ein sehr umfangreiches Lösungspaket –

(Beifall SPD)

wir brauchen mehr Straßenbahnen, mehr Verlagerung der Güter auf die Schiene, wir brauchen mehr Fahrradwege und bezahlbare Fahrscheine, aber es ist ein Komplettpaket, zugegeben auch nicht besonders billig, aber effektiv. Kurzfristig kann sicher auch der kostenlose Nahverkehr in einigen Städten unterstützt werden, vorausgesetzt, sie haben die erforderlichen Straßenbahn- und Buskapazitäten und die entsprechende Förderung durch den Bund. Ich bezweifle aber, dass gerade Thüringer Städte in den Genuss einer Bundesunterstützung kommen, denn die Grenzwerte für Stickoxide und Feinstaub werden hier vergleichsweise selten überschritten. Ablesen kann man das tages- und stundenaktuell im Thüringer Landesamt für Umwelt und Geologie.

Interessant ist allerdings, dass Jürgen Resch, der Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, meint, dass es auch zu wenig Messstationen gibt und möglicherweise auch an den falschen Plätzen. Dass die Modellkommunen dieses Angebot bereits zurückgewiesen haben und selbst eigene Vorschläge machen, wurde schon erwähnt. Ich denke, wir sollten aber gerade bei der Frage der Ticketpreise noch einmal in die Diskussion gehen, das müssten wir aber sehr ausführlich machen. Es gibt das unterstützte Sozialticket, es gibt das VMT-Abo Mobil65, es gibt verschiedene Semestertickets, das Rennsteigticket als Kurtaxe und es gibt regionalwirksame Angebote, allerdings kein thüringenweites Angebot. Das liegt am fehlenden Verkehrsverbund, an den zu wenig vertakteten Angeboten.

Präsident Carius:

Frau Dr. Lukin.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Wir sind aber – und das ist der allerletzte Satz – hier auf einem guten Weg. Wir können das ablesen am Nahverkehrsplan 2018 bis 2022 und an den landesweit bedeutsamen Buslinien.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Aber jetzt ist auch wirklich Schluss. Vielen Dank. Herr Staatssekretär Sühl könnte sich um das kulturelle Gedächtnis unseres Landes verdient machen,

(Präsident Carius)

wenn er den Parlamentarischen Abend jetzt um noch einige wenige Aspekte in dieser Debatte bereichert.

Dr. Sühl, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der ÖPNV ist ein zentrales Element der öffentlichen Daseinsvorsorge und gleichzeitig Basis einer sozialverantwortlichen und umweltverträglichen Verkehrswende. Alle staatlichen Ebenen müssen zusammenwirken, wenn der öffentliche Personennahverkehr gegenüber dem Auto flächendeckend konkurrenzfähig sein soll. Die Landesregierung leistet hierbei ihren Beitrag. Dort, wo noch nicht alle Ziele erreicht sind, arbeiten wir kontinuierlich und konsequent an Lösungen. Die maßgeblichen Aktivitäten der Landesregierung im ÖPNV-Bereich hat Ministerin Keller bereits in der Sitzung am 20. Februar ausführlich dargestellt. Lassen Sie mich dennoch die wichtigsten Punkte erneut in Erinnerung rufen. Einen wichtigen Impuls für die Entwicklung im öffentlichen Personennahverkehr hat das Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit Nr. 8“ gegeben. Die Landesregierung hat ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme dafür gesorgt, dass alle Thüringer Regionen besser erreichbar werden, indem das Nahverkehrsangebot ab Dezember 2017 weiter verbessert wurde. Die Landesregierung hat auch dank des persönlichen Einsatzes des Ministerpräsidenten erreicht, dass das Bundesverkehrsministerium im Frühjahr 2017 die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung von Weimar bis Gößnitz in den vordringlichen Bedarf eingestuft hat.

Meine Damen und Herren, durch die Förderung des landesbedeutsamen Busnetzes stärken wir den ländlichen Raum und verbessern die Verknüpfung zwischen schienengebundenem und straßengebundenem Nahverkehr. Seit 2017 stellen wir hierfür zusätzlich Finanzmittel zur Verfügung. Auch 2018 werden wir diese Entwicklung vorantreiben.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung möchte den bestehenden Verkehrsverbund Mittelthüringen zu einem thüringenweit einheitlichen Tarifverbund erweitern. Das wird den ÖPNV attraktiver und bürgerfreundlicher machen. Seit letztem Jahr führen wir Gespräche mit den Beitrittskandidaten sowie den Landräten und Oberbürgermeistern in ganz Thüringen. Die Finanzierungsvoraussetzungen liegen mit dem Beschluss zum Doppelhaushalt vor. Der Doppelhaushalt 2018/2019 spiegelt unsere politischen Ziele wieder. Wir haben den ÖPNV nachhaltig gestärkt, es werden wieder originäre Landesmittel für den ÖPNV bereitgestellt. Im Haushaltsplan ist diese zusätzliche Finanzierung in Höhe von 16,1 Millionen Euro vorgesehen. Zudem hat die Landesregierung dafür gesorgt, dass die Finanzhilfe an die kommunalen Aufgabenträger erhöht und bei 23 Millionen Euro pro Jahr verstetigt wird. Wie eingangs erwähnt, muss auch die Bundesebene ih-

ren Beitrag leisten, um einen starken Nahverkehr in allen Regionen zu gewährleisten. Zum Koalitionsvertrag im Bund möchte ich auf folgende Punkte hinweisen: Der Bund kündigt an, die Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz-Bundesprogramm bis 2021 auf jährlich 1 Milliarde Euro zu erhöhen und danach zu dynamisieren. Mit diesem Programm wird der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in den Ländern gefördert. Im Hinblick auf die erheblichen Investitionsdefizite im Bereich der Verkehrsinfrastruktur kann dies nur ein erster Schritt sein, der aber in die richtige Richtung geht. Ebenfalls angekündigt wird die auskömmliche Finanzierung der prioritären Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans. Dies soll auch für die Maßnahmen gelten, die bisher dem potenziellen Bedarf zugeordnet wurden. Für Thüringen geht es hier um die Elektrifizierung der Strecke Gotha-Leinefelde. Die Bewertungen für die Vorhaben des potenziellen Bedarfs sollen bis zum III. Quartal 2018 abgeschlossen werden. Wir erwarten, dass die Mittel im Hinblick auf die auskömmliche Finanzierung aller prioritären Vorhaben aus dem Bundesverkehrswegeplan bedarfsgerecht erhöht werden. Bestandteil des Koalitionsvertrags ist auch eine Förderinitiative zur Elektrifizierung regionaler Schienenstrecken. Die Elektrifizierung von Schienenstrecken ist ein wichtiges Mittel, um die Umweltziele zu erreichen, um die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Schienenverkehrs zu erhöhen. Im Hinblick auf den im europäischen Vergleich niedrigen Elektrifizierungsgrad des Eisenbahnnetzes ist es hohe Zeit, dass der Bund hier seine Aktivitäten verstärkt.

Neben der Mitte-Deutschland-Verbindung und der Strecke Gotha-Leinefelde bieten sich insbesondere die Strecken Leipzig-Gera, Erfurt-Nordhausen und Kühnhausen-Bad Langensalza für eine Elektrifizierung an. Wir werden diese Forderung verstärkt in die politische Debatte einbringen.

Hinweisen möchte ich auf ein geplantes Programm zur Förderung von Barrierefreiheit auf Bahnhöfen und auf das neue „1000-Bahnhöfe-Förderprogramm“, mit dem eine Attraktivitätssteigerung gerade kleinerer Bahnhöfe unter Einbeziehung der Bahnanlagen, des Bahnhofumfelds erreicht werden soll. Ziel muss es sein, die vielerorts nach wie vor bestehenden Defizite an den überwiegend bundeseigenen Bahnhöfen umfassend zu modernisieren und barrierefrei zu gestalten. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie die Länder bei der Ausgestaltung der Förderprogramme beteiligt und die Programme finanziell angemessen ausstattet und zügig auf den Weg bringt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird nun für den Bund darauf ankommen, den Worten Taten folgen zu lassen. Insbesondere das in dem Antrag angesprochene Modellprojekt zum kostenlosen Nahverkehr ist noch nicht zu Ende diskutiert. Ein so weitgehender Versuch ist nach meinem

(Staatssekretär Dr. Sühl)

Kenntnisstand in keiner der fünf Modellstädte geplant. Für den Thüringer Straßenpersonennahverkehr, also Bus- und Straßenbahnverkehr, werden hierfür im Übrigen 288 Millionen Euro pro Jahr aufzuwenden sein. Zusätzliche Aufwendungen der Verkehrsunternehmen für zusätzliche Angebote, zusätzliche Investitionen wegen Mehrverkehrs sind dabei noch nicht berücksichtigt. Die gesetzlichen Zuschüsse des Landes für den Schüler- und den Schwerbehindertenverkehr sowie die Finanzhilfe an die kommunalen Aufgabenträger, die bisher zur Kostendeckung beitragen, würden entfallen.

Ich bin deshalb überzeugt, dass wir richtig liegen, unseren Weg der kontinuierlichen und nachhaltigen Verbesserung des ÖPNV fortzusetzen. Es bleibt abzuwarten, welche konkreten Schwerpunkte der neue Bundesverkehrsminister setzen wird. Ich gehe davon aus, dass nach der Verkehrsministerkonferenz im April 2018 eine präzisere Einschätzung möglich sein wird. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen einen schönen Abend. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. Wir freuen uns, Sie nachher auf dem parlamentarischen Abend begrüßen zu können. Ich darf mich herzlich bedanken.

Die Aktuelle Stunde wird damit geschlossen und auch die heutige Sitzung.

Ich darf den einen oder anderen noch mal darauf aufmerksam machen, dass wir gleich nebenan in der Lobby einen wunderbaren parlamentarischen Abend der Lippmann+Rau-Stiftung haben. Alle, die heute Abend nicht mehr dabei sein können, freue ich mich, morgen um 9.00 Uhr zur Plenarsitzung begrüßen zu dürfen. Bis morgen, einen schönen Abend und guten Heimweg.

Ende: 19.11 Uhr